

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Jahr, 30 Mark pro Jahr. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Quartal, 3,30 Mark pro Jahr. Ausland: 2 Mark pro Quartal, 6 Mark pro Jahr. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erste Ausgabe jeden Montag.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 9. Oktober 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Kommunale Dreiklassenschmach.

Der Freisinn „fordert“ bekenntlich für Preußen das Reichstagswahlrecht, doch will er sich auch mit einem die Massen nach wie vor entrechtenden Pluralwahlrecht begnügen, das ihm Fürst Bülow präsentiert wird — sofern der derzeitige Kanzler dann gegebene Versprechen überhaupt noch einlösen kann. Um keinen Preis will er für die preussische Wahlreform kämpfen! Für die Kommunen vollends „fordert“ der Freisinn nicht einmal das allgemeine, gleiche Wahlrecht! Dort soll entweder das Dreiklassenwahlrecht oder ein die breiten Massen völlig entrechtender Jenseits die Hebermacht des privilegierten Geldsacks ein für allemal sicher stellen.

Wie skandalös aber dies kommunale Wahlrecht nach dem Herzen des Freisinn aussieht, beweist das Folgende:

Zur Vorbereitung der Stadtverordnetenwahlen hat jetzt der Magistrat den Stadtverordneten eine Uebersicht über die Wählerzahl der drei Wählerabteilungen sowie der einzelnen Wahlbezirke vorgelegt. Die Zusammenstellung, die er da gemacht hat, ist wieder ein sehr lehrreicher Beitrag zur Beurteilung des Dreiklassensystems unseres Gemeindevahlrechts.

In der Gemeindevählerliste stehen diesmal 381 080 Wähler (ohne die nachträglich aufgenommenen); davon gehören zur ersten Abteilung 1621 Wähler mit einem jährlichen Steuerbetrag bis zu 4481,40 Mark herunter, zur zweiten Abteilung 33 252 Wähler mit einem jährlichen Steuerbetrag von da bis zu 178,71 Mark herunter, zur dritten Abteilung 346 157 Wähler mit einem jährlichen Steuerbetrag von da bis zum Mindesttag. Es kommen also auf je einen Wähler erster Abteilung, 21 Wähler zweiter Abteilung und 214 Wähler dritter Abteilung. Von den 14 Mandaten zur Stadtverordnetenversammlung werden vergeben: 48 Mandate durch die 1621 Wähler erster Abteilung, 48 Mandate durch die 33 252 Wähler zweiter Abteilung, 48 Mandate durch die 346 157 Wähler dritter Abteilung. Nichtin kommen im Durchschnitt auf jedes Mandat: in der ersten Abteilung 34 Wähler, in der zweiten Abteilung 693 Wähler, in der dritten Abteilung 7212 Wähler! So sehen die Wirkungen des Dreiklassensystems aus, dem der Freisinn im Berliner Stadtparlament seine Herrschaft verdankt. Annappe drei Duzend Bestzer der allerwertigsten Geldsacke haben ebensoviel Einfluß auf die Gemeindevverwaltung wie reichlich siebentausend Männer aus der werktätigen Bevölkerung! Kann man sich ein anschaulicheres Bild des Klaffen gegenwärtigen denken, auf dem das Gemeindevahlrecht sich aufbaut?

Die Zahlen, die wir hier angegeben haben, sind Durchschnitt. Betrachtet man die Wahlbezirke einzeln, so kommen infolge der Ungleichheit ihrer Größe noch ganz andere Gegensätze heraus. Das Stadtgebiet Berlin ist zerlegt für die Wählerschaft erster Abteilung in 16 Bezirke, für die Wählerschaft zweiter Abteilung in 16 Bezirke, für die Wählerschaft dritter Abteilung in 48 Bezirke. Im Rathaus sind die Bezirke erster und zweiter Abteilung jeder durch drei Stadtverordnete vertreten; jeder Bezirk erster und zweiter Abteilung wählt alle zwei Jahre je einen seiner drei Vertreter. Die 48 Bezirke dritter Abteilung wählen jeder nur einen Stadtverordneten; sie nehmen jeder nur alle sechs Jahre wieder an der Wahl teil. Die jetzt geltende „neue“ Abgrenzung der Wahlbezirke ist bald wieder ein Jahrzehnt alt. Inzwischen hat im inneren Berlin die Entvölkerung und andererseits in den Außenbezirken die Bevölkerungszunahme weitere Fortschritte gemacht, so daß in allen drei Abteilungen längst wieder recht bedeutende Ungleichheiten der Bezirke entstanden sind. Von den Bezirken erster Abteilung hat jetzt der größte 191 Wähler, der kleinste nur 51. Bei den Bezirken zweiter Abteilung liegt die Wählerzahl zwischen 864 und 4904. Für die Bezirke dritter Abteilung beträgt das Minimum 3232 (2. Bezirk), das Maximum 22 294 (26. Bezirk). Die 51 Wähler des kleinsten Bezirks erster Abteilung haben drei Mandate zu vergeben, macht pro Mandat 17 Wähler. Im größten Bezirk dritter Abteilung wird ein Mandat von 22 294 Wählern vergeben, da kommt also auf ein Mandat eine reichlich 1300mal so große Wählerzahl wie in jenem kleinsten Bezirk erster Abteilung! Von besonderem Interesse sind übrigens diejenigen 16 Bezirke dritter Abteilung, die diesmal an der Wahl teilnehmen. Ihre Wählerzahl ist: im 4. Bezirk 4207, im 9. Bezirk 7325, im 10. Bezirk 7795, im 11. Bezirk 4570, im 12. Bezirk 6109, im 22. Bezirk 5141, im 23. Bezirk 5094, im 29. Bezirk 4658, im 32. Bezirk 6030, im 34. Bezirk 10004, im 35. Bezirk 15226, im 36. Bezirk 7778, im 41. Bezirk 5483, im 44. Bezirk 10678, im 45. Bezirk 6196, im 48. Bezirk 8514.

Die Ungleichheit der Wahlbezirke ist längst wieder so groß, daß eine Neueinteilung nötig wäre. In der Stadtverordnetenversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion bereits mehrfach hierauf hingewiesen, aber der Freisinn will noch nicht recht heran. Eine Neueinteilung ist für 1909 in Aussicht gestellt; wir wollen sehen, ob sie nicht wieder noch hinausgeschoben wird. Dem Stadtfreisinn ist jede Neueinteilung sehr unerwünscht. Zu den kleinen Bezirken gehören die letzten Schlupfwinkel, die der Freisinn noch in der dritten Abteilung behalten hat; manche davon würden dann paarweise zusammengelegt werden müssen. Die großen aber, aus denen

man ungefähr zwei oder drei neue wird machen müssen, sind Hochburgen der Sozialdemokratie. Werden die Bezirke neu abgegrenzt, so bringt schon das dem Freisinn bei künftigen Wahlen ohne weiteres den Verlust einiger Mandate und der Sozialdemokratie einen entsprechenden Gewinn. Es ist die skandalöse Benachteiligung der Wählermassen, aus der der Berliner Stadtfreisinn bisher seinen Vorteil herauszuschlagen gewußt hat.

Wo also keine Gefahr besteht, daß die demokratischen „Forderungen“ des Freisinn durchdringen, „fordert“ er das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Wo er aber das Best in Händen hat, verwirft er nicht nur das gleiche Wahlrecht, sondern sucht er auch nach Möglichkeit durch eine unerhörte Bezirksgemeinlichkeit die Ungeheuerlichkeiten des Dreiklassensystems ins Absurde zu steigern, um die besitzlose Klasse noch rechtloser zu machen!

## Des Kanzlers Triumph.

Die bürgerliche Presse nimmt die von der „Nordd. Allgem. Ztg.“ gemeldeten Veränderungen im Auswärtigen Amt und diplomatischen Dienst ziemlich kühl auf und beschränkt sich im wesentlichen auf kurze Biographien der beteiligten Personen, in denen nach der bekannten Schablone jedem der Herren das Zeugnis ausgestellt wird, daß er in seiner Art ein sehr fähiger Diplomat, Verwaltungsbeamter oder Staatsmann ist. Was sollten diese Blätter auch anders machen? Ein ausgeprägtes, politisch-marxantes Profil hat keiner der an dem politischen Schach beteiligten Männer, und auf die eigentümlichen Umstände, unter denen das sogen. „Revirement“ erfolgt ist, auf das Karamellspiel der letzten Tage hinzuweisen, hält man allem Anschein nach zurzeit nicht für angebracht — sei es aus Rücksicht auf die Wochepolitik oder das persönliche Regiment. Nur vereinzelt sieht man auf Bemerkungen, die zeigen, daß man in den Redaktionen das Spiel hinter den Kulissen ahnt oder kennt. So macht z. B. die „National-Ztg.“ zu Beginn ihres Leitartikels in der heutigen Morgennummer die Bemerkung, daß die jüngste Nachricht des „Berl. Volksblatt“, der Kaiser habe den Wunsch geäußert, den Nachfolger für Herrn v. Tschirschky in den Kreisen der aktiven Diplomaten zu finden, ersichtlich auf „einen Irrtum“ beruht habe.

Gemeinsam ist dagegen fast in der gesamten Presse der Eindruck, daß Bülow nach der Ausschiffung Pofadownsky im Juni am letzten Sonntag, als ihn der Kaiser besuchte, einen neuen Sieg über seine Gegner im Staatsministerium errungen und gezeigt hat, daß er vorläufig noch ziemlich fest im Sattel sitzt. So meint z. B. die „Voss. Ztg.“:

„Man hat viel von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanzler und dem Staatssekretär (dem Herrn v. Tschirschky) gesprochen. Schon seine Berufung sollte gegen den Willen des Fürsten Bülow erfolgt sein. Offiziös dagegen ist versichert worden, daß sei unrichtig, da der Kanzler bei der Berufung mitgewirkt habe. Aber er kann mitgewirkt haben, auch gegen seinen Wunsch, der Rot und einem höheren Willen gehorchend. Was dann von den Gerüchten über Differenzen und Dissonanzen bei der Marokko-Politik und bei der Komreise des Herrn v. Tschirschky verstanden, vermag der aufmerksame Zuschauer nicht zu prüfen. Wenig, das Gefühl war allgemein, daß der Staatssekretär nicht lange seines Amtes walten würde. Vielleicht hätte er es schon vor Monaten aufgegeben, wenn er nicht von Freunden des Herrn v. Hofstein gefährlichen Angriffen ausgesetzt gewesen wäre, die als Ursache seines Rücktritts hätten erscheinen können. In Wien wird Herr v. Tschirschky die Temperatur angenehmer als am Berliner Königsplatz finden.“

Wenn aber von den Diplomaten gelten soll, was man von den Frauen gesagt hat, die besten seien die, von denen man am wenigsten spricht, so wird der bisherige Vorschlag v. Schoen ein sehr guter Staatssekretär werden. Denn von ihm hat man herzlich wenig gesprochen. ... Es wird keinem Zweifel unterliegen, daß seine jetzige Ernennung dem eigenen Wunsche des Fürsten Bülow entspringt. Also muß er Herr v. Schoen für den geeignetsten Mann halten, ihn in der Leitung der deutschen Diplomatie zu vertreten und zugleich die Geschäfte des Auswärtigen Amtes vor dem Reichstag und der Öffentlichkeit zu führen.

Der Rücktritt des Herrn v. Tschirschky, obwohl wiederholt gerüchelt gemeldet, ist regelmäßig in Abrede gestellt worden, auch am Sonntag noch von angeblich unterrichteter Seite in einem Münchener Blatte. Jetzt ist der Rücktritt dennoch Tatsache. Es bleibt abzuwarten, ob es verschleuderten ähnlichen Gerüchten ebenso gehen, ob auch hier der Ablegung die Nachricht von der vollzogenen Tatsache folgen wird. Die politischen Ferien sind vorüber. Und die neuesten Personenwechsel werden allenthalben die Auffassung bekräftigen, daß zwischen dem Kaiser und dem Kanzler das vertrauensvollste Einvernehmen herrscht.“

Bülow ist Krampf! Wie lange? In den Regionen, in denen in Preußen-Deutschland Minister gemacht und gestürzt werden, wechselt oft über Nacht der Wind. —

## Die Verklavung der südwestafrikanischen Eingeborenen.

Nurzlich wurde amtlich mitgeteilt, daß der Arbeitszwang für die Eingeborenen vorläufig nicht aufgehoben werden solle. Jetzt werden Bestimmungen des Herrn v. Lindequist bekannt, die bezwecken, die Eingeborenen Südwestafrikas ein für allemal in der Arbeitsklaverei zu erhalten! Lindequist hat nämlich unterm 18. August die Rechtsverhältnisse der Eingeborenen durch drei Verordnungen neu

geregelt, die am 1. Oktober in Kraft getreten sind. Neben diese Bestimmungen wird gemeldet:

Unter anderem wird bestimmt, daß die Bastards von Rehoboth, so lange sie innerhalb des Rehobother Distrikts ihren Wohnsitz haben, eine von den übrigen Eingeborenen gesonderte Stellung einnehmen und den besonderen Aufsichtsbestimmungen — abgesehen von den auf Rechte oder Berechtigungen an Grundstücken sich beziehenden — nicht unterliegen. Im übrigen wird die besondere Stellung der Eingeborenen und das besondere Aufsichtsbereich des Staates durch die drei Bestimmungen gekennzeichnet: 1. Eingeborene sind in Zukunft vom Erwerb von Rechten oder Berechtigungen an Grundstücken grundsätzlich ausgeschlossen. Sie können solche Rechte oder Berechtigungen nur mit Genehmigung des Gouverneurs erwerben. 2. Eingeborene sollen in Zukunft Meitiere oder Grobvieh grundsätzlich nicht mehr halten dürfen. Die Genehmigung zum Halten solcher Tiere muß durch den Gouverneur besonders erteilt werden. 3. Eingeborene unterliegen der Aufsicht über die Gesetzbefolgung hinsichtlich des Umfangs eines zulässigen Besitzes sind nicht getroffen. Die Bestimmung in dieser Beziehung ist dem Ermessen des Gouverneurs überlassen. Rücksichtlich des Aufenthalts der Eingeborenen erkennen die Verordnungen grundsätzlich eine Bewegungsfreiheit der Eingeborenen an. Nur aus wichtigen Gründen kann nach § 5 der Verordnung über die Verpflichtung dem Eingeborenen das Verlassen seines Distrikts oder Bezirks untersagt und die Ausstellung eines Reisepasses verweigert werden. Als Organe zur Durchführung der Aufsicht über die Eingeborenen sind in erster Linie besondere Eingeborenenkommissare gedacht; das ist ein neues Amt, das bisher noch nicht besteht. Eine Mitarbeit bei der Ausübung der Aufsicht über die Eingeborenen weisen die Verordnungen auch den Privaten, den Bodenbesitzern und Dienstherren, ja jedem Weissen als solchem zu. Dienst- und Arbeitsverträge von mehr als einmonatlicher Dauer unterliegen grundsätzlich der Mitwirkung der Behörden.

Diese „Regelung der Rechtsverhältnisse“ der Eingeborenen bedeutet nichts anderes als ihre völlige Entrechtung, ihre Verklavung! Und diese Entrechtung trifft nicht nur diejenigen Stämme, die am Kriege teilgenommen haben, sondern auch Stämme, die sich gleich den Bastards von Rehoboth völlig friedlich verhalten haben. Mit welchem Schein von Recht glaubt man diese Stämme enteignen und verklaven zu dürfen!

Aber selbst für die Stämme, die an der Erhebung beteiligt waren, ist diese Art der „Neuregelung der Rechte der Eingeborenen“ eine unerhörte Vergewaltigung. Sie dürfen kein Eigentum am Boden erwerben, kein Grobvieh mehr besitzen und auch an Kleinvieh nur soviel, als ihnen der Gouverneur gestattet! Der Zweck dieser Entrechtung der Eingeborenen, die allen Schutzverträgen Hohn spricht, ist offensichtlich der, die Eingeborenen in so gedrückter Lage zu erhalten, daß sie zur Arbeitsfron für die Weissen gezwungen sind!

Ja, die Eingeborenen dürfen nicht einmal der Sklaverei durch Auswanderung entfliehen! Sie sind ja dem Paktzwang unterworfen. Und die Ausstellung eines Passes kann aus „wichtigen Gründen“ jederzeit verweigert werden. Damit aber die Eingeborenen ihrem Sklaventum ja nicht entfliehen können, steht jedem Weissen die Kontrolle über die Eingeborenen zu!

So verbreitet Deutschland Kultur in Südwestafrika!

## Bülow's Grammophon.

Die nationalliberale Charakterlosigkeit ist der politische Charakter des Herrn Wasser mann. Man braucht sich daher nicht den Neben dieses Politikers auf dem nationalliberalen Parteitage nicht allzusehr zu beschäftigen, denn man weiß, er kann auch anders, und was er heute vertritt, kann er morgen im Stich lassen. Aber Herr Wasser mann hat höheren Ehrgeiz; Er will nicht nur Führer der Fraktion Drehscheibe sein, sondern auch Vertrauter der Regierung. Fürst Bülow, der auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten so gute Geschäfte zu machen versteht, hat diesen kindischen Ehrgeiz längst bemerkt. Man weiß das seit dem berühmten Feldzug gegen das „persönliche Regiment“ und gegen die Führung unserer auswärtigen Politik. Was damals einen Moment lang naive Gemüter täuschen konnte, hat sich seitdem längst als Rettungsaktion für Bülow herausgestellt. Bülow brauchte damals die Unterstützung in seinem Kampf gegen die Karamilla der Eulenburgs. Seitdem er in diesem Kampfe gestiegen hat, ist Herr Wasser mann verstummt und weiß nichts mehr zu sagen über persönliches Regiment oder schlechte auswärtige Politik. Herr Wasser mann ist nicht erst seit heute Bülow's Grammophon, das widerklingt, was sein Vorgesetzter hineingesprochen. Und so wird, was sonst bloßes Geschwätz, interessant als Regierungsprogramm.

Da aus Wasser mann Bülow spricht, so beginnt die Rede mit einer Unwahrheit über die Sozialdemokratie. Er erzählt wieder einmal von dem angeblichen Bündnis der Sozialdemokratie mit dem Zentrum. Wasser mann vergißt dabei leider nur, daß er nicht nur Bülow, sondern auch Nationalliberaler ist, Mitglied der Partei, die jahrelang im Reichstage und preussischen Landtage mit dem Zentrum gemeinsame Politik gemacht, ihm in Preußen vor allem die Schule ausgeliefert hat! Die Unwahrheit ist im Munde dieses Nationalliberalen um so unerfreuer, als er gleich darauf selbst versichern muß, daß der Nationalliberalismus das Zentrum gegen die Sozialdemokratie unterstützt hat, daß das Zentrum das Mandat in Köln der national-

liberalen Stimmwähler verbannt, und Herrn Müller-Pulda sehr aufgeregt der Rüge zeigt, weil dieser behauptet hatte, daß der Liberalismus gegen das Zentrum die Sozialdemokratie unterstützte.

Was will aber Herr Wassermann? Meint er wirklich, daß wir verpflichtet sind, die Partei des Sozialistengesetzes, der Scharfmacher, der Plotten- und Kolonialstreiber, der Zollwucherer zu unterstützen, nur deshalb, weil sie das Wortchen „liberal“ in ihrer Geschäftsfirma führt? Stimmwähler möchten die Leuten von uns haben, die uns hinterher als Staatsfeinde, Vaterlandsverräter und nationlose Gefellen von jeder Gleichberechtigung ausschließen wollen! Daß doch diese nationalliberalen Gefellen ihr Geschäft nicht mit etwas mehr Würde betreiben können! Aber Klappen gehört zum Handwerk, und Verleumdungen der Sozialdemokratie zum Geschäft der Politiker!

Wichtiger ist, was Wassermann-Bülow uns weiter mitzuteilen hat, weil es durchaus unser Urteil über die Volkspolitik bestätigt. Herr Wassermann hat die freisinnigen Illusionen wirklich nicht geschont. Selbst bei der Börse reform dürfen sie nicht auf den Getreideterminhandel hoffen; das Vereins- und Versammlungsrecht soll ein Ausnahmegericht gegen Polen und Dänen werden, und mit der preussischen Wahlrechtsreform ist es erst recht nichts. An das Reichstagswahlrecht darf nicht einmal gedacht werden und selbst eine Teilreform ist ganz unbestimmt. Sie wird ja einmal kommen, aber man darf und nicht fragen, wann! Ja, Herr Dr. Osann hat in einer Vollversammlung ausdrücklich erklärt, daß die Wahlrechtsfrage für das Bestehen des Reichs ganz gleichgültig sein müsse! Dieser preussische Abgeordnete — wenn das Geldwahlrecht das Mandat gibt, dem nimmt es den Verstand — machte folgende ungläubige Ausführungen:

„Wir fragen nicht, was uns die Volkspolitk einbringt. Wir sind für sie des Reiches wegen da. Wir sind genügsam. Wir fragen nicht, was die Regierung geben will, wir fragen auch nicht, daß wir nur im Reich bleiben, wenn wir Konzeptionen bekommen. Wir sagen nicht, wir bleiben nur dann, wenn das preussische Wahlrecht geändert wird, sondern wir bleiben auf alle Fälle im Reich.“

Wäre das eheliche politische Dummheit — Herr Fischel wäre libertofren! Da das aber unmöglich ist, so verbirgt sich hinter diesen Worten nichts als die Aufforderung an die preussischen Junker und ihre Regierung, die heisse Sache der Wahlreform ja nicht anzuhören! Bülow (Wassermann) hat ja auch andere Sorgen. Ihm liegen vor allem die Kolonialisenbahnen und die Flottenbauten am Herzen. Gibt uns Herr Osann die beruhigende Versicherung, daß uns die Regierung mit Forderungen kommt, und daß auch Dernburg nicht zurückkommt, ohne seine Erfahrungen in Geld und — Geldforderungen umzusetzen, so sucht Wassermann die Flottenrede Spahn nach zu übertrumpfen. Hat sich Spahn wenigstens noch auf der Wasserwerkfläche gehalten, so geht Wassermann darunter und darüber, fordert neue Unterseeboote und Luftschiffe, beschleunigten Ausbau der Schlagschiffe und treibt die politische Schlenkerkonkurrenz mit dem Zentrum auf Kosten der Steuergelder auf das äußerste!

Bedenklich ist aber die Vorsticht, mit der Bülow (Wassermann) dabei trotz alledem das Zentrum behandelt. Die Herren Erzberger und Koerer bekommen zwar schlechte Worte, sind sie doch die Vertreter der mehr demokratischen Richtung des Zentrums. Desto jester wird die „geschickte und kluge Politik“ des Herrn Spahn gepriesen, des Vertreters der großkapitalistischen, regierungsfreundlichen Zentrumsrichtungen. Sollte Bülow (Wassermann) in die Dauer des Reichs doch keine allzu großen Hoffnungen setzen, sollen rechtzeitig Verbindungsbrücken zum Zentrum geschlagen werden?

Zum Schluß, aber spricht Wassermann allein: „Die diplomatische Karriere muß weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden.“ Das ist eine alte Sorge des guten Wassermann. In der Tat, warum auch nicht? Mit elf Diplomaten geht Wassermann gerade auf ein Dupeud. Die Diplomatie würde zwar nichts gewinnen, aber die innere Politik sicher nichts verlieren.

## Ein Parteikandal.

Paris, 7. Oktober. (Eig. Ber.)

Man kann den Verlauf der gestrigen „Feierlichkeit“ in Pöbin nicht anders nennen. Weisliche nicht darum, weil die von der „Humanität“ mit allzu großer Sicherheit angefordigte Demonstration gegen Briand ganz ins Wasser gefallen ist. Nebenmusik sind schließlich nicht unerklärliche Requisiten der Parteitaktik. Aber ein unerträglicher Standal ist es, daß mitten im erbitterten Kampf, den die sozialistische Partei gegen ein rücksichtsloses Ministerium führt, eine ganze Reihe von alten Parteimitgliedern jenem Mann, in dem sich die Volkspolitk der Regierung personifiziert, ein rauschendes Guldigungsfest bereiten. Das ist ein Verrat, den keine Partei ruhig ertragen würde. Es ist wahrscheinlich nicht die Jaubergewalt der Briand'schen Persönlichkeit, die gestern über die Parole des proletarischen Klassenkampfes triumphiert hat. Sicher ist das psychologische Moment nicht zu unterschätzen, das unbelobten und gefühlsmäßig urteilenden Massen einen Mann sympathisch macht, der mit der heroischen Geste eines Löwenbändigers in die Arena tritt. Herr Briand, der jetzt aus einem industriellen Zentrum ins andere reist, ist ja kein Mann der bloßen Furcht, und das verschafft ihm ohne Zweifel ein günstiges Vorurteil bei Leuten, die in der Politik nur die mehr oder minder schneidigen Akteure sehen. Aber daß gestern 2000 Arbeiter, wirkliche Bergarbeiter und dabei solche, die sicher ganz ehlich in ihrer Weise dem sozialistischen Ideal anhängen, dem Rohregler der sozialistischen Lehrer, dem Ritschuldigen aller Gerichts- und Polizeiaktionen gegen die Gewerkschaften zuzubellen, das ist die traurige Schuld derjenigen, die ihre dämmernde Sehnsucht jahrelang im Dunkel gelassen, die ihr Vertrauen mißbraucht und die sie schließlich aus wenig rühmlichen Motiven dem Gegner direkt ins Lager geführt haben.

Sagen wir es nur heraus: Seit gestern besteht die sozialistische Hysterie des Pas de Calais nicht mehr, und selbst die Sturm-erprobte des Norddepartements, die Wiege des Parti Ouvrier, hat bedenkliche Schäden davongetragen. Briand hat gestern eine Suite von alten sozialistischen Offizieren um sich gesammelt. Dem Bankett zu seinen Ehren wohnten bei: der Bürgermeister von Pöbin, Lamendin, die Herren Wasly und Boniauz, alle drei Deputierte, die der geeinigten Partei angehören, Galember, der ehemalige Bürgermeister, und Depay, der ehemalige Parteikandidat von Calais, Delegierte von 11 Parteifunktionen des Pas de Calais, Delesalle aus Lille, Mitglied des Generalrats des Norddepartements, und noch genug andere.

Run könnte man ja, im einzelnen nachforschend, manche Momente auffinden, die die Verluste für die Partei leichter erträglich machen. Wenn man z. B. daran denkt, daß der Deputierte Boniauz, ein ehemaliger Bergarbeiter, sich geweiigt hat, die 3000 Franz jährliche Parteisteuer zu zahlen, wird man die Versuchung, durch einen solennen Bruch mit der Partei 12000 Franz zu ersparen, nicht unterschätzen und den Einfall ver-

stehen, Friedlichkeitspolitische Fürsorglichkeit durch einen politischen Abgang zu maskieren. Aber darum bedeutet doch der gestrige Tag einen Zusammenbruch der Organisation, der über die unmittelbare Schädigung der Partei hinaus noch im gesteigerten Mißtrauen der zum revolutionären Bewußtsein erwachten Arbeiterschaft gegen die politische und parlamentarische Betätigung nachwirken wird.

Herr Briand hat gestern einen persönlichen Triumph gefeiert. Aber unmittelbar genügt hat er wieder einmal seinen alten Freunden, den Anarchisten, die den Verrat der „politiciens“ zweifellos propandistisch ausbeuten werden. Die Wasly und Lamendin haben ihnen freilich längst einen trefflichen Boden bereitet, durch die skrupellose Art, wie sie die alte Bergarbeitergewerkschaft zu einer bloßen Wahltruppe formten, die dann im ersten wirtschaftlichen Kampf vollständig versagen mußte. Zwischen Proudhon und Wasly blieb den Proletariaten der Bergreviere nur die bange Wahl. Der gestrige Tag mag insofern auch sein Gutes haben, indem er die Partei von dem Zwang der Selbstüberwindung befreit, womit sie bisher das Treiben der Wasly und Konforten zu schonen genötigt war. Er hat auch den Blick in tief-liegende Gebroden des Organisationsapparats eröffnet. Hier ist vieles umzubauen, ja von Grund aus aufzubauen. Kraft, Opfermut und vor allem Geduld werden dazu nötig sein. Werden sie sich zum schweren Werk zusammenfinden, so wird der gestrige Tag, an dem morsches, säulendes Gemäuer zusammenbrach, zuguterletzt doch als ein Segenstag für den französischen Sozialismus gelten müssen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Oktober 1907.

### Der Luft-Militarismus.

Es scheint wirklich, als ob wir zu unserem herrlichen Landheer und unserer noch nicht ganz so herrlichen, aber darum um so anspruchsvolleren Flotte nun auch noch den Luft-Militarismus bekommen sollten. Die Proben, die in Zogel mit dem lenkbaren Militär-luftschiff und dem Parafallschiff Ballon vorgenommen wurden, haben ja die Phantasie unserer militärischen Luftstrategen mächtig beflügelt. Und nun sollen die Leistungen des Zeppelin'schen Aluminium-Ballons die der beiden anderen Luftschiffe noch weit in den Schatten gestellt haben.

Wie sehr man sich für die Zeppelin'schen Versuche interessiert, beweist, daß ihnen nicht nur militärische Sachverständige beigezogen haben, sondern am Dienstag sogar der deutsche Kronprinz und der König von Württemberg. Allerdings machten sie die Luftfahrt selbst nicht mit, sondern folgten nur per Dampfer die Exkursion, doch sollen sie sehr entzückt von dem trefflichen Manövrieren des Luftfahrzeugs gewesen sein. Der König von Württemberg hat den später zur Tafel gezogenen Grafen Zeppelin seine höchste Befriedigung ausgesprochen.

Die Versuche Zeppelins haben auch bereits einen klingenden Erfolg gehabt. Wie das offiziöse Depeschembureau meldet, ist die Reichsregierung bereits in Anlaufverhandlungen mit dem Grafen Zeppelin eingetreten. Die Ballonhalle ist bereits angekauft worden, über das Fahrzeug selbst schweben noch die Verhandlungen.

So ist es nur zu wahrscheinlich, daß wir demnächst unsere militärische Luftflotte erhalten. Nicht nur in Gestalt der nicht allzu teuren Ballons, deren sich bisher schon die Luftschiffer-abteilung bediente, sondern eine Flotte von kostspieligen Aluminium-Fahrzeugen.

Die Rords-Technik macht rapide Fortschritte. Den Schlagschiffen für 40 Millionen folgen die 20000 Tonnen-Panzer und Panzerkreuzer für 20 Millionen. Dazu Unterseeboote, Last- und Panzerautomobile und jetzt auch noch lenkbare Luftschiffe!

### Gewerkschaftshaffer!

Während man in liberalen, zum Teil selbst in Scharfmacherkreisen eine Zeit lang die Gewerkschaften gegen die Sozialdemokratie auszuspielen suchte, bricht jetzt der wütende Haß gegen jede proletarische Klassenkampfesbewegung um so ungemüher wieder durch. Solange man wähnte, daß die Gewerkschaftsbewegung mit ihrer Ausbreitung versähen, die politische Bewegung lahmlegen und selbst den Kampf um Verbesserung der Lage der Arbeiter im kapitalistischen Produktionsprozeß lössiger führen werde, brachte man einige heuchlerische Sympathie für sie auf. Als aber diese schönen Hoffnungen zu schanden wurden, zeigte man wieder sein wahres Gesicht. Das Gewerkschaftsnebelgesetz war ein Ausfluß dieses wütenden Hasses gegen die Gewerkschaftsbewegung. Die Gründung von christlichen Gewerkschaftsorganisationen genigte nicht mehr, man protegierte und organisierte „gelbe“ Gründungen. Selbst die „demokratische“ „Frankfurter Zeitung“ wehlagte ja kürzlich darüber, daß die Sozialdemokratie allzusehr den Gewerkschaften und ihren Interessen Rechnung trage und dadurch mehr und mehr eine bloße Arbeiterpartei werde.

Einen klaren Einblick in die Denkweise der eigentlich maßgebenden Kreise der Bourgeoisie gewährt folgender Ausfall der „Gamb. Nachr.“:

„Man hat von der Gewerkschaftsbewegung den großen Umchwung in den Arbeitermassen erwartet. Der Will der letzteren sollte dadurch von phantastischen Zukunftsbildern abgelenkt, ausschließlich auf die Gegenwartsmöglichkeiten gerichtet und so die Zuredenheit mit einer allmählich fortschreitenden Reform der auf dem Boden der alten Gesellschaftsordnung erwachsenen Verhältnisse hergestellt werden. Heute weiß man, daß zum mindesten in der weit überwiegenden Mehrheit der bestehenden Gewerkschaften, nämlich in den sozialdemokratischen, die Entwicklung die gerade entgegengesetzte gewesen ist. Die Arbeiter haben die ihnen durch die sogenannte Sozialreform dargebotenen Wohltaten hingenommen nicht, um sich damit zu rüden zu geben, sondern um den Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse mit um so besser gestärkter Kraft fortzuführen. Nicht nur die lediglich zum Zweck der Machtprobe unternommenen Streiks sind fortwährend in der Zunahme, auch der Terrorismus der Gewerkschaften gegen Arbeiter und Arbeitgeber wächst ins ungeheuerliche. Es ist der gewalttätig-revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie ins Praktische überträgt. Auch der dem Geschäftsleben fernstehende Beobachter muß, wenn er die Augen nicht absichtlich verschließt, erkennen, daß hier eine ungeheuerliche Gefahr für unser wirtschaftliches, unser soziales, unser politisches Leben heraufzieht, eine Gefahr, die nach statistischem Ausweis in rapidem Wachstum begriffen ist.“

In der Tat: eine „ungeheuerliche Gefahr“ für die schrankenlose Profit- und Ausbeutungsgier der Großindustriellen, die zwei Millionen Gewerkschaftler! Statt sich mit den „Wohltaten“ der kümmerlichen Sozialreform zufriedenzugeben, sind die Gewerkschaften bemüht, die allgemeinen Preissteigerungen, die durch den Zollwucher und die Profitgier des Unternehmertums hervorgerufen worden sind und die die errungenen Lohnerhöhungen wieder illusorisch zu machen drohen, durch neue Lohnaufbesserungen zu kompensieren.

Wenn die Arbeiter vom kolossal anwachsenden National-reichum wenigstens etwas für sich in Anspruch nehmen wollen, so ist das für die Schlotbarone nichts anderes als eine Uebertragung des „gewalttätig-revolutionären Charakters der Sozialdemokratie“ ins „Praktische“!

Man sieht: die Besizenden führen den Klassenkampf mit aller Unerbittlichkeit! Mögen sich die Proletarier ein Beispiel an den Herrschenden nehmen!

### „Nationalliberale Arbeiterwähler“.

Ultramontane und christlichsoziale Blätter wußten längst von einer Aktion nationalliberaler Arbeiterwähler im Saargebiet zu berichten. Die evangelischen Arbeiter der Wahlkreise Saarbrücken und Wittweiler-St. Wendel, die den christlichen Gewerkschaften, den Arbeiter- und Knappenvereinen angehören, hatten bei der letzten Reichstagswahl den „nationalen“ Kandidaten Justizrat Volz und General Schubert Wahlhilfe geleistet, nachdem ihnen von dem nationalliberalen Unternehmertum der beiden Kreise versichert worden war, daß in Zukunft das Koalitionsrecht geachtet und den christlichen Gewerkschaften kein Hindernis in den Weg gelegt werden solle. Die Unternehmer im Wahlkreise des Herrn Volz wählten ihr Wort in der Weise, daß nach der Wahl die christlichen Arbeiter in jeder Weise sekularisiert und gerade die treuesten Wahlhelfer des „nationalen“ Kandidaten wegen ihrer Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaft gemahregelt wurden. Darob große Erbitterung der „nationalliberalen Arbeiterwähler“; Entrüstungsartikel in den Zeitungen und Ankündigung einer „Aktion“: die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im Saargebiet, die Mitglieder der evangelischen Arbeiter- und Knappenvereine, sowie die nationalliberalen Mitglieder des deutschnationalen Handlungsgewerkschaftsverbandes beschloßen unter Führung des Gewerkschaftssekretärs Schneider vom christlichen Bergarbeiterverband, drei Delegierte zum nächsten Parteitag der Nationalliberalen zu entsenden und dort zu beantragen, diejenigen Mitglieder aus der Partei auszuschließen, die das Koalitionsrecht nicht achten und für die gelben Gewerkschaften eintreten.

Das klang sehr energisch. Und nun höre man, wie die Christenbrüder ihre „Aktion“ zu Ende führten. Auf dem nationalliberalen Parteitag erhob sich, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, am Schluß der Verhandlungen Eggelenz Hamn, wies auf die in der ultramontanen und christlichsozialen Presse angekündigte „Aktion nationalliberaler Arbeiterwähler des Saargebiets“ hin, und stellte die Frage, ob ein Antrag der angekündigten Art zum Parteitag eingeladen sei, sowie ob die in dem Zeitungartikel bezeichneten Personen sich zur Versammlung angemeldet hatten und erschienen seien. Generalsekretär Weithaupt antwortet: Ein solcher Antrag ist nicht eingegangen, auch sind meines Wissens die Genannten nicht beim Zentralbureau angemeldet.

So endete die großmächtig angekündigte Aktion der evangelischen Arbeiter des Saargebiets, die unter Führung eines christlichen Gewerkschaftssekretärs vor sich gehen sollte. Es blieb, wie so vieles bei den Christlichen, bei der Absicht. Der Mut fehlt. Wenn's zum Klappen kommt, knicken sie. Und dabei beklagen sie sich, wenn sie mit Fußtritten bedacht werden.

### Der Wiesbadener polizeiliche Mißgriff.

Der Schriftsteller Karl Wötcher war bekannlich seinerzeit von einem Schaymann ohne Grund verhaftet, gefesselt, beschimpft und mißhandelt worden. Als Wötcher gegen den Schaymann Straf-antrag stellte, lehnte die Staatsanwaltschaft den Antrag ab, dagegen wurde der Mißhandelte unter Anklage gestellt. Das Wiesbadener Landgericht wies jedoch diese Anklage gegen Wötcher nach angestelltem Ermittlungsverfahren zurück, da der betreffende Schaymann sich „nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befunden“ habe und sein Vorgehen „nicht den Anforderungen genügt, die an ein pflichtgemäßes Ermessen“ zu stellen seien. Der Beschluß des Landgerichts sprach sogar direkt von den „Ausgreitungen eines Beamten“.

Herr Wötcher meldet nun weiter über die Angelegenheit: Und nun der Wiesbadener Polizeipräsident Herr v. Schend! Ich habe bei ihm angefragt, welche moralische Genug-tuung er mir ob der an mir verübten polizeilichen Schand-liauten zu geben gedente. Er hat es vorgezogen, auf meine Frage zu — schweigen. Eine derartige, in diesem Fall selbstverständliche Genugtuung scheint amtlich nicht vorgesehen zu sein. Als es sich darum handelte, mich auf Grund der „Schaymanns-angelegenheit“ zur Verhaftung zu bringen, hatte es der Herr Polizeipräsident eifrig. „Ohne Verzug solle Arbeit geschaffen“ werden, erklärte er in den Zeitungen, und „ohne Verzug“ war ich — angeklagt. Ich habe den Herrn Polizeipräsidenten an seine mir seinerzeit gegebene Zusage erinnert, der zufolge er es „von der gerichtlichen Untersuchung abhängig machen“ wollte, ob er „Veranlassung habe, gegen den Schaymann disziplinarisch vorzugehen“. Das Resultat der gerichtlichen Untersuchung ist längst vorhanden; aber von einem „disziplinarischen Vorgehen“ gegen „Nr. 44“ verlaute immer noch nichts, weil — der Herr Polizeipräsident „die Akten noch nicht erlangt konnte“! — Auch der Wiesbadener Regierungs-präsident Herr v. Meister wollte zur Erledigung meiner Beschwerde gegen den Herrn Polizeipräsidenten das „gerichtliche Verfahren gegen mich abwarten“. Nach dem Ergebnis des gerichtlichen Verfahrens habe ich auch vom Herrn Regierungspräsidenten nichts mehr gehört! Uebrigens konnte seinerzeit auch der Herr Regierungspräsident meiner Beschwerde gegen den Herrn Polizeipräsidenten nicht näher-treten, weil auch für ihn — nach der Versicherung seines Dege-nerenten — „die Akten nicht zu erlangen“ waren. Um diesem ver-schiedentlich auftauchenden Altemangel abzuhelfen, habe ich jetzt die Hauptstücke der Akten vervielfältigen lassen und sie den betreffenden Instanzen zur weiteren Be-handlung des „Falles“ zur Verfügung gestellt. — Heute, am 7. Oktober, schide ich meine vervielfältigten Akten an den Herrn Justizminister, sowie an den Herrn Minister des Innern. Vielleicht, daß angesichts der Entscheidung des Wiesbadener Landgerichts und rücksichtlich des elementarsten Rechts den be-treffenden polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Instanzen „nahe-gelegt“ wird, ihre Anschauungen über den einzig dastehenden „Wiesbadener polizeilichen Mißgriff“ etwas zu revidieren!

Wir wünschen, daß die Eingabe beim Justizministerium Herrn Wötcher endlich die Genugtuung verschaffen möge. Doch wird er gut tun, sich mit etwas Geduld zu wappnen! —

### Eine Justizblamage.

Straßburg, 7. Oktober. Auf die Beschwerde des Genossen Schneider gegen seine Verhaftung wegen Zeugnis-verweigerung hat die Straßburger Justizbehörde den un-sinnigen Beschluß des Schöffengerichts Bischoffweiler für auf-gehoben erklärt. Am Montagmittag 2 Uhr wurde Genoss Schneider aus der Haft entlassen. Ein neuer Termin in dem der Affäre zugrunde liegenden Prozeß ist noch nicht ange-setzt. —

### Demokratisches Gerechtigkeitsgefühl.

Zur Mitteilung von der unerhört hohen Verurteilung des Ge-nossen Dietrich von der „Allenburg. Volkszeitung“ mit drei Monaten Gefängnis wegen Beleidigung des Redakteurs König von der „Allenburg. Landeszeitung“ bemerkt die „Berliner Volks-

zeitung" Aug und Weise: Die persönliche Beschimpfung gegnerischer Redakteure in sozialdemokratischen Blättern scheint immer mehr um sich zu greifen.

Das demokratische Blatt hat es natürlich für überflüssig gehalten, seine Leser — und wahrscheinlich auch sich selbst — über den Sachverhalt näher zu unterrichten. Und es ist doch wohl nicht ganz nebenächlich für die Beurteilung der Affäre, daß Genosse Dikreiter nicht wegen Beschimpfung des Königs verurteilt wurde, sondern weil er diesem entragerten Antisemiten durch die vor Gericht als wahr erklärte Mitteilung gekennzeichnet hat, daß der Herr einen Juden um 300 M. anzupumpen versuchte. Und es ist ebenso wohl nicht ganz unwesentlich, daß dieser König in seinem Blatte alle erdenklichen Lügen des Reichslügenverbandes unbesehen aufnimmt und ständig gegen die Sozialdemokratie und ihre Angestellten im wüstenstetigsten Maßstab schreibt. Das alles müßte doch wohl eigentlich bei der Beurteilung des Altenburger Schöffengerichtsurteils in Betracht gezogen werden.

Aber die „Berliner Volkszeitung“ braucht das alles nicht zu wissen — denn sonst könnte sie ja ihr ganzes Geringschätzungsgefühl nicht leuchtend lassen und die sozialdemokratische Presse nicht anempfehlen, was doch für ein „gut-demokratisches“ Koffeblatt unabweisbares Bedürfnis zu sein scheint.

## Ungarn.

### Der Wahlrechtskampf.

Je näher der 10. Oktober heranrückt, um so deutlicher zeigt es sich, daß Ungarn an diesem Tage der Schauplatz großer Ereignisse von geschichtlicher Bedeutung sein wird. Wie sehr die Regierung vor diesem Tage zittert und wie sehr ihr in ihrem arbeiterfeindlichen Verhalten jede Unterstützung recht ist, zeigt die in hunderttausend von Exemplaren herausgebrachte, von der „Liga der patriotischen Arbeiter“ gezeichnete Flugchrift. Daß es eine solche Liga gar nicht gibt, davon glaubte die Regierung sich nicht erst überzeugen zu sollen. Jedenfalls ließ sie diese Flugchrift gerne ein paar tausend Kronen kosten. Im übrigen rüft sie mit aller Kraft für den großen Tag: In sämtlichen Städten des Landes wird das Militär bereit gehalten, sollen Militärpatrouillen die Straßen durchziehen.

Das Parteisekretariat der Sozialdemokraten Ungarns meldete am Freitag den Anzug bei der Polizei an, und schon am Sonnabend kam der Befehl, daß der Demonstrationsumzug mit der angemeldeten Route „nicht zur Kenntnis genommen“ werde! Natürlich hat das Parteisekretariat gegen diesen Befehl sofort beim Minister des Innern Beschwerde erhoben.

Der abweisende Befehl der Polizeihauptmannschaft lautet dahin, daß zwar die Volksversammlung am 10. Oktober „zur Kenntnis genommen“ sei, nicht aber die geplante Route des Demonstrationsumzuges, und zwar aus dem Grunde, weil das Parlament an diesem Tage zu einer Sitzung zusammentritt und der voraussichtlich viele Stunden dauernde Demonstrationsumzug bei seinem Wege am Parlament vorüber die Abgeordneten verhindern würde, in das Parlament zu gelangen, und weil der Lärm und die Ruß der zehntausendköpfigen Demonstration unzulässig machen würde! — In seinem Rekurs gegen diese salomonische Weisheit weist das Sekretariat der sozialdemokratischen Partei auf den Demonstrationsumzug vom 15. September 1905 hin, wo der ganze Raum vor dem Parlament, alle in diesen Platz einmündenden Straßen und Gassen vom Volke besetzt waren und die Abgeordneten dennoch nicht gehindert waren, in das Parlament zu gelangen! Auch ist es falsch, daß der Lärm und die Ruß die Sitzung stören würde, denn der Sitzungssaal des Parlaments liegt vom Parlamentsplatz soweit ab, daß dahin weder der Lärm von Personen noch sogar die Klänge einer Musikkapelle gelangen können.

Auch an sämtliche Abgeordnete richtete das sozialdemokratische Sekretariat einen Aufruf, der diese ersucht, sich am 10. Oktober der Deputation anzuschließen, die in Angelegenheit des Wahlrechts beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses versprochen wird.

Die Regierungsblätter melden nun zwar tagtäglich, daß die Bewegung der Arbeiterschaft eine „isolierte“ sei, aber nichtsdestoweniger melden sie die Meldungen, nach deren Kaufleute, Cafésiers und Industriellen unter Bekundung ihrer Sympathie den Anführer der Bewegung anzeigen! Wohl die wichtigste Grundgehung dieser Art ist jene der Fabrikindustriellen. Fünfundzwanzig der angesehensten Fabrikanten nämlich richteten an den Landesverband der ungarischen Fabrikindustriellen eine Eingabe, in welcher der Verband um Stellungnahme für das Wahlrecht ersucht wird. In der Eingabe heißt es: daß von den Arbeitern so stark propagierte Wahlrecht werde viel dazu beitragen, die zwischen Arbeiter und Arbeitgeber bestehende, von Tag zu Tag unerträglich werdende Spannung zu beseitigen, die ungestörte industrielle Produktion zu sichern und damit auch die Festigung des wirtschaftlichen Lebens herbeizuführen! Als Ausfluß dieser Anschauung geben die Unterfertiger der Eingabe ihren Arbeitern den 10. Oktober nicht nur frei, sondern bezahlen ihnen für diesen Tag auch den vollen Lohn. Dies geschähe zur Dokumentierung dessen, daß in der Wahlrechtsfrage zwischen Arbeiter und Arbeitgeber keine Gegensätze beständen. Der Verband wird schließlich ersucht, dahin zu wirken, daß seine sämtlichen Mitglieder in gleicher Weise vorgehen mögen.

Auch die Bürgerschaft, soweit sie sich „demokratisch“ nennt, nimmt für das Wahlrecht Stellung. Sie verteilte eine Flugchrift, in der die demokratischen Bürger von Budapest zu einer Versammlung aufgerufen werden und in welcher es heißt, daß die demokratische Partei seit jeher für das allgemeine Wahlrecht gekämpft habe und jetzt im Kampfe nicht zurückstehen wolle, wo der Sieg schon winkt! Nur das allgemeine Wahlrecht könne Staat und Volk untrennbar vereinigen, nur dieses Wahlrecht könne die Solidarität des arbeitenden Ungarns produzieren, nur dieses Wahlrecht werde den Spruch zur Wahrheit machen: „Das Vaterland gehört dem Volke!“

Auch die Sozialdemokratie Kroatiens rüstet weiter zum Kampfe für das allgemeine Wahlrecht. Die Arbeitseinstellung am 10. Oktober wird voraussichtlich eine allgemeine sein und auch die Geschäfte, Kaffeehäuser und Restaurants dürften geschlossen bleiben. Flugschriften überfluten das Land und propagieren für den großen Tag des ungarischen Proletariats.

## Amerika.

Der Staat Oklahoma, der 46. Staat der Union, ist jetzt formell in den Bund aufgenommen worden, nachdem er sich als Territorium nach langen Vorbereitungen eine Verfassung gegeben hatte. Dem Präsidenten Roosevelt gefiel diese Verfassung allerdings nicht, wie er öffentlich erklärte. Jedoch er hatte nur zu untersuchen, ob sie einen republikanischen Charakter trage. Da er das nicht verneinen konnte, mußte er wohl oder übel die Proklamation unterzeichnen, durch die Oklahoma als Staat anerkannt wird.

Die Verfassung enthält verschiedene „staatssozialistische“ Bestimmungen. So wird die direkte Besteuerung durch das Volk eingeführt. Die Indianer erhalten dieselben Rechte wie die Weißen. (Der neue Staat schließt außer dem eigentlichen Oklahoma das Indianerterritorium ein.) Oklahoma gilt ferner als Prohibitionsstaat, das heißt, daß innerhalb seiner Grenzen alkoholische Getränke nicht verkauft werden dürfen. Diese Bestimmung ist ihm vom Kongreß der Vereinigten Staaten auf eine bestimmte Zeit aufgenötigt worden, und zwar der Indianer wegen.

Bei den ersten Wahlen zum Staatsparlament hatten die Demokraten gesiegt, was dem Präsidenten Roosevelt ebenfalls nicht angenehm war, aber auch dagegen „ließ sich nichts sagen“. — Der Staat hat 1500 000 Einwohner und ist nicht der kleinste an Einwohnerzahl.

## Die russische Revolution.

### Ein glänzender Wahlsieg.

Bei den Wahlen in der Arbeiterkurie sind in Rußland-Polen folgende Resultate erzielt worden:

In Warschau wurden gewählt: Bevollmächtigte von der Sozialdemokratie Polens und Litauens 42, P. P. S. 26, Jüdischer Arbeiterbund 4, „Nationaldemokraten“ (kerikale Reaktion) 13, Parteiloze 6.

In Lodz: Sozialdemokratie 52, P. P. S. 25, Jüdischer Bund 6, Nationaldemokraten 73.

In Gienkshau: Sozialdemokratie 10, P. P. S. 7, Nationaldemokraten 13.

In dem Dombrowaer Kohlenbezirk: Sozialdemokratie 20, P. P. S. 15, Nationaldemokraten 2.

Ungefähr dieselben Resultate wurden auch im Gouvernement (außerhalb der Stadt) Warschau erzielt. Die Sozialdemokratie Polens und Litauens marschiert also überall voran, und sie hat allein schon die kerikale-nationale Demagogie der „Nationaldemokraten“ in ihren Hauptstützen auf Haupt geschlagen. In Lodz aber, wo diese Partei die meisten Bevollmächtigten durchgedrückt hat, ist ihr die Sozialdemokratie im Grunde mit der P. P. S. überlegen. Die sozialdemokratischen Parteien haben sich auch ihr getrenntes Vorgehen nur für den ersten Wahlgang — zur freieren Agitation und um die Kräfte zu zählen — gewährt. Bei der Wahl der Wahlmänner marschieren sie überall gemeinsam, so daß die Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner in Polen — falls die Nationaldemokraten mit ihren Alliierten, den zarischen Behörden, nicht zu gar zu groben Wahlfälschungen ihre Lust nach nehmen — überall gesichert ist.

Trotzdem ist natürlich die Aussicht auf die Durchbringung eines sozialdemokratischen Abgeordneten in die Duma fast ausgeschlossen, da ja die Arbeiterwahlmänner in der fünftägigen Kurie in Polen regelmäßig von dem nationaldemokratischen Kleinbürgertum überstimmt werden! Doch sind die in der Arbeiterkurie erzielten Resultate außerordentlich wichtig: als ein sicherer Nachweis, daß die nationalkerikale Reaktion, die mit enormen materiellen Mitteln und mit allen struppelosesten Gewaltmitteln arbeitet, in den proletarischen Schichten gründlich abgewirtschaftet hat. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß die Entfaltung der Massenagitation mit ungläublichen Schwierigkeiten verbunden war. Ungeachtet dessen ist diese jedoch so energig geführt worden, daß z. B. in Warschau nur 15 Fabriken an den Wahlen nicht teilnahmen, davon neun aus verschiedenen zufälligen Gründen (weil sie nicht in Betrieb und dergleichen) und nur sechs deshalb, weil die Arbeiterschaft die dritte Duma boykottiert.

### Ein brutaler Gewaltakt.

Die „Ross. Zig.“ erhält das folgende Telegramm: Es wird bekannt, daß die 55 sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma, die der Verschwörung gegen die Staatsgewalt angeschuldigt sind, nicht vor die ordnungsmäßige Gerichtskammer, sondern auf Grund einer besonderen Verfügung des Zaren vor den Senat, als obersten Gerichtshof, gestellt werden! Da aber dazu nach den Grundgesetzen die Zustimmung der Reichsduma erforderlich wäre, die der Regierung nicht erteilt worden ist, so bedeutet diese Maßregel eine direkte Verletzung der Grundgesetze.

Die russische Regierung geht unbeirrt ihren Weg: in demselben Augenblick, da sich die Nachrichten aus dem Reich häufen, daß die Bevölkerung in den Vorwahlen seiner Unzufriedenheit mit dem zarischen Regime unerbittlichen Ausdruck leiht, in demselben Augenblick wagt man es, die 55 Sozialdemokraten vor ein Ausnahmegericht zu stellen, vor eine Art Feldgericht zum Privatgebrauch des nachgiebigen kleinen Nikolaus.

Wenn nicht schon aus ihrem Allgemeingebaren, so kann man aus diesem Brutalitätsakt entnehmen, welche Dimensionen das Selbstbewußtsein der Stolypinschen Regierung wiederum angenommen hat. . . .

### Es wird weiter „reformiert“.

Noch unlängst fiel das Leitblatt Stolypins, die „Rossija“, mit den argsten Schmähungen über die oppositionelle Presse her, als diese die Frage aufwarf, was denn eigentlich aus der feierlich angekündigten „Reformierung Rußlands“ geworden sei. Der wagt es, die reformatorischen Bestrebungen der Regierung in Zweifel zu ziehen? so rief das Regierungsblatt „entriest“ aus. Gegenwärtig ist nun der Ministerrat an die Durchsicht der Regierungsvorlagen geschritten, die in der dritten Duma eingebracht werden sollen, und die Radikalen, die darüber in die Presse dringen, sind für die „reformatorischen Bestrebungen“ des Ministeriums höchst charakteristisch.

Unter den Projekten finanziellen Charakters z. B. lenkt das Projekt der Reformierung der — inneren Spionage die Aufmerksamkeit auf sich. Seit 1904 wurden dem Ministerium des Innern 125 000 Rubel jährlich für „Bedürfnisse des Spionagedienstes“ zur Verfügung gestellt. „Gegenwärtig jedoch“ — heißt es im Bericht des Ministeriums — „ist es infolge der Unruhen, Auf- und Abwärtswälle und überhaupt infolge der äußerst gespannten gesellschaftlichen Stimmung, die in der Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung zum Ausdruck gelangt, absolut unumgänglich geworden, sich mit dem derzeitigen Spionagedienst im ganzen Reich wie mit den Krediten, die dem Ministerium zu diesem Zwecke gewährt werden, zu begnügen.“ Diese Summen sind unso ungenügender, wenn sie mit den Krediten verglichen werden, die den einzelnen Städten und Generalgouverneuren für denselben Zweck gewährt werden.“ Mit schamendem Behagen zählt der Bericht des Ministers diese Kredite her: Moskau erhält für die Bedürfnisse des Spionagedienstes 95 000, Petersburg 158 000, der Warschauer Generalgouverneur 117 000, der Statthalter seiner Majestät im Kaukasus 215 000 usw. Im ganzen werden den Städten und Generalgouverneuren 716 000 Rubel jährlich zur Verfügung gestellt. Kann sich danach das Ministerium des Innern mit seinen lumpigen 125 000 Rubeln begnügen? — In Erkenntnis seiner „kritischen“ Lage verlangt das Ministerium einen jährlichen Zuschuß von 1 220 660 Rubel! Diesen Zuschuß gedenkt es darauf zu verwenden, daß es die Bevölkerung mit der Errichtung neuer Detektivabteilungen in 95 Städten beglückt! Die Errichtung dieser Abteilungen soll in einigen Städten (nach den Worten des Berichtes) dadurch notwendig geworden sein, daß „administrative Institutionen, Hochschulen oder Handels- und Industriebetriebe in ihnen konzentriert sind.“

Parallel mit der Forderung neuer Kredite für die Errichtung eines ganzen Reiches neuer Detektivabteilungen, die angeblich für die „Verbüßung“ Rußlands „unumgänglich notwendig“ sind, stellt das Ministerium des Innern die Forderung auf, daß der Kredit für den Unterhalt der „von den Militär- und Polizeibehörden herbeigeführt und verbannten“ Personen erhöht werde. Bisher wurden alljährlich 130 000 Rubel für diesen Zweck allotiert. Gegenwärtig jedoch verlangt das Ministerium eine Summe, die fast das Dreifache erreicht, weil die Zahl der Verbannten nach seinen Angaben gestiegen ist und die für ihren Lebensunterhalt angewiesenen Summen schon während der ersten zwei Monate dieses Jahres verausgabt worden sind. Nach den Angaben des Ministeriums erreicht die Zahl

der auf administrativem Wege verbannten Personen gegenwärtig die Höhe von 11 000, zu deren Unterhalt mindestens 932 000 Rubel erforderlich sind.

Wahrlich, so sehr „produktiven“ Zwecken werden in Rußland die Steuergroschen verausgabt! —

## Soziales.

**Gewerbeförderung und „Umkehr“-Bekämpfung.** Dieser Tage ist in Köln die rheinische Gewerbeförderungsanstalt in Anwesenheit des Handelsministers Delbrück und anderer hoher Regierungsbeamten eröffnet worden. Auf dem unvermeidlichen Festmahle redete außer dem Kölner Oberbürgermeister und dem genannten Minister auch der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr v. Schorlemer-Vierker. Er gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß auch aus den Kreisen der Gewerbetreibenden und der Industriellen einstimmig der Gedanke zum Ausdruck gekommen ist, daß es sich nicht darum handeln kann, das Handwerk langsam durch die Großindustrie aufgesaugt zu sehen, sondern daß das Bestreben aller staatsverhaltenden Männer dahin gerichtet sein muß, auch das Handwerk als die feste und gute Stütze unserer Provinz und des preussischen Staates auch fernhin lebens- und existenzfähig zu erhalten. . . . Wir alle betrachten in dem Handwerker gleichzeitig auch den treuen Staatsbürger, und wir wissen, daß der Handwerker zu aller Zeit treu gestanden hat zu König und Vaterland, zu Kaiser und Reich. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir den Wünschen der Handwerker ganz besonders freundlich gegenübersehen.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz muß ja die Gründe für die Schaffung der rheinischen Gewerbeförderungsanstalt kennen. Die Anstalt war auch von Leuten begrüßt worden, die dem blühen Kummel der sogenannten Handwerkerrettung, die durch Zwangsinnungen, Befähigungsanordnungen und Meisterkittel eine schwindende Betriebsform gewaltsam erhalten will, fernstehen. Man erblicke in der neuen Anstalt, die unter anderem Genossenschaftsurse, Ausstellungen von Maschinen und Rohmaterialien abhalten, eine Bibliothek, eine fachliche Kursanstalt sowie eine Prüfungs- und Versuchsanstalt einrichten will, ein nützlichem Unternehmen zugunsten des Kleingewerbes. Freiherr v. Schorlemer aber belehrt sie, daß die Gewerbeförderungsanstalt ins Leben gerufen worden ist aus „staatsverhaltenden“, sozusagen parteipolitischen Erwägungen. Und von diesem Gesichtspunkte aus müsse man, wie der Oberpräsident erklärt, den Wünschen der Handwerker „ganz besonders freundlich gegenübersehen“. Es wird hier also von einem hohen Regierungsbeamten mit feibler Offenheit zugegeben, daß man den Forderungen der Handwerker nicht entgegenkommt, weil man sie für gerecht und ihre Erfüllung daher für eine öffentliche Pflicht hält, sondern man läßt sich von dem Wunsche leiten, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Man begünstigt eine Erwerbsgruppe, um sie bei „staatsverhaltender“ Laune zu halten. In der Tat ein Eingeständnis von bleibendem Werte dafür, daß allein die Sozialdemokratie auch für alle Bestrebungen, die auf Besserung der Lage der Kleinhandwerker abzielen, die vorwärtstreibende Kraft ist.

### Die Handlungsgeschäften wollen keine Proletarier sein.

In Regensburg fand am Sonntag, 6. Oktober, ein bayerischer Handlungsgeschäftstag statt, der dadurch ein charakteristisches Merkmal erhielt, daß die Redner sich gegen die Anwendung des Wortes Proletarier auf Handlungsgeschäfte wandten, daß die bei den Verhandlungen zutage gefördernden Tatsachen die nützlichen Redner aber zwingen, zuzugeben, daß der größte Teil speziell der bayerischen Handlungsgeschäfte schlechter gestellt ist als der „richtige“ Proletarier: der Lohnarbeiter.

In Anwesenheit eines Vertreters der bayerischen Regierung und von sechs bayerischen Landtagsabgeordneten wurde die Tagung mit dem Hinweis eröffnet, daß die bürgerlich organisierten Handlungsgeschäfte „in Liebe zu Kaiser und Reich, zu Vaterland und Recht“ entstehen und daß „Webel noch lange auf den Erfolg seines Liebeswerdens bei den Stehtragenproletariern“ warten müssen. Raum war diese Einleitung vorbei, so erklärte bereits der erste Referent, der fanatische Antisemit Thomas Kürnberg: Wenn man von dem bleibendsten Charakter des Wortes „Stehtragenproletarier“ absehe (Weshalb hier eine Bekämpfung liegt, machte Redner niemand begreiflich, Die Red.), so zeigle die Verhältnisse der Handlungsgeschäfte doch verschiedene Merkmale, die darauf hinweisen, daß sich der Stand der Handlungsgeschäfte immer mehr zu proletarisierten beugne. Es sei kein Standesdünkel, sondern Standesbewußtsein, wenn der Handlungsgeschäfte mit dem Lohnarbeiter, mit dem „Proletarier“ nichts gemein haben wolle. (Was sonst? Die Red.) Leider seien aber die Verhältnisse der Handlungsgeschäfte vielfach „weit schlechter als die der Proletarier“. Deshalb müsse eine Besserung erstrebt werden. Nach der Zusammenfassung des bayerischen Landtages — meinte Herr Thomas — sollte man glauben, Bayern sei in bezug auf Sozialpolitik in Deutschland allen Bundesstaaten voran. Denn das christliche Zentrum hätte mit der christlichen Regierung die Macht in der Hand, das christliche Gebot der christlichen Gebote: die Sonntagshheiligung, durchzuführen. Obwohl nach der Reichsgesetzgebung die Sonntagsarbeit im kaufmännischen Gewerbe nur auf fünf Stunden ausgedehnt werden dürfe, finde man in Bayern Sonntagsarbeit bis zu 9 Stunden, und gerade in den frömmsten Orten und auch in jenen, wo waschechte Liberale das Stadtr Regiment in Händen haben, werde auf Grund speziellen „Bedürfnisses“ (das Hintertürchen der Gewerbeordnung) das Sonntagsgesetz am meisten durchbrochen! Der im Saale anwesende liberale Blodabgeordnete Professor Luidde rüft unruhig auf seinem Stuhl umher, als der Redner von dem liberalen Chefredakteur des liberalen Blodorgans „Augsburger Abendzeitung“ sagt, dieser habe als Mitglied des dortigen Stadtverordnetenkollegiums sich gegen die Sonntagruhe ausgesprochen mit der Begründung, er (der liberale Chefredakteur) möchte das geschäftliche Leben und Treiben auch an den Sonntagen nicht bismessen und ihm schmecke das Essen am Sonntag viel besser, wenn er zuerst einige Stunden Sonntagsarbeit gemacht habe.

Nirgends sei auch der abendliche Ladenaufschluß an Wochenenden so spät und so verschieden und das Anwesen der Ausnahmeveranstaltungen an Sonntagen so vorherrschend, wie gerade in Bayern. Ebenso schiedet stehe es in Bayern mit der Bildungsmöglichkeit der Kaufmannslehrlinge; Handelskassen hätten keinen Zweck, wenn nicht die Elementarbildung in kaufmännischen Fortbildungsschulen durch Tagesunterricht eine bessere werde.

Geradezu ungeheuerliche Zustände herrschen nach der Erhebung des deutschnationalen Handlungsgeschäfterverbandes in Bayern in bezug auf die Konkurrenzklause. So trüben Handlungsgeschäfte, die nur 1560 M. Jahresgehalt bezogen, eine Konkurrenzklause unterschreiben, wonach sie nach dem Austritt aus dem Geschäft nicht nur in Europa, sondern auch über dem Kontinent draußen in ein Konkurrenzgeschäft nicht eintreten durften bei Reibung einer Konventionstrafe bis zu 20 000 M. Sogar ein Lehrling (in München) sollte nach dem Lehrvertrag in Europa in kein Konkurrenzgeschäft als Gehilfe eintreten dürfen.

Bleibt man endlich die Erhebung über die Gehälter der bayerischen Handlungsgeschäfte, so muß man allerdings zugeben — meinte Herr Thomas —, daß durch die ungläublich niedrigen Saläre dem Handlungsgeschäften der Stempel des Proletariats aufgedrückt werde. Vernünftigerweise lam der Referent doch zu dem Schluß, daß sich die Handlungsgeschäfte die modernen Arbeiterbewegung als Beispiel

nehmen müssen, wenn sie eine Besserung ihrer Lage erreichen wollen.

Es wurden dann längere Resolutionen angenommen, die nach folgenden Richtungen Forderungen aufstellten: reichs-gesetzliches Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe, reichsgesetzliche Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses, Einführung des achten Schuljahres in Bayern und gänzliche Reorganisation des Fortbildungsschulwesens, Verbot der Konkurrenzklause, Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung, Handelsinspektoren, Handlungsgehilfen-Kammer — kurz durchweg Forderungen, die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten vertritt und deren Erfüllung zum großen Teil (z. B. das Verbot der Konkurrenzklause) durch die Antisemitin und den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband bereit ist. Man sieht, die reale Wirklichkeit öffnet allmählich auch den durch Pöbelgelehrten Standesdünkel vom Anschlag an die moderne Arbeiterbewegung abgehaltenen Augen. Hoffentlich werden es von Tag zu Tag mehr „Stehtragenproletarier“, die zu der Einsicht gelangen, daß Proletariat kein „Veleidigung“, sondern eine Tatsache ist. Um zu einer Besserung der Zustände zu gelangen, ist die Abkehr von der „deutschnationalen“ Moral mit doppeltem Boden und der Anschlag an den Zentralverband deutscher Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen sowie politische Betätigung in sozialdemokratischer Sinne erforderlich. Das heißt auch den „Stehtragenproletarier“ die raube Wirklichkeit, sobald er dem ihn knechtenden Standesdünkel den Abschied gibt.

## Gewerkschaftliches.

### Selbe Landarbeiterorganisationen.

Das Blatt der Zentrumsbauern im Westen, die „Reinische Volksstimme“, hat sich bislang mit Händen und Füßen gegen die Organisierung der Landarbeiter gestäubt. Jetzt aber hat das Blatt einen Weg gefunden, „auf dem man einer Organisation der ländlichen Arbeiter und Dienstboten näher treten könnte; einen Weg, auf dem das alte, für die eigenartigen landwirtschaftlichen Verhältnisse einzig und allein geeignete patriarchalische Verhältnis nicht zerstört — wie es durch gewerkschaftliche Organisation unfehlbar gesehen müßte — sondern befestigt und erhalten würde“.

Und diesen Weg erblickt das Blatt der rheinischen Zentrumsbauern in der Organisation der Landarbeiter durch Angliederung an die Bauernvereine. Arbeiterorganisationen unter der Vormundschaft von Unternehmerorganisation! Da übrigens auch Herr Erzberger jüngst in Köln einen derartigen Gedanken geäußert hat, so dürfen wir es demnächst erleben, daß das Zentrum die Landarbeiterfrage durch Uebertragung der „gelben“ Organisation auf das Land zu „lösen“ unternimmt.

### Berlin und Umgegend.

#### Mit dem Streik bei A. Jandorf u. Co.

Beschäftigte sich am Montagabend eine öffentliche Handlungsgesellschaftsversammlung, die der Zentralverband der Handlungsgehilfen einberufen hatte. An den Säulenplätzen, welche diese Versammlung angeht, hatte die Firma Kauf u. Hartmann wieder einmal das Amt eines Zensors ausgeübt. Nicht einmal die Anfangsbuchstaben der bestreikten Firma konnten nach dem Willen der Kauf u. Hartmannschen Zensoren auf das Plakat gesetzt werden. Man las deshalb nur, daß „Streik in Warenhäusern“ auf der Tagesordnung der Versammlung stehe. Auch der Verteilung von Einladungszetteln an die Angestellten von Jandorf wurden Schwierigkeiten durch die Polizei gemacht. In einigen Fällen untersagten die vor den Jandorfschen Geschäften postierten Schutzeleute die Verteilung der Zettel nach 9 Uhr. Trotz dieser Behinderungsverläufe war der Saal der Reuen Philharmonie von Keller in der Köpenickerstraße bis auf den letzten Platz von männlichen und weiblichen Angestellten gefüllt. — Der Referent L. Co. besprach die Ursachen des Streiks der Jandorfschen Hausdiener und redete den Handlungsgehilfen scharf ins Gewissen, indem er ihnen vor Augen führte, wie schändlich und verräterisch es sei, wenn sie während des Streiks irgend eine Arbeit der Streikenden verrichten würden. Gerade das kaufmännische Personal Jandorfs habe am allerwenigsten Grund, die Firma jetzt durch Streikbrecherdienste herauszureißen, denn die Firma Jandorf gehöre zu denen, welche die kaufmännischen Angestellten am wenigsten anständig behandelte. Ja, die Handlungsgehilfen würden oft noch schlechter behandelt wie die Hausdiener, denn diese hätten eine starke Organisation, welche die Firma zu fürchten habe. Obgleich die Handlungsgehilfen sich für etwas Besseres halten wie die Hausdiener, vergessen sie während eines Streiks sehr leicht ihren Standesdünkel und verrichten die Arbeit streikender Hausdiener. Es solle auch bei diesem Streik bereits vorgekommen sein, daß Handlungsgehilfen an Stelle der Hausdiener Kisten paden, Pakete ansahen, ja sogar den Fahrstuhl bedienen, wozu doch nur geprüfte Fahrstuhlführer befugt seien. An die Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen der Jandorfschen Geschäfte werde hiermit das Ersuchen gerichtet, jetzt keine Arbeit der Hausdiener, Packer usw. zu verrichten, sich in keiner Weise zu Streikbrecherdiensten gebrauchen zu lassen. — Mit lebhaftem Beifall wurden die Ausführungen des Referenten aufgenommen.

In der Diskussion gingen einige Mitglieder des Transportarbeiterverbandes auf Einzelheiten des Streiks ein. Es sei nicht schwer, zu erkennen, daß die Firma Jandorf durch den Streik in Verlegenheit geraten sei. Wenn sie auch eine Anzahl von Arbeitswilligen bekommen habe, so fehle es ihr doch an brauchbaren Leuten. Man sehe das am besten daran, daß sogar Angestellte in höheren Stellungen Streikbrecherarbeiten leisten. In dieser Beziehung wurden Geschäftsführer Lichtenstein in der Welleallianzstraße und Inspektor Winowski genannt. Der Geschäftsführer Wenzel solle im Geschäftshaus in der Frankfurterstraße als Portier gestanden haben und der Expedient Unruh aus dem Geschäft am Spittelmarkt auf einem Paketwagen mitgefahren sein. Wenn auch diese Herren noch so arbeitswillig wären, das könne der Firma nicht viel helfen. Der Kampf der Hausdiener werde mit aller Energie geführt. Der Angriff der Firma auf die Rechte der Arbeiter müsse zurückgeschlagen werden um weitere Angriffe, welche der Verband der Warenhausbesitzer plant, von vornherein unmöglich zu machen.

#### Die Tarifbewegung der Stenografen.

Gestern Abend fand eine öffentliche Versammlung der Stenografen und Arbeiterinnen statt, in der Bruck über die Verhandlungen mit den Arbeitgeber berichtete, die am Sonnabend das Einigungsamt des Gewerbegerichts beschäftigten. Zu einer Einigung der Parteien ist es dabei noch nicht gekommen. Die Arbeitgeber haben jedoch ihr prinzipielles Verhalten auf den Durchschnittslöhnen im Tarif ausgegeben und statt dessen erst einen Minimallohn für Arbeiter von 48 Pf. angeboten, dann jedoch einen von 60 Pf. zugestanden. Ferner erklärten sie sich bereit, im ersten Jahre eine allgemeine Lohnzulage von 5 Proz., im zweiten und dritten Jahre von je 2 Proz. zu bewilligen. Lung lehnten sie nach wie vor ab. Daran schickte die Einigungsamt die Verhandlungen sollen Donnerstag vormittag fortgesetzt werden.

doch haben die Arbeitgeber erklärt, daß dies gänzlich zwecklos sein werde, falls jene Forderungen nicht zurückgezogen würden. Der Redner überließ es nun der Versammlung, hierüber zu entscheiden. Es hatte sich im voraus eine Sitzung der Vertrauensmänner mit der Frage befaßt und war zu dem Entschluß gekommen, der Versammlung zu empfehlen, im Interesse der friedlichen Einigung den Wünschen der Arbeitgeber zu entsprechen. Dies wurde denn auch von der Versammlung beschlossen. Sie beauftragte die Vertreter der Organisation, auf folgender Grundlage nochmals mit den Fabrikanten in Verhandlung zu treten: Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, Sonnabends jedoch nur 8 Stunden. Stenografen erhalten einen Mindestlohn von 52 Pf. pro Stunde, vom 1. Oktober 1908 ab jedoch 54 Pf.; der Mindestlohn der Stenografen beträgt 55 Pf., vom 1. Oktober 1908 ab 58 Pf. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten zu ihren bisherigen Bezügen sofort eine Zulage von 5 Proz.; am 1. Oktober 1908 werden weitere 5 Proz. und am 1. Oktober 1909 2½ Proz. Zulage gewährt. Die Arbeitstage, an denen auf Anordnung des Arbeitgebers nicht gearbeitet wird, werden bezahlt.

Der Streik in der Schokoladenfabrik von Kurz u. Kuhner dauert unverändert fort. Von den 24 in den Ausland Getreiden stehen alle fest. Arbeitswillige sind zirka 10 vorhanden. Mittlerweile versucht es die Firma, sich durch Kontraktverträge eine kleine Genugtuung zu verschaffen. Leute, die von der Sachlage nicht informiert waren und bereits ihre Papiere abgegeben hatten, haben die größten Schwierigkeiten, diese wieder zu bekommen. Auch hat die Firma an die Kundschaft ein Zirkular losgelassen, das zwar mit keiner Silbe auf den Tatbestand eingeht — aus schwarz kann man nicht weiß machen —, sondern lediglich der geübten Kundschaft zu wissen tut, daß man — und freudliche Nachsicht bitte und bemüht sein werde, den Betrieb soweit als irgend möglich aufrecht zu erhalten.

### Lohnkommission der Konditoren.

#### Streikbrecher nach Oberitalien gesucht!

In Mailand und einigen anderen oberitalienischen Städten ist ein Streik ausgebrochen, über den Genaueres noch nicht festzustellen ist, da die Nachrichten darüber noch sehr wenig Bestimmtes enthalten. Das eine aber steht fest, daß die Besitzerin der bestreikten Gaswerke die bekannte Welfirma Imperial Continental Gas-Association ist, welche auch Berlin und dessen Vororte zu einem großen Teile mit Gas versorgt. Die Direktion der Berliner Betriebe ist nun fleißig am Werke, unter ihren hiesigen Arbeitern Streikbrecher zu werben, was unter Zuhilfenahme des bekannten sanften Drucks ihr nicht schwer fallen wird und leider auch schon Erfolge gezeitigt hat. Am Montag ist ein Transport von etwa 20 Mann, die je zur Hälfte aus den Betrieben in Mariendorf und in der Gitschinerstraße „entnommen“ wurden, in aller Eile nach 8 Uhr morgens mit dem Schnellzug verladen worden. Man hat es bereits eilig gehabt, um jede Berührung der durch Versprechungen bedürten Arbeiter mit ihren organisierten Kollegen zu verhindern. Eine ganze Anzahl der im Interesse des Unternehmertums ihre Arbeitsehre schändenden Kausreißer hat am selben Morgen erst um fünf Uhr nach der Nachtarbeit den Dienst beendet, so daß ihnen kaum Zeit zur Auseinandersetzung mit den Angehörigen geblieben sein dürfte. Vom Mariendorfer Werk aus ist sogar eine Anzahl in bereit gehaltenen Automobilen nach dem Bahnhof gebracht worden. Wie verlautete, sollte gestern, Dienstag, ein weiterer Transport abgehen. Hoffentlich ist es der Berliner Ortsverwaltung des Gemeindefacharbeiterverbandes, die sofort entsprechende Vorkehrungen getroffen hat, gelungen, diesem und weiteren Versuchen gleicher Art wirksam entgegenzuwirken. Wir kommen dem Ersuchen der genannten Organisation gern nach, indem wir vor Arbeitsannahme nach Oberitalien eindringlich warnen.

Achtung, Steinarbeiter! Seit dem 4. d. M. freilen unsere Kollegen der Firma Schilling in Dünzlau und Barthau, um einen prägelunden Polier unschädlich zu machen. Es ist nunmehr unsere Aufgabe, zu verhindern, daß hier Streikarbeit fertiggestellt wird und haben unsere Kollegen, insonderheit bei Schilling-Tempelhof, darauf zu achten, daß solche ganz entschieden verweigert wird.

### Die Ortsverwaltung Berlin I.

Achtung, Bauhandwerker! Sämtliche auf Bauten beschäftigten Marmorarbeiter müssen mit Arbeitsberechtigungskarten versehen sein. Diese sind weiß und müssen jede Woche abgestempelt sein. Wir bitten sämtliche Bauhandwerker, darauf Obacht geben zu wollen. Unser Streikbureau befindet sich Krausenstr. 18.

### Die Streikleitung.

Achtung, Kohrleger und Helfer! Die Kollegen bei der Firma Köfede in Adlershof, Roonstr. 9, haben wegen tariflicher Differenzen die Arbeit niedergelegt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, etwaige Arbeitsangebote dieser Firma zurückzuweisen.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

#### Deutsches Reich.

#### Die Lohnbewegung der Bergarbeiter im Waldburger Revier.

Waldburg, 7. Oktober. (Eig. Ber.) Die Lohnbewegung der hiesigen Bergarbeiter hat mit dem gestrigen Tage vorläufig ihren Abschluß gefunden. Die Konferenz, welche nachmittags 4 Uhr im „Eisernen Helm“ in Sorgau stattfand, war von 62 Delegierten und Vertrauensleuten besucht. Außerdem nahmen an der Konferenz der Bezirksleiter Tholl, Waldburg sowie als Vertreter des Verbandsvorstandes die Genossen Schröder und Husemann-Vodum teil. Als Vorhörer nahmen etwa 6—700 Bergarbeiter an der Konferenz teil.

Die Arbeiterausgänge der einzelnen Werke, soweit dieselben erschienen waren, berichteten über die abgehaltenen Arbeiterausgänge. Aus den Berichten geht hervor, daß die Werkverwaltungen sich nicht zu einer Lohnhöhung verstehen konnten und daß dieselben angeführt haben, sie seien am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Erst müßten die Kohlenpreise erhöht werden, erst dann könne an eine Erhöhung der Löhne gedacht werden. Einzelne Werkverwaltungen dagegen haben erklärt, daß sie bereit seien, etwas in der Lohnfrage zu tun, nur sollten die Arbeiterausgangsmitglieder und Delegierten erst für Ruhe in der Verlesenschaft sorgen. Zur Frage der Erhöhung des wöchentlichen Abschlags um 3 M. haben die Werkverwaltungen erklärt, nur in der Lage zu sein, pro Woche eine Erhöhung von 1,50 M. bewilligen zu können. Eine Ausnahme hiervon machen nur die Mara-Ruden- und Schulten-Schächte, zu den Fürstensteiner Gruben gehörig. Auch Herr Bergwerksdirektor Köhner von den Schleifischen Kohlen- und Kokswerken hat eine Ausnahme gemacht, indem er für die Dauer 1,50 M. für die Schleppler über 20 Jahre 1 M. Abschlagsverhöhung bewilligte.

Aus der Diskussion sang besonders hervor, mit welchem unerbittlichen Druck die Grubenverwaltungen in der letzten Zeit gearbeitet haben. Viele Arbeiterausgangsmitglieder waren überhaupt nicht erschienen, weil man denselben die Entlassung angedroht hatte. Auf den Fürstensteiner Gruben, dem Herzog von Pleß gehörig, haben die Arbeiterausgangsmitglieder am letzten Sonnabend den Arbeitern eine von der Werkdirektion verfaßte Erklärung zur Unterschrift vorgelegt. Diese Erklärung lautet:

„Unterschiede erklären hiermit, daß sie das vom Bergarbeiterverband gewählte Mittel, durch Massenentlassung und Stellenandrehung Lohnaufbesserung von der Werkverwaltung zu erzwingen, für falsch und für geeignet halten, das gute Einvernehmen zwischen Werkverwaltung und Verlesenschaft zu führen. Sie verpflichten sich hiermit durch eigenhändige Unterschrift, von jeder Massenentlassung und jedem Streik abzusehen.“

Wieviel Unterschriften die Arbeiterausgänge zusammenbekommen haben, entzog sich der Kenntnis der Delegierten. In

einigen Abteilungen sollen nur sehr vereinzelt Arbeiter unterschrieben haben. Bei der Vorlegung der Erklärung ist gesagt worden, daß kein Arbeiter gezwungen sei. Aber die Arbeiter bestanden denn doch gerade den Wind mit dem Faunpfeil. Mit solchen Mitteln versucht man es, die Arbeiter von der Erstrebung besserer Arbeitsbedingungen abzuhalten und sie zu Delikten herabzuwürdigen. Auf einzelnen Werken sind auch schon Entlassungen und Kündigungen von Delegierten vorgekommen. Daß dies alles nicht zur Beilegung der gereizten Stimmung der Bergarbeiter beitragen kann, liegt klar auf der Hand.

Nachdem etwa 18 Delegierte und Arbeiterausgangsmitglieder den Bericht gegeben und die Stimmung in den Verleschaften geschildert hatten, nahm der Vertreter des Verbandsvorstandes Genosse Husemann-Vodum das Wort, um in längeren Ausführungen den Verlauf der Bewegung sowie den jetzigen Stand zu besprechen. Besonders scharf ging Redner mit den vielfach irreführenden bürgerlichen Pressemeldungen ins Gericht. So sprach Redner die Versprechungen der Werkleitungen auf Erhöhung des Abschlags und daß einzelne Werke der Frage der Lohnherhöhung näher treten wollen. Die Situation sei, wenn man nur die Konjunktur in Betracht ziehe, für die Arbeiter günstig. Etwas sei nun doch schon erreicht worden. Andererseits sei aber die Organisation noch nicht stark genug, um einen Streik wagen zu können, denn es sei erst knapp ein Drittel der Bergarbeiter organisiert und davon wären wieder zirka 2000 Mitglieder, welche erst seit einigen Wochen Mitglied wären. Dann wären aber auch die Kündigungsformulare viel zu schwach eingegangen, um einen Streik wagen zu können. Unter Berücksichtigung aller dieser Gründe empfiehlt Redner zum Schluß die Annahme einer Resolution, in der es heißt:

1. Da die Werkverwaltungen in der Mehrheit versprochen haben, den wöchentlichen Abschlag um 1,50 M. zu erhöhen und dieses Geständnis bereits teilweise durchgeführt ist,

2. da des weiteren einige Werkverwaltungen Versprechungen gemacht haben dahingehend, daß sie in nächster Zeit auf die Lohnforderungen zurückkommen würden,

so beschließt die Konferenz, daß die Kündigungsformulare nicht eingereicht werden und empfiehlt den Verleschaften, eine abwartende Stellung einzunehmen.

Sollten diese Versprechen jedoch nicht eingelöst werden, so werden die Bergarbeiter von neuem zu der Lohnforderung Stellung nehmen.

In der nun folgenden Diskussion stellte Teuber-Dittersbach den Antrag:

„Die Konferenz lehnt die Resolution Husemann ab und überweist die weitere Beschlußfassung über die weiter zu unterscheidenden Schritte den Verleschaftsberatern.“

Die Debatte war oft sehr erregt. Das Resultat der Abstimmung war, daß die Resolution Husemann mit 34 gegen 21 Stimmen, welche für den Antrag Teuber fielen, angenommen wurde. Ein Delegierter hatte sich der Abstimmung enthalten und 6 Delegierte hatten die Konferenz vor der Abstimmung verlassen.

Zum neuen Statutenentwurf des Niederschlesischen Knappschaftsvereins“ nahm die Konferenz einstimmig eine Resolution an, in der es heißt:

„In Erwägung, daß die niederschlesischen Knappschaftsverhältnisse schon bisher tieftraurige waren, jetzt aber noch mehr verschlechtert werden sollen, fordert die Konferenz alle Verleschaften auf, in der am 28. Oktober stattfindenden Generalversammlung den jetzigen Entwurf abzulehnen und mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß Verbesserungen in diesen Entwurf hineinkommen.“

### Ausland.

Die organisierten Polizisten der Schweiz haben auf einer in Lugern abgehaltenen Delegiertenversammlung die Gründung eines Polizistenverbandes für die ganze Schweiz gegründet und Zürich als Vorort bestimmt.

Die ausgesperrten 1350 Metallarbeiter in Zürich haben nach 2½-tägiger Betriebseinstellung am Freitagmittag die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen die Direktion die Zusicherung gegeben, daß Arbeiter als Streikbrecher nicht mehr beschäftigt (die Arbeit machen nunmehr Kleinmeister) und Maßregelungen nicht vorgenommen werden. Auf die Forderung der Lohnzahlung für 2½ Tage trat die Direktion nicht ein, wahrscheinlich wird die Frage dem Gewerbegericht zur Entscheidung vorgelegt werden.

### Die Resistenz der österreichischen Eisenbahner.

Die Resistenzbewegung der Eisenbahner dauert ungeschwächt fort. Die bisher stattgehabten Verhandlungen haben zu keinem Resultat geführt, obwohl das Eisenbahnministerium sich alle Mühe gibt, eine Verständigung herbeizuführen. Die Situation ist insofern verschärft, als die Direktion der Staatsbahn gestern Abend 700 streikenden Arbeitern der Maschinenwerkstätten gekündigt hat.

### Ein Kampf um die Organisation.

Die Bergarbeiter von Staffordshire, Worcesterhire und Shropshire beschlossen gestern, am 2. November, zu streiken, wenn die Nichtverhandler nicht ihrem Verbands beitreten. An dem Streik würden 30 000 Kohlenarbeiter teilnehmen.

### Telegraphistenstreik in Amerika.

Ein Ausstand der Telegraphisten der Canadian Pacific-Eisenbahn steht bevor. Die Telegraphisten haben das Anerbieten einer zehnprozentigen Lohnherhöhung abgelehnt. Wenn der Ausstand eintritt, würde der Eisenbahnverkehr ernstlich gestört werden.

### Eingegangene Druckschriften.

Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 4932, 4933. Emilie Jola, Germal. Roman. Zweiter Band. — Nr. 4933. Leo Walter Stein und Ludwig Heller. Die von Hochstetel. Lustspiel. — Nr. 4934. Erläuterungen zu Meisterwerken der deutschen Literatur. 17. Band: Rönneke's Feind. Von Dr. Albert Jipper. — Nr. 4935. Walwin Grollier. Eine Fabel und andere humoristische Erzählungen. — Nr. 4936. Max Müller, Sonnengedanken und der König vom Olympos. — Nr. 4937. Franz Hegler, Landwehrmanns Kräfte. Erzählung von Karl Panzer. — Nr. 4938 bis 4940. Kevin Schädling. Die Abbeiter Burg. Erzählung. Geb. 1 M. Preis jeder Nummer 20 Pf. Verlag: B. Neclan in Leipzig.

„Die Umschau“. Wochenchrift für die Fortschritt auf dem Gesamtgebiete der Wissenchaft und Technik. (Frankfurt a. M., G. Weidmanns Verlag). Preis: vierteljährlich 3,50 M.

Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik. Herausgegeben von Prof. Dr. Fr. Umlauf. (H. Hartlebens Verlag in Wien, jährlich 12 Hefte zu 1,15 M.).

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Breslau, 8. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Schuhmann und Hausbesitzer Franz Drog wurde heute wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 1½ Jahre Zuchthaus beantragt. Der Verurteilte ist als besonderer Gegner der Sozialdemokratie bekannt.

### Die Antimilitaristen-Gag.

Paris, 8. Oktober. (B. G.) Auch in Rennes fanden gestern bei Antimilitaristen und Verkäufern des antimilitaristischen Blattes „Voix du Peuple“ zahlreiche Hausdurchsuchungen statt. Die Antimilitaristen kündigen bereits Protestmeetings gegen die Maßnahmen der Behörden an.

### Polizeibeamten-Ausstand.

Paris, 8. Oktober. (B. G.) In Salon traten sämtliche Polizeibeamten in den Ausstand, weil der Kommandant einen Kameraden angeblich ungerechtfertigter Weise abgesetzt hatte. Trotz aller Versuche der städtischen Behörden ist es bisher nicht gelungen, die Ausständigen zur Wiederaufnahme des Dienstes zu bestimmen.

Vor 100 Jahren.

Nach Jena und Auerstädt erblickte besonders die vom Adel und der Bureokratie geprägte ländliche Bevölkerung in den Franzosen nicht die Eroberer, sondern die Befreier. Das veranlaßte die preussische Regierung, der bis dahin dem Adel rücksichtslos preisgegebenen Landbevölkerung ähnliche Freiheiten zu verschaffen, wie sie Frankreich durch die Revolution sich gegeben hatte...

Wir wollen für heute davon absehen darzulegen, wie die Junker die Grundbesitze des Edltes über die Bauernbefreiung hintertrieben, und es verstanden haben trotz des Edltes, bis zum heutigen Tage den wirklich arbeitenden Bauern durch neue Gesetze sich tributpflichtig zu machen und sich die „Obrigkeit“ über die anzumahen, die in ihrem Bezirk arbeiten.

In voller Uebereinstimmung mit dem sogenannten Befreiungs-Edikt vom 9. Oktober 1807 lehnte Minister von Stein den Erlaß einer Gefindeordnung ab, welche die als preussische Landstände zusammengetretenen Junker entworfen hatten und durch welche sie die Erbuntertänigkeit von hinten herum wieder einführen wollten.

Der Eingang des Edikts vom 9. Oktober 1807 zeigt deutlich, daß der König gehorchend, nicht dem eigenen Triebe der Junker im Staatsinteresse für erforderlich hielt. Es heißt da: „Nach eingetretenerm Frieden hat uns die Fürsorge für den gesunden Wohlstand unserer getreuen Untertanen, dessen baldigste Wiederherstellung und möglichste Erhöhung vor allem beschäftigt.“

Diese neue, zum Übergroßen Teil noch heute gültige Gefindeordnung wiederholt in 176 Paragraphen meist wörtlich die Vorschriften, welche das am 1. Juni 1794 unter voller Herrschaft der Erbuntertänigkeits- und Dienstzwangsinstitution in Kraft getretene Allgemeine Landrecht für die preussischen Staaten in den ersten 176 Paragraphen des 2. Teils Titel 5 unter der Ueberschrift „Vom gemeinen Gefinde“ enthielt.

Diese neue, zum Übergroßen Teil noch heute gültige Gefindeordnung wiederholt in 176 Paragraphen meist wörtlich die Vorschriften, welche das am 1. Juni 1794 unter voller Herrschaft der Erbuntertänigkeits- und Dienstzwangsinstitution in Kraft getretene Allgemeine Landrecht für die preussischen Staaten in den ersten 176 Paragraphen des 2. Teils Titel 5 unter der Ueberschrift „Vom gemeinen Gefinde“ enthielt.

und „Dienste“ die Worte „oder wirtschaftliche“ ein. Dadurch wurde und ist bis heute den Bestimmungen der Gefindeordnung auch der größte Teil der ländlichen Arbeiter, die vordem aus den „Untertanen“ zwangsweise genommen wurden, unterworfen. So kamen die mit dem Martinitage 1810 zu „freien Leuten“ umgewandelten Untertanen aus ihrer lieben Gewohnheit und aus ihrem früheren Recht nicht hinaus.

Nicht einmal eine einheitliche Gesetzgebung besteht heute in Preußen oder gar in Deutschland gegenüber dem Gefinde. Wir stellen die wesentlichsten Gefindeordnungen nachstehend zusammen: Es existieren für Preußen, abgesehen von den vielen Ausnahmegesetzen gegen ländliche Arbeiter, nicht weniger als 19 Gefindeordnungen, deren Titel dem Alter nach rangiert lauten:

- 1. Diensthoten-Edikt für das Herzogtum Lauenburg vom 22. Dezember 1732.
2. Gefindeordnung vom 15. Mai 1797 für die Städte Kassel, Marburg, Münden und Hanau.
3. Kirchliche Verordnung vom 18. Mai 1801, das Gefindewesen in den Landstädten und auf dem Lande betreffend.
4. Gefindeordnung vom 8. November 1810 für die Provinzen Ost-, West-Preußen, Posen, Schlesiens, Sachsen, Brandenburg, Westfalen, die rheinländischen Kreise Essen, Mühlheim a. d. Ruhr und Ruhrort, Pommern (mit Ausnahme von Neu-Vorpommern und Rügen), die deutschen Konsulargerichtsbezirke und die deutschen Schutzgebiete.
5. Verordnung vom 28. Dezember 1816, das Gefindewesen in dem Großherzogtum Sudla betreffend.
6. Rastattische Verordnung, die Dienstverhältnisse des Gefindes usw. betreffend, vom 15. Mai 1819.
7. Gefindeordnung für die freie Stadt Frankfurt und deren Gebiet vom 5. März 1822.
8. Diensthotenordnung für den Regierungsbezirk Osnabrück vom 28. April 1838.
9. Gefindeordnung für Schleswig-Holstein vom 25. Februar 1840.
10. Gesetz, eine allgemeine Diensthotenordnung für das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen betreffend, vom 31. Januar 1843.
11. Gesetz, eine allgemeine Diensthotenordnung für das Fürstentum Hohenzollern-Hechingen betreffend, vom 30. Dezember 1843.
12. Diensthotenordnung für die Herzogtümer Bremen und Verden vom 12. April 1844.
13. Diensthotenordnung für die Landdrosteibezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg und für den Harzbezirk vom 15. August 1844.
14. Gefindeordnung für die Rheinprovinz vom 19. August 1844.
15. Gefindeordnung für Neuvorpommern und das Fürstentum Rügen vom 11. April 1845.
16. Diensthotenordnung für das Land Hadeln vom 12. Oktober 1853.
17. Großherzoglich Hessische Verordnung, die polizeiliche Aufsicht über die Diensthoten betreffend vom 7. April 1857.
18. Landgräflich hessische Verordnung vom 1. Oktober 1857.
19. Diensthotenordnung für Ostfriesland und Verlingerland vom 10. Juli 1859.

Die für die übrigen deutschen Vaterländer bestehenden Gefindeordnungen haben zwar teilweise im Anschluß an die Ausführungs-gesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch ein neueres Geburtsjahr erhalten, sind aber dem Inhalt nach im großen und ganzen nicht minder reaktionär wie die preussischen. Wir führen nachstehend das Datum derselben an: Bayern: Artikel 15 bis 31 des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 19. Juni 1899. Sachsen: 31. Mai 1898. Württemberg: 28. Juli 1899. Baden: 8. Februar 1898 mit Änderungen vom 20. August 1898. Hessen: 28. April 1877. Die beiden Mecklenburg: 9. April 1899. Sachsen-Weimar: 11. Oktober 1899. Oldenburg: 15. Mai 1899. Braunschweig: 15. Oktober 1899, 12. Juni 1899, 16. August 1899. Sachsen-Meiningen: 22. Februar 1898. Sachsen-Altenburg: 25. November 1897. Sachsen-Koburg-Gotha: 8. Dezember 1899. Anhalt: 21. April 1899. Schwarzburg-Rudolstadt: 28. Februar 1900. Schwarzburg-Sondershausen: 29. Juli 1899. Waldeck: Artikel 11 des Ausführungsgesetzes vom 11. Dezember 1899 nebst Diensthotenordnung vom 14. März 1899 mit mehreren Nachträgen. Neuchâtel: 25. März 1828. Neuchâtel: 11. November 1898. Schaumburg-Lippe: 4. August 1899. Lippe: 17. November 1899. Lübeck: 19. Juli 1899. Bremen: 19. April bezw. 18. Juli 1899. Hamburg: 7. Dezember 1898, 27. März 1899 und 11. Oktober 1901. Elsaß-Lothringen: 26. Juli 1903.

Die Erinnerung an die Entstehung der Gefindeordnung von 1810 und an die Verworfenheit der Rechtsverhältnisse des Gefindes mögen dazu beitragen, zur Beseitigung dieser Ausnahmegesetze beizutragen. Die wirtschaftliche und rechtliche Lage der ländlichen Arbeiter in Deutschland, vor allem in Preußen, rechtfertigt das treffliche Wort des Professor Lohmar, daß hier nicht Recht, sondern Absolutismus, gemildert durch Betrugsbrauch, herrsche. Der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht gilt nicht zuletzt der Beseitigung dieser Schutzhäuser aus der Gegenwart.

Erster hessen-nassauischer Landesparteitag.

In Offenbach a. M. trat am Sonnabendabend der erste hessen-nassauische Landesparteitag zusammen. Es waren 68 Delegierte und die Reichstagsabgeordneten Lehmann, Brühne, Koch, Scheidemann und Ulrich, dieser als Vertreter der Sozialdemokratie des Großherzogtums Hessen, sowie einige Reichstagskandidaten anwesend. Die Agitationskomitees Frankfurt a. M. und Kassel sind durch 10 Mitglieder vertreten. Ein Rechenschaftsbericht wird nicht erstattet. Provinzial-Partei-sekretär Rudolf machte nur einige informatorische Mitteilungen. Der Landesorganisation, die am 28. November 1905 ins Leben gerufen wurde, sind die Agitationsbezirke Frankfurt a. M. und Kassel angegliedert. Diese beiden Bezirke zählten Ende 1905 rund 8700 organisierte Parteigenossen. In den letzten beiden Jahren stieg die Mitgliederzahl um 7800, also fast 90 Prozent. Sie betrug am 1. Juli 1907 16 500.

Hüttnann-Frankfurt a. M. sprach dann über den Punkt Beitragsverhöhung. In ausführlicher Weise plädiert er für die Erhöhung der Beiträge von 20 auf 30 Pf. pro Monat. Der Antrag der Agitationskomitees Kassel und Frankfurt am Main: „Der Mindestbeitrag beträgt pro Monat in den Filialen der Kreisvereine 30 Pf. Davon werden abgeführt: 20 Pf. (8 Pf.) an die Zentralkasse nach Berlin, 10 Pf. (4,5 Pf.) an die Kasse des Agitationsbezirks, 6 Pf. (2,5 Pf.) verbleiben den Kreis- und Filialvereinen“, wurde schließlich, nachdem die lebhafteste Diskussion am Sonnabend vertagt worden, am Sonntag mit 53 gegen 29 Stimmen angenommen.

Dittmann-Frankfurt a. M. referiert sodann über „Die Landesorganisation für Preußen“. Er machte folgende Vorschläge: Organe der Landesorganisation sollen sein: Die Landeskommission und deren geschäftsführender Ausschuß; die Bezirkskom-

tees und die Vorstände der Wahlkreisorganisationen. Die Landeskommission soll aus je einem Mitglied jedes Bezirkskomitees, der geschäftsführende Ausschuß aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Kassierer der Parteiorganisation Groß-Berlins bestehen. Die Parteigeschäfte der Landeskommission und ihres geschäftsführenden Ausschusses sind im Einverständnis mit dem Parteivorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erledigen, der zu allen Sitzungen der Landeskommission einzuladen ist.

Genosse Dittmann meint, in dem Berliner Entwurf sei dies alles nur angedeutet, es komme nicht klar genug zum Ausdruck. Es müsse in dem Statut der Landesorganisation klar ausgesprochen werden, daß wir eine einheitliche Straffe Organisation wollen.

Lehmann-Wiesbaden glaubt, daß die gedachte Landesorganisation für Preußen eine Änderung der Reichsorganisation nach sich ziehen würde. Es sei eine starke Einwirkung auf die Zentralkasse in Berlin zu befürchten. Andere Staaten würden dann auch für ihre Landespolitik vom Parteivorstande Geldmittel verlangen. Der Dittmannsche Entwurf solle dem Freitagtag im November nicht als Antrag, sondern nur als Material überwiesen werden.

Der Statutenentwurf Dittmanns wird dann der preussischen Landeskonferenz als Antrag des hessen-nassauischen Parteitag überwießen. Den Delegierten soll aber in ihrer Stellung zu dieser Frage freie Hand gelassen werden.

Hauschild-Kassel hielt nun das Referat über: „Unser Kommunalprogramm“. Er hat zu diesem Punkte ein Kommunalprogramm ausgearbeitet.

Hoch-Hanau ist gegen die Aufstellung eines besonderen Kommunalprogramms für die Provinz Hessen-Rhassau, das sei von Landes wegen zu tun, und da würde das auf dem Parteitage in Bremen angenommene Lindemannsche Programm genügen.

Lehmann-Wiesbaden und Zielowski-Frankfurt am Main bemängeln einzelnes an dem Entwurf und wünschen die Herausgabe eines Leitfadens in der Form, wie die sächsischen Genossen einen herausgegeben haben. Zielowski hält die Errichtung einer Sammelstelle für nötig, wo das kommunalpolitische Material, das die städtischen und örtlichen Verwaltungen liefern, zusammengestellt wird.

Dittmann-Frankfurt stellt folgenden Antrag, der einstimmig angenommen wird:

„Der Landesparteitag beauftragt das Landeskomitee, zu prüfen, ob die Schaffung eines einheitlichen Kommunalprogramms für die Provinz Hessen-Rhassau möglich ist und überweist den vorliegenden Entwurf eines Kommunalprogramms dem Landeskomitee als Material. Ueber das Resultat seiner Prüfung hat das Landeskomitee dem nächsten Landesparteitag Bericht zu erstatten.“

Partei-sekretär Rudolf-Frankfurt a. M. referiert hierauf über den letzten Punkt der Tagesordnung: Die Landtagswahlen 1908, die im Zeichen der Wahlrechtsfrage ständen. Sie sei keine spezifisch preussische Frage. Ein besonders scharfer Kampf sei gegen das Zentrum aufzunehmen. Die Agitation müsse jetzt schon einsetzen, die Aufnahme in den preussischen Staatsverband müßte intensiver betrieben werden.

Brühne-Frankfurt a. M.: Die Konservativen, National-liberalen und Freisinnigen müßten ebenso scharf bekämpft werden wie das Zentrum. Auf die bürgerlichen Parteien sei kein Verlaß, wir müßten uns auf unsere eigene Kraft verlassen. Etwas erreichen könnten wir, wenn wir die österreichischen Genossen als Muster nehmen und Straßendemonstrationen veranstalten.

Lehmann-Wiesbaden: Die National-liberalen geben in der Wahlrechtsfrage nicht so weit wie das Zentrum, sie müßten also scharf bekämpft werden. Die Freisinnigen werden uns bei einem Zusammengehen mit ihnen wohl kein Mandat abgeben.

Zu diesem Punkte wird folgender Antrag angenommen:

„Der Landesparteitag verpflichtet die Parteigenossen, im Sinne des Referenten unverzüglich die Vorarbeiten für die nächsten Landtagswahlen, besonders die Erneuerung der preussischen Staatsangehörigkeit, in die Hand zu nehmen.“

Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Dittmann schließt den Parteitag mit einem kurzen Resümee.

Aus der Partei.

Nach eine Demonstration.

Karlruhe, 7. Oktober.

Die heute hier unter großem Pomp erfolgte feierliche Beisetzgung der Leiche des verstorbenen Großherzogs hat auch für die sozialdemokratische Partei dadurch eine gewisse Wichtigkeit erlangt, weil zur allgemeinen Ueberraschung auch die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Frank und Kolb — von denen der erstere gleichzeitig Reichstagsabgeordneter ist — am Zuge teilnahmen und der Zeremonie beizuhöhen. Das Erscheinen der beiden Genossen wirkte umso verblüffender, als der Vorsitzende der Fraktion, Genosse Adolf Ged, sich bekanntlich geweigert hatte, der Familie des Verstorbenen namens des Kammerparlamentes zu kondolieren. Unsere Landtagsfraktion hat, wie hier ausbrellisch herabgehoben werden soll, mit der Angelegenheit nicht das geringste zu tun. Ja, die übrigen zehn sozialdemokratischen Mitglieder des badischen Landtags haben von der Absicht dieser beiden Kollegen, sich an den Beisetzgfeierlichkeiten zu beteiligen, nicht einmal Kenntnis gehabt, sonst würde sicherlich nicht unterblieben sein, sie darauf zu verweisen, daß ihre Beteiligung als Teilnahme für den Fürsten und nicht für den Menschen angesehen werden würde. Einmal, weil man den Fürsten nicht vom Menschen zu trennen vermöge und dann, weil sie auch zur Familie des Fürsten nicht die geringsten Beziehungen unterhalten hätten, solche Beziehungen aber auch vom Hofe ganz entschieden nicht gewünscht würden. Es würde den beiden Genossen noch weiter vor Augen geführt worden sein, daß die sozialdemokratische Partei auch dem Verstorbenen gegenüber von ihrem Grundsatze, Fürstenerhebungen den monarchisch gestimmten bürgerlichen Parteien zu überlassen, abzugehen, keine Veranlassung habe, weil der Großherzog von Baden noch bis vor wenigen Jahren die sozialdemokratische Partei scharf bekämpft und ungerecht angegriffen hat. Ja, seine Abneigung auch gegen die badische Sozialdemokratie ging soweit, daß er das Stichwahlabkommen des Blochs mit unserer Partei bei den Landtagswahlen 1905 niemals gebilligt hat. Der Großherzog würde lieber eine Zentrumsmehrheit in der Kammer gesehen haben, als daß der liberale Block mit sozialdemokratischer Stichwahlhilfe seine Position behauptete. Daraus ersticht man, daß es auch mit dem Liberalismus Friedrichs I. nicht weit her war. Selbstverständlich ist unsererseits aber auch kein Unterschied zwischen liberal und reaktionär gestimmten Fürsten zu machen. Wir lehnen die monarchische Staatsform überhaupt ab, weil sie unseren demokratischen Anschauungen von der Selbstbestimmung des Volkes strikte zuwiderläuft, und wir dürfen durch eine unklare Haltung in einer grundsätzlichen Frage nicht den Schein erwecken, als ob unsere Handlungsweise nicht in unbedingter Uebereinstimmung mit unseren Grundsatzen stände. Hätten die beiden Genossen sich das alles vergegenwärtigt, so würden sie es sich wohl versagt haben, den Trauerzug durch ihre Teilnahme zu vergrößern, in dem sich der Kaiser und fast sämtliche deutsche Bundesfürsten befanden.

So unser Korrespondent. Wir können uns der von ihm in den obigen Ausführungen geübten Kritik nur in allen Stücken an-

fliehen. Die Handlungsweise der beiden Genossen Koll und Frank ist uns einfach unverständlich.

**Erklärung.**

In der am 7. Oktober stattgefundenen Sitzung der vier Bezirks-Agitationskomitees mit dem Zentralkomitee für Sachsen wurde in bezug auf die Vorgänge im 1. ländlichen Landtagswahlkreise folgende Resolution angenommen:

Die Mitglieder der Komitees stellen sich nach eingehender Beratung über die Sache auf den Standpunkt, daß unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände das Eintreten der sozialdemokratischen Wahlmänner im 1. ländlichen Kreise für den nationalliberalen Kandidaten im Einklang steht mit dem freigelegten Landtagswahlbeschlusse der Landesversammlungen der sozialdemokratischen Partei Sachsens im Jahre 1897 und 1907. Die Vorwürfe gegen diese sozialdemokratischen Wahlmänner sind daher zu Unrecht erhoben worden.

Besonders ungerechtfertigt ist es, wenn diesen Genossen unterstellt wurde, sie hätten durch ihr Verhalten einen Parteistandal hervorgerufen, disziplinar gehandelt, der Partei eine Blamage bereitet, die Parteibeschlüsse nicht beachtet, eine lächerliche Komödie gespielt usw. Es ist im Parteinteresse dringend zu wünschen, daß in Zukunft nicht mehr in dieser Weise verfahren wird.

Der erste Absatz dieser Resolution wurde mit 10 gegen 5 Stimmen, der zweite Absatz mit 11 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Dresden, 8. Oktober 1907.

Zwingerstraße 21.

**Das Zentralkomitee für Sachsen.**

J. A.: Karl Siederemann.

Der zweite Absatz der Resolution richtet sich gegen die „Leipziger Volkszeitung“, die die Abstimmung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner im ersten ländlichen Wahlkreise einen Parteistandal u. a. m. genannt hatte. In der „Leipziger Volkszeitung“ hatte Genosse W. (er) den Standpunkt vertreten, daß bei den Beschlüssen der Landeskonferenzen über diesen Gegenstand stets nur an den Freisinn gedacht worden sei, niemals an Nationalliberale. Daß Sozialdemokraten für einen Angehörigen der Partei stimmten, die 1898 mit am Wahlrecht beteiligt war, hätte ausgeschlossen sein müssen. Dem Herrn Müller könne es zudem mit seinem Versprechen in bezug auf seine Stellung zur Wahlreform nicht ernst sein, denn dann müßte er sich von der nationalliberalen Partei loslösen.

Die andere Seite, die hauptsächlich in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zu Worte kam, meinte, es komme nur auf den Wortlaut des Landeskonferenzbeschlusses an, der das Eintreten für einen Nationalliberalen, der betriebligende Erklärungen über seine Stellung zum Wahlrecht gibt, nicht ausdrücklich ausschließt. Die linksnationalliberalen, zu denen Müller gehöre, hätten 1898 gegen den Wahlrechtstraub protestiert. Und deshalb sei auch die jetzige Erklärung Müllers ernst zu nehmen.

Und will scheinen, daß die Ernsthaftigkeit des linksnationalliberalen Eintretens für ein demokratisches Wahlrecht so lange recht zweifelhaft bleiben muß, als die linksnationalliberalen mit den Rechtsnationalliberalen, den Wahlrechtsträubern und Verfechtern der Wahlrechtstraub in einer Partei beisammen bleiben. Was aber die Erklärung des Zentralkomitees angeht, so können wir nicht verstehen, wie man die Abstimmung unserer Wahlmänner im 1. ländlichen Kreise mit den Landeskonferenzbeschlüssen im Einklang bringen will. Denn die fordern, daß der bürgerliche Kandidat unabweislich für das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eintritt, während Müller sich eine Hintertür offen gehalten hat durch den Nachsatz, daß er mindestens ein dem 1898er Verfassungswahlrecht entsprechendes Wahlsystem fordere!

**Fortschritt der Presse.** Die „Volkstimme“ zu Frankfurt a. M. hatte im letzten Geschäftsjahre eine Abonnentenzunahme von 11 000, wovon 6000 auf Frankfurt entfallen. Der Abonnentenstand liegt daher auf 33 000. Die „Volkstimme“ soll weiter ausgebaut werden. Es ist die Herausgabe einer wöchentlichen Frauenbeilage geplant.

**Von den Organisationen.** Im sozialdemokratischen Verein für den Reichstagswahlkreis Frankfurt a. M. stieg vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907 die Mitgliederzahl um 1279 auf 6081. Dies sind 17,42 Proz. der am 25. Januar 1907 für die Sozialdemokratie in Frankfurt a. M. abgegebenen 28 889 Reichstagswahlstimmen.

**Eine Frucht des Offener Parteitages.** Der Fabrikarbeiterverband in Vornburg, circa 600 Mitglieder zählend, beschloß einen Lokalbeitrag von monatlich 5 Pf. für Saalmiete zu erheben. Das macht pro Jahr bei 500 Mitgliedern eine Summe von 300 M. aus. Dafür erhalten die Mitglieder einen von jedem Ausschuss freien Saal. Es darf überhaupt nicht serviert werden. Für die Mitglieder sind monatlich 5 Pf. Pechkosten gewiß außerordentlich wenig. Auf diese Weise wird die Saalmiete auch von denen mitbezahlt, die nicht zur Versammlung kommen. Das „Vollblatt“ für Anhalt“ kritisiert daran den Vorschlag, im Dessauer Parteiderein einen Jahresbeitrag von 20 Pf. pro Mitglied zum gleichen Zwecke zu erheben.

**Die junge Garde Italiens und die Rekruten.** An die jungen Rekruten, die in diesen Tagen eingezogen werden, hat die sozialistische Jugendorganisation Italiens ein Manifest erlassen, das sich vornehmlich von den extremen Auffassungen Herbes unterscheidet. In den entscheidenden Sätzen heißt es: Wir verlangen von Euch keine Toten unfruchtbarer Heldentums und die Ausgabe Eures Lebens. Wir hegen Euch nicht auf zur Defektion, die sicherlich nicht geeignet ist, das Problem zu lösen. Wir hassen Euch nicht zu Gewalttätigkeiten auf, die Eure Sache nur gefährden würde. Wir fordern Euch nicht einmal dazu auf, dauernd Disziplinlosigkeit zu üben, denn das hätte keinerlei positiven Wert. Wir erinnern Euch lediglich an Eure unantastbare Menschenpflicht und an Eure Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse. Schickt niemals auf Eure Landsteute, nicht auf Eure Arbeitsbrüder. Macht nicht den Streikbrecher, und wenn Ihr hierzu gezwungen werdet, tut es so, daß der Unternehmer keinen Nutzen hiervon hat. — Zum Schluß werden die jungen Soldaten daran erinnert, daß der Kampf, den die Arbeiterklasse führt, auch für sie mitgeführt wird, daß sie, wenn sie aus der Kaserne zurückkehren, an der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse mit ihren Vorkäufen haben.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

**Wäre in Preußen unmöglich.** Die „Frankfurter Tagespost“ meldet: Wir haben seitwärts berichtet, daß sich in einem Akt über den früheren Gendarmeriechefmeister Kauf von Hilpoltstein die Randnote fand: „Dr. Süßheim ist Sozialdemokrat“. Auf die hierwegen an das Staatsministerium des Innern eingelegte Beschwerde erhielt dieser Tage Dr. Süßheim die Mitteilung, daß dem Chef der Gendarmerie-Kompagnie von Mittelfranken Oberleutnant Hurs wegen dieser Randnote die Mitgliedschaft ausgesprochen wurde.

In Preußen würde der Polizeiminister geantwortet haben, daß der Oberleutnant durchaus pflichtgemäß gehandelt habe.

**Gefahrensuche** wurde in der Redaktion des „Volkstages“ in Saalfeld nach dem Manuskript von zwei Korrespondenzen, worin die Vorgänge in Steinbach gestreift wurden. Gefunden wurde nichts!

**Strasfants der Presse.** Wegen Beleidigung eines Geistlichen zu Grimnitzau wurde der Genosse Robert Müller vom „Sächsischen Volksblatt“ zu Zwidau zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

**Aus Industrie und Handel.**

**Erhöhter Reingewinn.** Es gibt Ordnungsmäßen, die in Untertätigkeit vor dem Unternehmertum erstehen und dabei die Empfindung haben, daß sie

ihre Dasein am besten dadurch bekunden, wenn sie die Sozialdemokratie anheften. Einiges dieser Organe mit frommem Einschlag und arbeiterfreundlichem Gehirne macht uns kürzlich den Vorwurf, wir hielten Auslese unter den Geschäftsberichten und publizierten nur solche mit günstigen Resultaten. Daß wir nicht jeden Geschäftsbericht berücksichtigen und dabei auseinanderlegen, wie gemogelt wird, wie zunächst die kleinen Kapitalisten hinausbugliert werden, um die „Leberlebenden“ als lachende Erben die Beute einheimen zu lassen, ist ganz selbstverständlich. Dazu reicht unser Raum nicht. In der Hauptsache können wir nur an den großen Gesellschaften die Tributpflicht der Arbeit illustrieren. Wenn von der anderen Seite aber versucht wird, durch Ausfischen einiger Unternehmen, die schlecht abgeschlossen haben, den Anschein zu erwecken, als ob den Leberlebenden einer Reihe Gesellschaften ausgleichende Verluste anderer Unternehmen gegenüberständen, dann ist das Fälschung der öffentlichen Meinung, Täuschung der Leser. Um das zu zeigen, stellen wir nachstehend die Reingewinne von 29 Gesellschaften aus den letzten beiden Jahren zusammen. Die Zahlen sind den letzten Nummern der Tagesblätter entnommen. Es sind alle Industrien berücksichtigt worden. Die Einstellung erfolgte in der hundert Reihen, wie die Berichte veröffentlicht wurden. Abzüglich sind die bedeutenden Berg- und Hüttenwerke mit den großen Zahlen ausgeschaltet worden, andernfalls ist keine Auslese erfolgt. Das ergibt sich ja auch schon aus der Einstellung mehrerer Unternehmen mit großen und kleinen Mindererträgen im letzten Jahre. Es erzielten

	1906/06	1906/07
<b>Reingewinn</b>	1005/06	1006/07
W. M.	M.	M.
Geleider Eisenwerke	590 719	812 074
Alexanderwerk Remscheid	488 637	418 468
Judersfabrik Kruschwitz	398 679	688 984
Güterloher Brauerei	50 884	44 159
Stahlwerk Witten	1 220 876	1 511 247
Chemischer Werkzeugmaschinen vorm. Zimmermann	86 074	418 993
Frankfurter Schußfabrik Herz u. Co.	251 042	298 749
Altkien-Judersfabrik Reuwerk	—	95 436
Westf. Kupfer- und Messingwerke	357 888	386 726
Webersberg Kirchsbaum A.-G., Solingen	268 897	314 764
Sächsische Maschinenfabrik Hartmann	904 674	1 163 818
Kaisbacher Malzerei A.-G.	44 913	44 254
Maschinenfabrik Deutschland	231 654	388 371
A.-G. für Eisenbahnmateriale, Börlig	818 123	859 558
Maschinenbau-Anstalt Humboldt	1 441 950	1 879 071
Katzenpapierefabrik Benig	654 528	640 240
Reiherstieg-Schiffswerft	193 530	226 690
Radelwert Rehdit	399 000	590 631
Altkien-Walzfabrik Langensalza	51 935	48 810
Trachenberger Zudersiederei, Bredlau	80 965	81 187
Papierfabrik Vatersdorf-Württemberg	222 613	188 786
Reineigte Pinselfabriken, Nürnberg	707 078	848 674
Westfälische Drahtwerke, Lagenkreter	1 104 728	1 279 544
Portland-Zementfabrik Germania	398 666	606 155
Altkien-Zudersfabrik Vennig	66 905	81 036
Deutsche Spinnfabrik A.-G., Leipzig	656 999	727 844
Süddeutsche Baumwoll-Fab. Ruchen	248 808	505 810
Mühlbau-Anstalt vorm. Sed. Dresden	448 472	816 984
Stahlfabrik Chemische Fabrik	305 634	300 510

Zwanzig Gesellschaften erbrachten im letzten Geschäftsjahre einen höheren Gewinn als im Vorjahre, bei neun Unternehmen ist der Reingewinn dagegen kleiner geworden. Sämtliche 29 Gesellschaften erzielten im Jahre 1906/06 einen Reingewinn von 12,53 Mill. Mark, im Jahre 1906/07 aber 16,84 Mill. Mark, demnach ist für alle Gesellschaften zusammen der Reingewinn um 3,31 Mill. Mark = 30,4 Proz. gewachsen.

**Ueberproduktion.**

Die Fachblätter der Kohlen- und Eisenindustrie brachten bis in die letzte Woche hinein durchaus günstige Marktberichte. Ebenso optimistisch gefärbt waren die Auslassungen der Verbände. Tröstlich wurde versichert, daß es mit Nachlassen des Wagenmangels, mit Besserung der Arbeitsverhältnisse usw. gelingen werde, die Kohlenförderung mit der stürmischen Nachfrage in Einklang zu bringen. Jetzt weiß man, daß solche Verbands-offiziös geäußerten sachmännischen Urteile ungefähr gerade so wertvoll waren wie die Salzbadereien der Freikirchigen über die Echtheit liberaler Prinzipien. Anstatt Kohlenmangel haben wir schon Ueberproduktion an Kohl. Der „N. Volksztg.“ wird gemeldet:

Die gewaltige Steigerung der Kohlerzeugung im nördlichen-weißrussischen Bergbaubezirk während der letzten Jahre hat — was übrigens vorausgesehen war — allmählich doch zu Uebererzeugung geführt, die sich in der letzten Zeit immer mehr bemerkbar macht. In erster Linie sind es die Hüttenwerke, welche jetzt Ueberfluß an Kohl haben und diesen nunmehr an das Rheinisch-Westfälische Kohlenhandels abzugeben versuchen. Dieses lehnt es indes ab, diejenigen Kohlenmengen, welche die vereinbarten Verteilungsziffern übersteigen, für seine Rechnung zu übernehmen, da es ohnehin schon Mühe hat, die starke Erzeugung völlig abzugeben und daher wieder beginnt, Kohl auf Lager zu nehmen. Den Hauptanreiz zu der fortwährenden Steigerung der Erzeugung hat der große Gewinn gegeben, welchen die Kokereien aus den von ihnen gewonnenen chemischen Nebenprodukten ziehen.

Eine Einschränkung der Kohlerzeugung bringt natürlich ein erhöhtes Angebot in Kohlen. Daß die Kokereien über Kohlenmangel im Herbst der Verachtung entbehren, haben wir schon vor Monaten betont.

**Spinnelzahl und Baumwollverbrauch.**

Im Baumwolljahr 1906/07 (bis 31. August 1907) trat eine ziemlich erhebliche Zunahme der in den Baumwollfabriken der Welt vorhandenen Spinnel ein. Am erheblichsten war die Vermehrung in Großbritannien mit rund 2 Millionen neuen Spinneln, dann folgten die Vereinigten Staaten mit 1,14 Millionen, während sich die Summe der Spinnel für alle Baumwollfabriken der Erde, soweit nachweisbar oder schätzbar, um 3,8 Millionen Stück steigerte. Der Baumwollverbrauch der Welt erreichte in den letzten vier Baumwolljahren ungefähr nachstehenden Umfang, wobei die verbrannte oder sonst zugrunde gegangene Ware mitgerechnet ist:

Gebiet	1906/07	1905/06	1904/05	1903/04
Großbritannien	3 900	3 774	3 620	3 017
Europäisches Kontinent	5 460	5 252	5 148	5 148
Vereinigte Staaten von Amerika	4 950	4 728	4 310	3 908
Ostindien	1 600	1 580	1 473	1 367
Japan	925	874	755	693
Kanada	125	119	130	89
Andere Länder	46	54	105	85
Zusammen	17 006	16 329	15 541	14 310
Im Durchschnitt pro Woche	327	314	299	275

Da die Bestennte an Baumwolle sich annähernd in den Jahren 1906 auf 18, Millionen Ballen, 1905 auf 15, Millionen, 1904 auf 17, Millionen und 1903 auf 14, Millionen belief, so erlangen sich Fehlernten gegenüber dem Weltverbrauch 1903/04 mit 151 000 Ballen, 1905/06 mit 688 000 Ballen und Ueberflüsse der Ernten 1904/05 mit 2 492 000 Ballen und 1906/07 mit 1 572 000 Ballen.

**Verfassungen.**

**Aufgaben der Organisation in der Gipsbaubranche.** Der Sektionsvorstand der Gips- und Zementbranche des Zentralverbandes der Maurer hatte auf Freitagabend für die in der

Gipsbranche tätigen Kalkputzer, Träger und Kalkspanner zwei große Versammlungen mit der Tagesordnung „Unsere Aufgaben für die Zukunft“ einberufen, und mit derselben Tagesordnung werden sich zwei Versammlungen der Hilfsarbeiter und Einfaller der Zementbranche beschäftigen, die am Sonntag und Montag stattfinden. Es handelte sich in jenen und es handelt sich in den folgenden Versammlungen vor allem um eine innere und äußere Stärkung der Organisation, um eine Aussprache darüber, wie man sich am besten für Aufgaben vorbereitet, die die Organisation in Zukunft zu lösen hat. Im Gewerkschaftshaus hatten sich am Freitag die Kalkputzer und Träger außergewöhnlich zahlreich versammelt. Wilhelm Frick hielt das Referat. Er führte u. a. aus, daß sich bei der Lohnbewegung der Maurer herausgestellt habe, daß ein Teil der Sektionsmitglieder ihren Pflichten nicht genügend nachgekommen sind, daß eilige ausgetreten sind und eine neue Organisation gegründet haben, eine gelbe, die jedenfalls vom Unternehmertum unterstützt wird. Von der Gipsbranche seien allerdings unter den Putzern so gut wie gar keine, unter den Spannern nur einzelne in dieser Weise abtrünnig geworden. Einige Gipsgeschäfte versuchten nun auch, Putzer und Spanner zu Angestellten mit Monatslöhnen zu machen, um dadurch der Organisation Abbruch zu tun. Solchen Bestrebungen müsse selbstverständlich mit aller Kraft entgegengetreten werden. Der Redner machte sodann auf die außerordentlich großen Vorteile aufmerksam, die gerade in der Gipsbranche durch die Organisation erreicht worden sind. Stand doch im Jahre 1896 der Stundenlohn der Kalkputzer auf 50 und 55 Pf., der der Träger auf 35 und 40 Pf., und beträgt er doch jetzt für jene 60 und 65 Pf., für diese Arbeiter 75 und 75 Pf.! Ist doch vor zwei Jahren die Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden verkürzt worden! Früher, als noch kein bindender Tarif bestand, konnten die Unternehmer Abzüge machen, wenn ihnen die Arbeitsleistung nicht genügend erschien; jetzt aber müssen sie jedem, auch dem schwächeren Arbeiter den festgesetzten, weit höheren Stundenlohn bezahlen. Im Hinblick auf die Lohnhöhungen von 75 bis 80 Proz., die seit Bestehen der Sektion erungen wurden, erklärte er der Redner mit Recht für töricht und verwerflich, wenn auch nur einzelnen Mitgliedern die Beiträge, die in diesem Jahre notwendig wurden, zu hoch erschienen. Bilden doch diese Beiträge nur einen geringen Bruchteil dessen, was durch die Organisation erreicht ist! Eine irgendwie nennenswerte Schwächung hat die Organisation durch die immerhin nur geringe Zahl derer, die sich als unzuverlässig erwiesen, nicht erfahren. Gleichwohl sollten alle Mitglieder mit ganzer Kraft nach gründlicher Aufklärung über die Ziele und Kampfmittel der Gewerkschaft streben, und, wer Kritik üben will an der Leitung, soll offen damit hervortreten und mit Ueberlegung urteilen. Der Redner macht auch darauf aufmerksam, daß die Mitglieder auch in politischer Hinsicht die Arbeiterbewegung tatkräftig fördern sollten. — In der Diskussion zeigte es sich, daß die guten Lehren auf fruchtbarerem Boden gefallen waren. Ein Kalkputzer, der erst kürzlich aus Ostpreußen hier angekommen war, führte in Uebereinstimmung mit dem Referenten aus, daß in dieser als rückständig verfallenen Provinz die Organisation im Maurergewerbe mächtig emporblühe. Dort haben die Kollegen die Extrabeiträge auch allgemein gern und willig gezahlt.

Die in der Gipsbranche beschäftigten Kalkspanner versammelten sich am Freitagabend bei Jannasch, Inselstraße. Otto Hanke trat dafür ein, daß in den Organisationen der Arbeiter gewerkschaftliche Fragen lebhafter und gründlicher wie bisher erörtert werden sollten. Wenn die Mitglieder der Verbände sich klar darüber wären, welchen Wert und welche Bedeutung ihre Organisation besäße, so würden sie auch weit mehr Interesse dafür zeigen. Sehr lehrreich sei es, in die Geschichte der Verbände einzudringen und zu erkennen, unter welchen Schwierigkeiten und Kämpfen die Positionen erungen wurden mühten, die man heute als selbstverständlich hinnimmt. Er erinnerte daran, wie von 1889 an die Organisationen der Maurer zurückgingen und damit die Verhältnisse sich so verschlechterten, daß man schwer zu kämpfen hatte, um im Jahre 1897 endlich wieder die Arbeitsbedingungen zu haben, wie sie 1889 bestanden. Gegenwärtig müsse man die Rechnung erheben, daß die organisierten Arbeiter im Baubetrieb nirgends den Mut verlieren, wenn die allgemeine Lage eine mißliche geworden ist, wenn viel Arbeitslosigkeit besteht. Es sei im Gegenteil die Aufgabe eines jeden Bauarbeiters, die Organisation für die nächste Zukunft mächtig machen zu helfen. Die Mitglieder müssen selbst treu zur Fahne halten und neue Anhänger überall zu werben versuchen. Sehr wichtig sei es, daß die Arbeiter erkennen lernen, es sind die Fehler des kapitalistischen Systems, der herrschenden Produktionsweise, wenn Rot und Elend herrscht. Nicht die Gewerkschaft dürfe man verantwortlich machen, wenn sie nicht helfend eingreift. Gerade die mangelhafte Organisation, die Gleichgültigkeit der Arbeiter legen ihr den größten Hemmschuh an. Im Baubetrieb mache sich ein Umsturz bemerkbar, der als Produktionsänderung große Aufmerksamkeit erheischt. Die Betonindustrie absorbiere einen Teil der alten Maurerarbeit und auch bei den Kalkspannern seien Neuerungen eingeführt, um Arbeitskräfte zu erheben. Solchen Vorgängen gegenüber ist es doppelt notwendig, in einer Organisation gerüstet dazustehen und auf beiden Gebieten der Arbeiterbewegung seine Schuldigkeit zu tun, in der Partei und in der Gewerkschaft. Man muß rufen für die Zukunft.

Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Vortrags. Ein Redner machte darauf aufmerksam, wie gerade so viele alte Kollegen arbeitslos seien und gab den Rat, die Tätigkeit im Baubetrieb zu wechseln, den Neuerungen sich anzupassen, wenn man als Kalkspanner keine Arbeit findet. Ein anderer Redner erklärte, wie die Löhne durch die Organisation gestiegen seien, von 40 Pf. Stundenlohn im Jahre 1895 auf 60 Pf. im Jahre 1900 und auf 75 Pf. 1906. Auch diese Redner ermahnten dringend, treu zum Verbands zu halten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, die Versammlung diente mehr dem Zwecke der Agitation.

**Berliner Marktpreise.**

**aus dem amtlichen Bericht der Kaiserlichen Reichsanwaltschaft.** (Groschandel.) Oelöl 1a 68—70 dr. 100 Pfd., 11a 62—67, 11a 57—60, Süssöl 1a 62—67, 11a 50—53, Rübe, fett 50—58, do. mager 40—48, Pfeffer 54—62, Bullen, dtm. 54—62, do. holl. 0,00, Kaffeebohnen, Doppeltender 100—115, Kaffeebohnen 1a 78—88, 11a 69—75, Kaffeebohnen ger. 50—64, do. holl. 48—54, dtm. 0,00, Hammelfleisch, Schlamm 76—79, Hammel 1a 70—74, 11a 64—69, ungar. 0,00, Schafe 48—62, Schweinefleisch 57—63, Rebholz 1a per Hund 0,60—0,65, 11a 0,40—0,60, Kalkputzer 1a per Pfd. 0,23—0,50, do. 11a 0,20—0,25, Damast 0,25—0,40, Kalkputzer 0,20—0,33, Frühlings 0,00, Rammeln p. St. 0,20 bis 0,80, Kafen, groß, p. St. 2,50—3,20, do. mittel u. klein, St. 1,00—2,00, Wildenten per Stück 1,25—1,50, Reifenten per Stück 0,50, Rebhühner, junge große 1,00—1,35, mittel u. kleine 0,50—0,90, alte 0,60—0,90, Fasanen 1,00—2,00, Fasanenchen 0,60—1,50, Geflügel 0,50—0,70, Waldschneepfen 2,50—3,00, do. St. 1,00—2,00, Krammelschödel 0,25 bis 0,30, Dohner, alte, per Stück 1,40—2,05, 11a 1,00—1,20, do. junge 0,50—1,15, Tauben 0,30—0,55, Enten per Stück 1,40—2,75, dtm. Hamburger per Stück 3,00, Gänse per Hund 0,50—0,62, do. per Stück 2,00—3,80, do. Hamburger per Hund 0,65, do. Oberbruder per Pfd. 0,48—0,63, Buletts per Stück 0,20—1,20, Verhühner per Stück 0,00, Dackel per 100 Pfd. 94—102, do. matt 89—93, do. klein 106 bis 112, do. groß 80, do. mittel 103—110, Bamber 0,00, do. klein 0,00, dtm. mittel 0,00, Säuere, groß-mittel 0,00, do. klein 145—169, do. unf. 137, do. mittel 0,00, Kade, groß 0,00, do. klein u. mittel 78—87, do. mittel 102—113, do. unfertig 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. klein 0,00, Klingen 33—50, Rebholz 0,00, Karpen 60—80er 0,00, 50—40er 0,00, do. 80—100er 0,00, do. 50er 0,00, Bunte Fische 44—70, Carle 61, do. klein, matt 47—50, Karaschen 66, Weiss 0,00, Blei, matt 0,00, Barde 0,00, Wand 68—73, Quappen 0,00, Raap 0,00, Ameril, Lachs 1a neuer, per 100 Pfd. 110—130, do. 11a neuer 90—100, do. 11a 0,00, Seelachs 10—20, Nümbren, Kieler, Stige 1a 2—6, mittel Riste 1—2, Hamb. Stige 4—6, halbe Riste 2—3, pomm. 1a Schod 0,00, 11a 2—4, Bällinge, Kieler per Ball 2—4, Straßl. 1,00—2,00, Vornh. 0,00, Kade, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelmäßig 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Orange per Schod 5—9, Säuere Riste 3—4,50, 1/2 Riste 1,75—2,50, Sardellen, 1906er per Kifer 98, 1906er 98, 1906er 98, 1906er 90—95, Schottische Vollerlinge



# Achtung! 29. u. 41. Kommunal-Wahlbezirk!

Freitag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung:

### 1. Die Aufgaben der Kommune.

Referent: Stadtverordneter **Paul Singer.**

### 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten.

Wir erwarten, daß die in Betracht kommenden Genossen der Bezirke des ersten, fünften und sechsten Kreises zahlreich erscheinen und für regen Besuch der Versammlung sorgen.

# Achtung! Fliesenleger u. Hilfsarbeiter Berlins! Achtung!

Donnerstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Öffentliche Versammlung

im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72.

Tages-Ordnung:

### Der Stand unserer Lohnbewegung.

Jeder Fliesenleger und Hilfsarbeiter, welcher sich als solcher legitimieren kann, hat Zutritt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Die Tarifkommission. J. K.: Th. Guttik.

# Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

## Sektion der Töpferträger

Donnerstagvormittag 10 Uhr im Gewerkschaftshause, Saal 3:

## Versammlung sämtlicher am Streik beteiligter Töpferträger.

Tages-Ordnung:

### 1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Diskussion.

Recht zahlreichen Besuch erwartet

47/18

Der Einberater.

### 1. Ziehung 4. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Oktober 1907, vormittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

80 821 44 408 55 874 981 1055 [1000] 96 28 183 384  
335 576 91 630 924 85 2029 95 737 [400] 895 483 827 957  
3263 89 500 820 86 745 4279 455 739 285 98 97 808 5181  
294 350 519 394 6027 75 823 56 [400] 82 287 853 7078  
614 604 739 896 71 8342 78 491 29 14 39 9203 82 253 820  
10359 78 84 583 608 11281 283 556 83 718 87 817  
[1000] 12304 655 73 819 801 13068 85 443 82 878 640  
881 14072 326 688 831 15184 32 239 570 770 810 73 944  
16033 [400] 231 440 324 617 94 17019 182 417 88 531 90  
737 18039 90 184 222 703 829 85 984 [400] 19098 247  
602 708 12 823 86 927  
20303 489 829 77 930 89 21423 800 84 22000 38  
189 91 170 317 45 053 719 844 021 18 23302 90 359 85 84  
474 24041 304 441 523 659 828 991 25023 52 82 215 44  
83 311 523 697 26008 185 228 [400] 506 50 920 71  
27047 401 [400] 827 859 98 25045 71 128 287 [400] 699  
29031 112 213 [1000] 831 984  
30087 270 401 682 687 703 28 52 31000 188 208 86  
350 95 468 88 562 608 82 056 32182 94 212 890 827 70  
761 877 33133 391 598 735 34007 82 455 863 856 82 807  
32110 343 429 61 635 808 [500] 38195 92 709 500 688 95  
739 37133 89 227 58 287 38130 239 431 828 774 87 843  
900 39078 [400] 370 421 73 520 849 79 704 43 85 921  
40021 35 305 508 421 551 628 734 41217 672 848  
42000 29 302 35 45 85 43501 092 [400] 340 922 60 44028  
263 61 769 79 810 45099 80 283 308 33 474 728 821 26  
94 903 40380 575 685 47494 691 99 814 [400] 87 48208  
189 384 407 824 80 823 708 854 909 49140 213 791 [1000]  
853 900  
50085 338 443 54 853 732 [400] 51119 20 885 678  
612 968 73 52013 198 358 58 004 739 917 53179 [800]  
80 55 213 95 888 816 23 54033 [300] 90 117 265 331 79  
87 418 504 91 689 808 66 55268 303 745 84 877 56428 28  
75 500 429 851 998 57187 845 488 828 [1000] 84 831 234 27  
58225 813 82 642 43 613 14 37 792 [400] 59158 250 37  
80 82 84 112 85 865 709 897 955  
60055 110 [400] 219 431 632 782 79 [400] 61843  
470 507 713 16 23 899 87 62488 308 79 784 833 48 [1000]  
63380 514 64133 432 81 873 128 902 29 [1000] 85 65114  
81 228 97 285 580 [400] 708 330 68401 683 703 875 77 892  
67128 200 39 321 569 814 929 68040 483 544 69 69380  
302 5 589 748 837  
70154 00 56 213 602 718 886 89 906 71867 196 224  
82 91 73 447 [400] 95 781 72773 95 450 51 670 819 83  
80 931 73317 888 [400] 780 [3000] 832 87 74900 212 29  
78 513 47 69 739 77 980 75395 813 789 970 76814 150  
618 728 827 854 84 77209 81 877 458 808 38 78060 302  
[400] 510 79099 125 56 862 388 742 58 825 81 [1000]  
80385 470 43 863 813 81005 81 89 127 357 82 [400]  
464 67 73 950 84 82137 85 830 526 84 85 830 83388 48  
100 49 430 85 329 812 65 79 84008 810 847 85062 122 73  
423 [400] 513 931 713 810 744 86377 980 818 43 50 927  
87138 258 49 818 48 480 828 80 913 87 88143 [300] 49  
541 812 26 490 74 [400] 010 80113 308 89 405 644 762  
623 97 97 923  
90110 421 83 667 640 803 827 91001 408 876 800  
92006 [400] 337 81 93394 470 770 94188 287 641  
774 338 95028 190 240 321 [400] 627 900 98110 [400]  
451 563 35 732 883 956 97000 129 394 414 41 710 21 917  
98458 875 99081 [400] 203 10 16 36 430 584 916  
100158 209 596 605 741 880 926 101010 60 107 243  
573 83 543 81 734 96 10148 96 912 102400 [400] 605 90  
103881 584 609 925 104008 727 826 105182 70 432  
64 604 823 82 106105 15 209 89 418 890 701 27 99 845 70  
107892 97 288 585 732 26 30 919 83 108906 75 102 56 240  
514 423 904 109027 05 87 181 [400] 330 [400] 289 621 707  
809 853  
110150 97 358 328 55 70 455 627 896 111480  
112144 221 380 694 730 78 051 62 113281 [1000] 680  
703 114018 23 284 89 88 402 4 13 923 115006 167 322  
488 577 72 11626 82 302 460 509 687 876 [500] 896  
117004 127 302 82 803 833 750 866 118037 288 89 91  
608 645 119372 400 543 81 978  
120158 202 80 286 409 92 527 [400] 805 121020 84  
173 287 69 381 518 718 80 948 122085 180 450 [1000] 25  
70 [400] 78 730 90 123150 448 578 709 [400] 804 124070  
329 65 309 520 37 645 80 754 050 125248 400 338 871  
[400] 370 126064 66 339 429 40 [1000] 854 873 127199  
407 824 128211 406 560 819 31 08 83 800 90 851 24  
129015 46 235 308 568 645 823 908  
130018 [400] 81 128 285 307 823 607 58 [300]  
131019 58 289 425 17 72 565 99 684 715 99 880 938 [400]  
132189 286 817 805 71 82 695 917 76 133151 [500] 68  
77 287 442 47 307 14 662 880 [400] 134182 60 73 320 42  
553 79 819 752 95 846 135009 144 55 321 486 800 6 28 780  
85 81 862 804 136396 460 79 844 913 137078 248 641  
824 138023 202 345 55 244 [400] 99 139287 471 260 80  
624 58 [400] 757 80 912  
140253 95 688 749 890 914 141120 220 309 45 878  
801 142022 188 255 256 529 [400] 44 651 71 806 99

### 2. Ziehung 4. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Oktober 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

81 719 219 304 748 878 1185 70 401 98 717 503 2118  
80 878 843 73 3082 238 375 602 76 713 804 64 503 86  
40409 193 389 431 532 726 832 371 5090 209 15 81 64 326  
42 594 6178 221 606 47 7046 358 [500] 356 321 84 642 739  
8016 60 235 525 819 31 9009 378 [400] 608 998  
10165 234 460 77 607 [5000] 795 884 11019 237 799  
831 12129 202 84 332 259 753 850 13218 14053 81 101  
[400] 22 41 218 719 83 15106 297 347 606 700 898 16085  
49 294 529 64 89 741 814 909 11 39 84 17019 405 517 77  
611 21 782 828 34 47 47 18203 606 643 710 79 573 78 954  
19043 48 110 215 413 814 359  
20047 209 43 89 370 410 523 822 785 840 21444 90  
30 391 640 741 937 91 22094 73 101 307 877 23019 180  
99 487 714 264 24003 [400] 218 54 532 [3000] 55 84 [500] 852  
789 25010 148 207 309 413 511 605 719 27 893 974 26267  
800 811 851 27211 434 578 861 80 25337 824 [400] 65  
949 85 29415 334 850 748 847  
30037 31133 218 44 80 718 890 32006 375 824 44  
886 67 [5000] 33000 478 450 872 771 34013 167 463 724  
938 45 81 35109 293 425 [400] 503 835 36082 615 875 928  
66 37128 210 377 900 38128 303 94 401 505 704 895 39500  
416 [400] 795 816 58 80 905  
40300 7 25 31 413 672 47 721 84 820 78 997 41048  
119 227 289 409 64 610 22 722 29 881 943 42141 135 417  
538 431 [5000] 755 66 800 957 43553 723 429 44011 246  
37 420 528 54 605 80 740 45590 332 630 831 46381 435  
564 609 643 90 47004 40 42 110 218 323 789 [400] 927  
48445 534 51 810 806 49111 518 729 898  
50180 309 44 419 315 765 [400] 51485 858 82 804  
870 35 52228 478 85 510 905 80 97 53308 256 483 723  
[400] 79 54190 218 330 449 548 700 333 27 911 43 55099  
402 88 241 475 640 650 887 86 969 56642 19 159 212  
692 891 57700 450 941 56801 [400] 118 258 [400] 873  
423 574 [400] 88 882 925 59817 37 674 744 84  
60179 749 74 78 383 800 938 61183 113 496 823  
42 765 62423 63359 64 881 [1000] 920 64598 117 37 279  
483 689 918 21 78 65084 270 407 27 74 395 675 900  
42 89 66097 178 428 78 788 883 96 [3000] 67127 [400]  
85 235 29 518 50 [500] 354 81 408 85 505 890 312 34 47 75  
68154 506 717 925 69000 797 690 978  
70045 51 280 555 718 71 814 884 85 71145 487 501  
708 51 87 883 998 72120 548 78 508 [500] 23 33 774 953  
72030 49 99 118 286 476 656 650 97 851 929 47 75  
89 [400] 74194 296 422 502 18 [500] 35 709 757 159  
341 421 96 605 791 76712 240 411 77033 43 519 472  
633 46 753 90 826 44 78015 56 228 327 481 637 941 90  
79045 [1000] 327 870 605 894 87  
80184 344 431 825 62 691 [400] 627 45 77 81113 48  
73 804 991 969 82511 936 83022 104 9 233 50 423 321 40  
983 84098 545 444 570 680 23 69 810 [400] 808 822 85  
[400] 85030 50 84 520 656 89 883 86032 356 836 68 737  
840 559 77 87039 28 213 [3000] 927 737 800 929 88496  
620 780 825 957 89060 400 14 591  
90045 153 30 [400] 258 248 32 484 852 91143 83 217  
45 809 320 13 681 92163 232 562 67 459 618 843 64 78  
[400] 93156 330 790 94003 537 600 743 47 817 970 [1000]  
943 95344 27 718 212 34 307 553 620 743 47 817 970 [1000]  
96841 207 88 040 72 61 818 48 67 90 715 811 29 36 48 312  
97113 200 594 827 702 970 98303 615 17 807 910 29 99606  
154 70 [1000] 819 285 919 737 95 25  
100454 07 508 822 101129 397 441 804 749 85  
102047 84 544 [400] 97 381 [400] 73 803 [1000] 24 891  
103019 10477 205 375 704 38 877 843 80 97 105187  
533 712 106389 499 33 87 328 976 107086 47 741  
927 108411 226 74 426 718 94 927 109147 228 [500]  
621 927  
110129 64 649 [400] 835 111133 278 400 723  
112058 329 444 221 992 113687 258 89 616 782 845 623  
64 114190 279 727 94 843 46 115000 102 713 85 81  
883 89 990 116027 [5000] 322 70 445 579 647 862  
117102 294 540 885 979 118006 436 716 837 306 8 74  
119110 287 827 707 96 99  
120239 300 335 631 735 95 121051 174 356 71 23  
487 506 122091 484 512 600 550 94 997 123050 114 89  
211 51 870 856 31 124141 60 506 78 818 58 125390 93  
428 34 83 424 208 905 126486 74 203 386 490 [1000] 509  
608 204 127708 484 650 67 784 813 128467 40 67 809  
57 78 902 129007 119 205 407 500 [400] 25 781 87  
[1000] 987 95  
130098 26 230 95 [400] 825 131119 30 298 348  
754 993 132020 119 811 441 643 133169 230 201 14 40  
530 67 626 781 808 901 134021 71 [400] 187 908 78  
135462 [400] 681 721 26 136070 113 95 225 94 56 77  
88 415 [400] 688 784 16 82 338 [400] 137098 324 65  
737 138285 637 141 139085 110 47 48 281 445 501 43 16  
82 712 902  
140095 421 020 842 141038 181 341 142077 181  
86 000 20 271 143000 308 430 221 91 144008 319 97  
478 508 [400] 736 39 [400] 850 395 [500] 145128 97  
263 70 82 424 146182 427 73 506 614 729 147121 402

# Achtung! Verband der Isolierer u. Steinholzleger Deutschlands

Ortsverband Berlin, Abt. I. Isolierer.

Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15:

## Versammlung

Tagesordnung:

1. Die Kündigung unseres Lohntarifs seitens der Unternehmer im Isoliergewerbe und unsere Stellungnahme dazu.

Kollegen! Da in dieser Versammlung sehr wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen, dort zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand. J. K.: H. Lang.

**Gardinen-Spezialhaus**  
Emil Lefèvre  
Berlin, Oranienstr. 158  
Riesen-Auswahl!  
Gardinen, Portieren,  
Stores, Vitragen, Tüll-  
Bettdecken etc.  
Einzelne Fenster spottbillig!  
Pracht-Katalog mit ca. 800  
Abbildungen  
gratis und franko.

**Gardinen**  
kauft man am billigsten nur  
direkt in dem seit 40 Jahren be-  
stehenden Gardinen-Spezial-  
geschäft von  
**Bruno Güther,**  
Grüner Weg 80, par-  
terre.

**Steppdecken**  
billigt direkt in der  
Fabrik  
72. Wallstr. 72.  
wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet  
werden. Bernhard Strohmandel,  
Berlin S 14. Muster-Katalog gratis.

# Achtung! Zuschneider und Zuschneiderinnen!

Freitag, 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Dräsel's Festsaal,  
Neue Friedrichstr. 35:

## Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Schlussverhandlung mit den Arbeitgebern und unsere fernere Stellungnahme. 2. Verschiedenes.  
Die Kollegen und Kolleginnen sowie die Vertrauensleute werden er-  
sucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Berlin II.

Freitag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15 (Saal 8):

## Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Um pünktliches Erscheinen ersucht

181/10

Die Streikleitung.

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Maler.

Filliale Berlin.

Farnspr.: Amt IV, 4787.

## Donnerstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1907. 2. Be-  
schlußes.

129/1

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Zur Kommunalwahlbewegung.

Noch nicht genug Hausbesitzer im Rathaus?

Die Städteordnung bestimmt, daß in den Stadiparlamenten mindestens die Hälfte aller Sitze den Hausbesitzern vorbehalten bleiben muß.

Bei allen Stadtverordnetenwahlen in Berlin suchen die Hausbesitzer es zu erreichen, daß möglichst jedes Mandat, sogar jedes dritter Abteilung, einem richtigen Hausbesitzer in die Hände gespielt werde.

Den Hausbesitzern bei ihrer Jagd auf Mandate treue Dienste zu leisten, das hat der Berliner Freisinn von jeher für seine Pflicht gehalten.

Auch diesmal beobachten wir vor den Stadtverordnetenwahlen wieder das merkwürdige Schauspiel, daß Konservative usw. sich dazu hergeben, Helfershelfer der Berliner Hausagrarier zu sein.

Die Unterstützung, die die Hausbesitzer ihrem Liebig geben sollen und wollen, kann natürlich nicht darin bestehen, daß sie für ihn stimmen.

Daß der „Mittelstand“ sich von den Konservativen solche Hausbesitzerkandidaturen ausdrängen läßt, das zeigt, welche Verwirrung in den Köpfen mancher Wähler herrschen muß.

Die Arbeitervereine des Südens und des Ostens der Stadt, Teile des dritten und des vierten Reichstagswahlkreises, sind diesmal an den Stadtverordnetenwahlen mit vier Wahlbezirken beteiligt.

Vier Kommunalwählerversammlungen

waren zu Montag in verschiedenen Bezirken einberufen. Die Arbeitervereine des Südens und des Ostens der Stadt, Teile des dritten und des vierten Reichstagswahlkreises, sind diesmal an den Stadtverordnetenwahlen mit vier Wahlbezirken beteiligt.

Zum Südosten waren die Wähler des 11. und 12. Bezirks bei Graumann (Mauhinstraße) versammelt und hörten ein Referat des Stadtverordneten Genossen Kofke.

Kofke zeigte, wie intensiv die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion auf den verschiedensten Gebieten unserer Gemeindeverwaltung mitgearbeitet hat.

Im Osten waren die Kommunalwähler des 22. und 23. Bezirks zu einer Versammlung bei Bremer (Große Frankfurterstraße) einberufen worden.

Im letzten Kreise

fanden am Montag gleichfalls zwei Versammlungen statt. Im Saale der Brauerei Gleditsch in der Schönhauser Allee referierte Genosse Pfannkuch.

In seinem Vortrage geißelte der Referent die Mißwirtschaft im Roten Hause. Der Redner besprach die jüngsten Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung und kritisierte scharf das Verhalten der Freisinnigen in der Frage der Wertzuwachssteuer.

In ähnlichem Sinne referierte Genosse Theodor Fischer über daselbe Thema vor einer Versammlung der Wähler des 34. Bezirks in Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Der Monat Oktober bringt eine Fülle von Arbeit für die organisierten Genossen Groß-Berlins.

Neben intensiver und ununterbrochener Arbeit für die Stadtverordnetenwahlen finden an allgemeinen Veranstaltungen statt:

Mittwoch, den 9. Oktober, (heute) der gemeinsame Zahlabend.

Dienstag, den 15. Oktober, die Versammlungen zum preussischen Parteitag und Delegiertenwahlen zu demselben.

Mittwoch, den 16. Oktober, Demonstrationversammlung bei Keller, Rappenstr. 29. Referent: August Bebel.

Donnerstag, den 17. Oktober, Massenverbreitung des „Vorwärts“.

Sonntag, den 20. Oktober, Besuchen der Empfänger dieser Agitationsnummer behufs Gewinnung von Abonnenten und Beiträgen zu den Wahlvereinen.

Sonntag, den 27. Oktober, Generalversammlung des Verbandes.

Die Vorträge der Genossin Luxemburg sind durch diese Veranstaltungen nicht berührt und werden pünktlich an den festgesetzten Tagen abgehalten.

Wir erwarten, daß die Parteigenossen mit gewohntem Eifer für das Gelingen aller Veranstaltungen tätig sind.

Der Zentralvorstand.

Schöneberg. Die Genossen vom fünften Bezirk halten ihren gemeinsamen Zahlabend bei E. Döb, Reiningersstr. 8, ab.

Nichtenberg. Sonnabend, den 10. Oktober 1907, findet das Herbstfest des Wahlvereins im „Schwarzen Adler“ (Gebr. Arnold), Frankfurter Chaussee 5/6 statt.

Treptow-Baumföhlenweg. Heute abend 8 1/2 Uhr finden wieder in den bekannten Lokalen zehn öffentliche Versammlungen statt.

Friedenau. Der heutige Zahlabend fällt umständehalber aus. Der nächste findet am Mittwoch, den 16. d. M., in den bekannten Bezirkslokalen statt.

Tempelhof. Donnerstag, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei M. Müller, Berlinstr. 41/42, eine Versammlung des Wahlvereins statt.

Karlshorst. Den Genossen zur Nachricht, daß der Zahlabend heute abend 8 1/2 Uhr im Lokale von Sabrowski, Treptowallee, Ede Krausenstraße, stattfindet.

Adlershof. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die zum heutigen Tage einberufene Volksversammlung nicht stattfindet.

Wahlverein Eichwalde. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Wittes „Waldschlößchen“ in Eichwalde Versammlung. Berichtserstattung vom Parteitag in Eisen. Referent: Genosse Sydow.

Reinickendorf-Ost. Wir ersuchen um regen Besuch der Zahlabende, besonders des 4. Bezirks. Alle Parteitagssitzungen und noch ausstehende Vorträge vom Lichtbildvortrag müssen heute abgerechnet werden.

Josien. Die Genossen werden nochmals auf die heute abend in Schindes Lokal stattfindende außerordentliche Wahlvereinsversammlung aufmerksam gemacht.

Pankow. Die Bezirke Lehmann-Almann, welche bisher bei Reuter, Schloßstraße, getagt haben, kommen von heute ab bei Kurisch, Schloßstr. 8, zusammen.

Spandau. Am Freitag, den 11. d. M., findet bei Schwabe, Segelfelderstr. 54, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Berliner Nachrichten.

Zwischen Wannsee und Potsdam.

Mindestens dreimal in der Stunde haben wir Gelegenheit, vom Wannseebahnhof aus Wannsee zu erreichen. Bei der Ankunft wenden wir uns in der bisherigen Fahrtrichtung nach links durch die Anlagen, kreuzen die breite Chaussee und verfolgen in derselben Richtung die Fahrstraße neben der Eisenbahn.

Die Deputation für die städtische Kanalisation und Rieselfeld beschloß in ihrer Sitzung am Montag, dem Magistrat eine Reihe Neu- und Umbauten für das nächste Etatsjahr in Vorschlag zu bringen.

es ist deshalb in Aussicht genommen, im nächsten Jahre eine weitere Baracke in Albertshof bei Bernau zu erbauen. Neben jeder Baracke ist auch gleich eine Wohnung für einen Lehrer vorgesehen. In Buch soll die Brennerei umgebaut, in Rosenthal endlich die Ställe auf der Dorfau beseitigt werden. In Hohenreuth soll ein Schweine-maststall mit Schlachthaus mit einem Kostenaufwand von 168000 M. und in Albertshof ein Stall für 200 Kühe erbaut werden. Letzterer Ort erhält auch zwei neue Vierfamilienhäuser, die 60000 M. kosten. In Buch soll das an der Dorfau errichtete Gebäude nicht, wie geplant war, der Oberbergrichter bezogen, sondern neben dem Guts-schreiber zwei Schweinestern, welche das zu errichtende Kinderheim leiten sollen, außerdem soll ein Zimmer als Spielfeld für die Kinder eingerichtet werden. Der in Schmechdorf neu zu bauende Stall für 100 Zuchtstiere erfordert einen Kostenaufwand von 70000 M.

Um die Aufzucht von Großvieh, die in Spundorf mit gutem Erfolg eingeleitet wurde, energischer durchzuführen, wurde der Ankauf von 60 Kälbern zu Zuchtzwecken beschlossen.

Die Subkommission, welche zur Prüfung der Lehrgeldverträge der Rieselschulen eingesetzt war, erstattete ihren Bericht und schlug vor, vom 1. April 1908 ab das Grundgehalt auf 1800 M., die Alterszulage in neun Steigerungen auf je 200 M. festzusetzen. Das jetzt 80—95 M. betragende Wohnungsgeld für unverheiratete Lehrer, soll auf 160 M. erhöht werden. Die Gutsbeamten sollen angewiesen werden, dahin zu wirken, daß diese Sätze auch in den Patronatschulen zur Einführung gelangen. Milch und Kartoffeln sollen den Lehrern, auch denen der Patronatschulen, zu mäßigen, durch den Gutsdirektor festzusetzenden Preisen geliefert werden.

#### Die Eisenbahnunfälle herbeigeführt werden.

Unsere Eisenbahnverwaltung übt bekanntlich ein geradezu sträfliches Sparsystem. Unter dieser Sparwut hat das Personal und in letzter Linie das reisende Publikum schwer zu leiden. Nicht selten muß bei Eisenbahnunfällen festgestellt werden, daß die Unfälle sich nur ereignen konnten, weil entweder zu wenig oder überarbeitetes Personal vorhanden war.

Zu diesen Betrachtungen werden wir veranlaßt infolge von Mitteilungen, die uns über die Ausbildung des Fahrpersonals auf der elektrischen Vollbahn Potsdamer Bahnhof—Groß-Lichterfelde zu gehen. Nach diesen Mitteilungen hat die Eisenbahndirektion auf dieser Strecke den Versuch gemacht, die berufsmäßigen Lokomotivführer vom Fahrdienst zurückzuziehen und gänzlich ungelernete Leute einzustellen, die dordem als Zugbegleiter tätig waren. Die Ausbildung für diesen verantwortungsvollen Dienst soll acht Tage in Anspruch genommen haben. Wenn man bedenkt, daß ein Heizer 6—7 Jahre und ein Führer noch einmal solange fahren muß, ehe eine Anstellung erfolgt, kann man sich nicht genug wundern, wie es die Eisenbahnverwaltung über sich gewinnt, in dieser Weise ausgebildeten Leuten die Führung eines Zuges in die Hände zu geben. Gerade auf der genannten Tour sollen, so haben selbst Lokomotivführer erklärt, die Führer ihre Rot haben mit dem Bremsen; die Bremsvorrichtung könne nur in der Hand von Leuten sicher funktionieren, die auf eine langjährige Erfahrung als Maschinenführer zurückblicken können. Die oben geschilderte Neuerung ist seit dem 1. Juli auf der besagten Strecke im Gange und ist nur zu sehen in dem Umstand, daß die Bahnverwaltung mit diesen Kräften billiger zu wirtschaften glaubt, sonst wäre die Maßnahme auch ganz unverständlich.

Die Folgen dieser Sparwut sind denn auch nicht ausgeblieben. Wiederholt müssen die Passagiere wahrnehmen, daß der Zug öfter über die Station weit hinausfährt, und als am 25. September auf dieser Strecke ein Eisenbahnzusammenstoß erfolgte, war für den Kundigen ohne weiteres die Ursache gegeben. Das mußte so kommen, das sagte sich das technische Personal sofort. Die Eisenbahnverwaltung glaubt natürlich mit der Bemerkung: „Die Untersuchung ist eingeleitet“ das Publikum über die wahren Ursachen hinwegtäuschen zu können. Uns wird auch berichtet, daß der bei diesem Unglück so schwer verletzte Zugführer gleichfalls aus dem Zugbegleitungspersonal entnommen worden ist.

Nach alledem ist es gar nicht verwunderlich, wenn sich Eisenbahnunfälle ereignen. Schuld daran ist aber weniger das Personal, als die Eisenbahnverwaltung durch ihr sträfliches Sparsystem.

Verlegung von Straßenbahnlinien vom Leipzigerplatz. Der Bau der Untergrundbahn unter dem ganzen Leipzigerplatz ist jetzt soweit fortgeschritten, daß der Straßendammbau auch auf der nördlichen Seite am Reichsmarineamt wieder reguliert und die Gleise endgültig verlegt werden können. Um dies möglichst schnell durchführen zu können, ist es notwendig, die beiden über jene Gleise führenden Straßenbahnlinien für die Dauer der Arbeiten zu verlegen. Es sind dies die Linien 6 Moabit—Königsplatz und 9 Moabit—Schlesischer Bahnhof. Diese beiden Linien gehen von der Königsgräberstraße nicht mehr über den Leipzigerplatz nach der Leipzigerstraße, sondern über den Potsdamerplatz, die Königsgräberstraße, die Prinz-Albrechtstraße, die Zimmerstraße und die Charlottenstraße in die Leipzigerstraße und umgekehrt. Die Umlegung beginnt morgen Donnerstag, den 10. Oktober.

Aus der „Simon, Hermann und Ella Boehm-Stiftung“ werden alljährlich am 10. Januar, 31. Mai, 12. Juni und 5. August einmalige Unterstufungen in Höhe von 100—400 M. an solche allein-siehende, ganz oder teilweise erwerbsunfähige weibliche Personen gewährt, die noch nicht der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen sind. Besonders sollen aber auch Familien unterstützt werden, die ihres Ernährers beraubt sind und denen durch Gewährung einer Unterstufung die Möglichkeit zur Veranlagung oder Wiederaufrichtung einer Existenz geboten wird. Das Vermögen der Stiftung beträgt zurzeit 204 018,98 M. Aus den Einnahmen dieser Stiftung sind im Jahre 1907 an 60 Personen 7700 M. Unterstufungen gezahlt worden.

#### Die Pumptante.

Eine gute Frau hörte sie sich gern nennen, eine Menschenfreundin. Ja, wenn sie nicht wäre, sie mit ihrer immer gebend-freudigen Gesächtslaune! Hunderte mühten trockenes Brot essen, statt in Samt und Seide zu gehen. Manchen Sturm hatte sie erlebt. Darum kannte sie die Menschen, wußte sie an ihrer schwachen Seite zu packen. Sie kannte die Männer, die Liebesirrenden, aus dem 17. und noch besser ihr eigenes Geschlecht, das Liebesgebende. Phui Deibel, sagte sie manchmal ausspügend, und keiner wußte, welchen von beiden Teilen sie gemeint hatte. Wahrscheinlich beide. Was sie gewesen war? Um — darüber spricht man nicht. Gute Freundinnen behaupten, es sei ein Nährmichnächten in den gelben Alten am Alexanderplatz. Als auch ihr Liebesherbst endgültig vorbei war und an ihre Neize selbst Blindgeborene nicht mehr andelken wollten, gründete sie ein Kredit-Institut für die Halbwelt. Nur für die. Da war sie ja in ihrem Element und hatte wunderschöne Routine. Sie pumpt alles, was solche Frauenmädchen brauchen, Möbel und Kleider, Gold und Geld. Das heißt, auf Lager hatte sie keinen Pappentitel. Sie war hoch die Mittelsperson, die Zureicherin für ein Abzahlungs-geschäft. Für wen sie aber gut sagte, der bekam so viel er haben wollte. Natürlich zu gepfefferten Preisen, gegen Wucherzinsen. Manchmal fiel sie trotz aller Menschenkenntnis eifrig rein. Doch das schadete nichts. Solche Möbel kamen auf die schwarze Liste und die anderen mußten das Verlorene einfach mitbezahlen. Mit den Jahren rentierte sich das Geschäft. Bald schaffte sie es kaum

mehr. Andere einstige Größen der Halbwelt, die ihre Schönheit begraben und dafür Kapital gesammelt hatten, traten in ihre Fußstapfen. So wurden aus der einen Pumptante, wie sie in der Halbwelt und im Volksmunde heißt, bald mehrere. Heute gibt es in Berlin ein Dutzend solcher Parasiten, die im Verborgenen blühen und sich von der Schande mit satt essen.

#### Aus der Praxis des Armenarztes.

Früher konnte man in Berlin oft die Klage hören, daß Armen-ärzte die Armen, die ihre Hilfe brauchten, wenig rücksichtsvoll behandelten. In den letzten Jahren hat sich in diesem Punkt manches geändert und gebessert. Aber die Sonderstellung, die die Armenkranken einnahmen, scheint doch auch heute noch nicht ganz beseitigt zu sein. Uns wird hierzu ein Fall mitgeteilt, der von einigen der beteiligten Personen sehr übel bemerkt worden ist.

Im Hause Steinmehstraße 28 wohnte eine 62jährige Frau O. T., eine Eisenbahnkassenschwelme, die von der Stadt Berlin almonatisch ein Almosen bekam. Frau O. litt seit langem an der Juckerkrankheit, mußte aber dessen ungeachtet noch einen kleinen Handel betreiben, weil sie von dem bisherigen Arme-geld nicht leben konnte. Ihre Krankheit verschlimmerte sich schließlich so, daß am vorigen Sonntag eine Nachbarin Frau S. zum Armenarzt laufen mußte, um unter Vorlegung eines von der Armenkommission ausgefertigten Scheines um einen Besuch für die Kranke zu bitten. Der zuständige Armenarzt war bisher ein Dr. Schneider (Hofstraße) gewesen, seit dessen Tod wird aber die Arznei von einem Dr. Buczniski (Gödenstraße) verordnet. Zu diesem Dr. Buczniski begab sich die hilflose Frau S. am Sonntag früh um 9 Uhr, also während der üblichen Sprechzeit. In seiner Wohnung wurde sie von einer weiblichen Person empfangen, die nach Anhörung der Bitte um Besuch den kurzen Bescheid gab, für Arme sei der Arzt am Sonntag nicht zu haben. Frau S. hielt es für unmöglich, daß ein Armenarzt den Sonntag nur für seine zahlenden Patienten reserviert haben sollte. Sie ging zum Armenvorsteher und trug ihm den abweisenden Bescheid vor, den zwar nicht der Arzt selber, aber eine Person seines Haushalts ihr gegeben hatte. Auch der Armenvorsteher wunderte sich nicht wenig über die Abweisung. Er schrieb auf den Schein, die Hilfe sei dringend nötig, und hiermit begab Frau S. sich ein zweites Mal zum Arzt. Jetzt erst setzte sie durch, daß sie angehört wurde. Der Arzt kam dann noch am Vormittag zu der schwerkranken Frau O., aber er konnte ihr nicht mehr helfen. Mittags um 2 Uhr wurde sie im Krankenwagen nach einem Krankenhause gebracht, und am Nachmittag desselben Tages drückte der Erlöser Tod ihr die müden Augen zu.

Hier wird vielleicht mancher fragen, was denn an diesem Fall so bemerkenswert sei. Gewiß, der Arzt hat infolge seiner Pflicht getan, als er baldigt zu der Kranken gegangen ist. Aber wundern muß man sich doch, wie eine Person seines Haushalts — war es seine Frau oder eine Wirtschaftlerin? — dazu kommen konnte, den Bescheid zu geben, für Arme sei der Herr Doktor am Sonntag nicht zu haben. Hat der Herr Doktor jemals diese Person darüber belehrt, welche Pflichten er gegen Armenkranken zu haben glaubt? Hat er ihr gesagt, daß nur er darüber zu entscheiden hat, ob ein Armenkranker Beistand erhalten soll oder nicht? Auch die Frage drängt sich uns auf, ob nicht bei Herrn Dr. Buczniski dieselbe Person schon öfter in Fällen ähnlicher Art den gleichen Bescheid gegeben und dadurch Armenkranken tatsächliche Abgehaltung hat, den Armenarzt am Sonntag zu bemühen. Für alle, die es angeht, wollen wir hier mitteilen, daß ein Armenarzt jedem Armenkranken jederzeit ebenso zur Verfügung stehen muß, wie seinen zahlenden Patienten. Er muß die Armenkranken am Sonntag wie an den Wochentagen während seiner üblichen Sprechstunden, in dringenden Fällen aber auch zu anderer Zeit empfangen, untersuchen und erforderlichenfalls in Behandlung nehmen. Auch muß er Armenkranken, die nicht zu ihm kommen können, in der ordentlichen Reihe seines übrigen Kranken besuchen.

Die von und geschilderten Verhältnisse auf dem Nordringbahnhofe Verfallstraße — es bestand bisher auf diesem stark frequentierten Bahnhofe nur eine Zugangstreppe, die zugleich als Ausgang benutzt werden mußte, sind endlich beseitigt worden. Am Montag wurde der neue Ausgang, der über den Bahndöcker hinweg geführt wurde, dem Verkehr übergeben. Die alte Treppe soll von jetzt ab nur noch als Eingang zum Vorkriegsgebäude benutzt werden. Bekanntlich war das Gedränge in den Vorkriegs- und Abendstunden, wenn die mit der Bahn ankommenden bzw. abfahrenden Arbeiter der Moabit Fabrik die Treppe passierten, so arg, daß mitunter 30 Minuten vergingen, bevor man vom Bahnhofe auf die Straße gelangen konnte. In einem besonders verkehrsreichen Tage wurde sogar eine Schloßerbude im Gedränge zertrümmert. Dies veranlaßte wohl die Eisenbahnverwaltung hauptsächlich dazu, den neuen Ausgang bauen zu lassen.

Ein tödlicher Baunfall ereignete sich gestern nachmittags gegen 1/4 Uhr in der Müllerstraße. Dort wird auf dem Grundstück Nr. 154 ein Neubau errichtet, auf welchem auch der 33jährige Zimmerer Müller arbeitete. Er stand bei Ausführung seiner Arbeit auf dem Baugerüst in der Höhe der dritten Etage; plötzlich trat er schlief und stürzte kopfüber auf das Straßengiebel hinab, wo er blutüberströmt und bewegungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation VI in der Lindowstraße gebracht, wo der Arzt einen komplizierten Schädelbruch feststellte. Dem Schwerverwundeten wurde ein Rotverband angelegt, doch verstarb Müller bald darauf an den Folgen der erlittenen Verletzung.

Aus der Haft entlassen ist der stellunglose Kaufmann K. der vorige Woche in Königs-Busterhausen wegen Verdachts der Täterschaft an dem Strausberger Eisenbahnunglück verhaftet wurde. Der Verdacht hat sich als völlig unbegründet erwiesen.

Schredlich zugerichtet wurde Montag nachmittags ein Knabe, der in der Admiralstraße von einem Straßenbahnwagen überfahren worden ist. Der dreijährige Sohn des Schmiedemeisters Nybaß, Admiralstr. 10, hatte vor dem Elternhause auf der Straße gespielt. Im Eifer des Spiels rannte das Kind gegen einen Straßenbahnwagen der Linie 40. Es wurde umgerissen, überfahren und kurzbar zugerichtet. Die Stirn wurde dem armen Geschöpf aufgerissen und das eine Ohr fast vollständig zermalmt. Blutüberströmt drachte man den Kleinen nach der nahen Rettungswache.

Von einem Bierseß erschoffen wurde der bei der Branerei Wshow angestellt gewesene Rifsahner Holz aus der Franziskastraße. Er hielt mit seinem hochbeladenen Pöppelwagen in der Frenzlaue Allee in der Nähe der Heintzeborferstraße und wollte ein Halbtonnengebilde abladen. Hierbei rutschte das Holz ab und stürzte dem H. auf den Kopf, so daß er sofort beschmungslos zusammenbrach. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Schönhauser Allee gebracht, wo der anwesende Arzt einen komplizierten Schädelbruch feststellte, und von dort auf Veranlassung der hinzugerufenen Angehörigen nach der Wohnung übergeführt, wo er bereits nach kurzer Zeit den Folgen der schweren Verletzung erlag.

Ein Kniff des Mittelstufschiffes. Das lenkbare Große Motorluftschiff des Luftschifferbataillons stieg, nachdem es in den Ballonwerkstätten in Augsburg in mancher Hinsicht verbessert worden ist, gestern vormittags um 9 Uhr zum erstenmal wieder zu einer längeren Fahrt aus. Das Luftschiff manövierte bis 1 Uhr mittags und kehrte dann in die Halle in Reindendorf zurück. In der Gondel befand sich Major Groß.

Die Jungferndrücke wird behufs Erneuerung des Wahlenbelags von heute an bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Gleichfalls gesperrt wird die südliche Ringstraße des Leipziger Platzes behufs Abspalierung.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht wurde die Wehr nach der Gabelsbergerstr. 12 gerufen. Dort war ein Ofen umgestürzt,

wobei Frau Henriette Mahke Verletzungen am Kopfe erlitten hatte, die ihr von Samaritern der Feuerwehr verbunden werden mußten.

Gleichzeitig erfolgte ein Alarm nach der Wilsnaderstraße, wo vor dem Hause Nr. 5 ein Automobil-Omnibus der Linie Moabit—Alexanderplatz in Brand geraten war. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Gestern früh um 8 Uhr kam in einer Wohnung in der Köpenicker Allee 52 Feuer aus, dem Bettler, Wäsche, Möbel usw. zum Opfer fielen. In der Moabitstr. 73 brannten im Keller Kisten u. a., und in der Kurstr. 20/21 ein Schornstein. Wegen eines Wohnungsbrandes erfolgte ein Alarm nach der Frenzlaue Allee 26. Unter den Linden 19 brannten gestern vormittags im Keller Papier, Holz, Körbe, Lumpen und Immobilien und in der Fasmunderstraße 1 auf dem Boden Wäsche, Kleider u. a.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigdorf.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich am 4. Oktober mit dem Essener Parteitag. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Genosse Zirkel dem verstorbenen Genossen Kotteler einen warm empfundenen Nachruf, der in einem Appell an die Anwesenden ausklang, diesem hohen Vorbilde zu folgen. Den Bericht vom Essener Parteitag erstattete Genosse Grunwald. Wir können es uns sparen, die Ausführungen des Genossen Grunwald wiederzugeben, da wir bereits anlässlich der Schönberger Wahlvereinsversammlung einen Auszug über sein Referat gebracht haben. In der Diskussion bemerkt Genosse Hoffmeister, daß seiner Meinung nach Genosse Koste nicht ausgerufen sei, sondern betruht so gesprochen hat. Die Genossin Jettin hätte ihm die richtige Antwort gegeben, indem sie auf die Erziehung zum Sozialismus in der Familie hinwies. Der sogenannte Fremderlaß des Parteivorstandes zur Weisheit sei vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nur zu begrüßen gewesen. Die gewerkschaftliche Zentralisation sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit und jeder Abspaltungsvorwurf sei sehr scharf zu verurteilen. Er sehe den Einigungs-verhandlungen sehr skeptisch gegenüber. Ein Verlon wie Wiesenthal gehöre nicht in die Partei. Wessen Wiesenthal fähig sei, beweise ja das Geschickel in seiner Zeitung, in welcher er vom Essener Parteitag spreche. Er kritisiere hierin den Parteitag. Er begreife den Standpunkt Webers in dieser Sache nicht. Auf jeden Fall gäbe es Genossen, die dieser Person die Steigbügel halten und auch Webel beeinflusst haben. (Lebhafte Ohorufe.) Genosse Zirkel weist diesen Vorwurf gegen Webel zurück. Webers Absicht sei wohl nicht gewesen, Wiesenthal zu halten, sondern demselben das billige Märtyrertum, mit dem sich Wiesenthal zweifellos geschmückt hätte, zu verfallen. Genosse Fiedler meint, daß Wiesenthal mit den Lokalisten nichts zu tun habe; auch Einigungsverhandlungen mit ihm selbst sollten nicht geführt werden. Sein maßloser Ehrgeiz geht dahin, an der Spitze einer Organisation zu stehen, die ihm zu Willen sei. Auf jeden Fall hätte die Beschwerdekommision erst gehört werden müssen. Auch sei er der Meinung, daß Webel beeinflusst worden ist. Genosse Nieß ist demgegenüber der Ansicht, daß um 18. viel zu viel Geschrei gemacht wird. Er bemängelt die Ausführungen Grunwalds, daß es unter Lokalorganisierten gute Parteigenossen gibt, dieselben seien sehr spärlich vorhanden. Bedauerlich sei es gewesen, daß das Jähren auf dem Parteitag nur gegen Entgelt möglich gewesen sei; daß sie auf strengste zu vermerken. Genosse Grunwald geht in seinem Schlusswort noch einmal auf die angeregten Punkte ein und verteidigt den Standpunkt Webers. Die geheimnisvollen Ausführungen Hoffmeisters und Fiedlers seien ihm völlig neu und für ihn illusorisch. Der Bericht von der Provinzialkonferenz wird von der Tagesordnung abgesetzt. Genosse Skuje stellt folgende Resolution, die einstimmig angenommen wird: „Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Rigdorf verurteilt auf das entschiedenste die Aktion der preussischen Polizei gegen die sozialdemokratischen Parteischulen. Sie verurteilt sich entschieden gegen den Ausbruch des Fürsten Wilton, daß Deutschland in der Welt voranzugehe, weil nach Ansicht der Versammlung nur der Staat in der Welt vorangeht, der die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft nicht nur nicht hindert, sondern auf jede Weise zu fördern sucht. Die Versammlung sieht als Ursache dieser Aktion das Dreiklassenwahlrecht an und vertritt in Gemeinschaft mit den gesamten preussischen Parteigenossen alles daran zu setzen, daß dieses elendeste Wahlrecht gestürzt und das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch für Preußen erlangt wird.“ Genosse Zirkel fordert noch auf, die Generalversammlung am 16. Oktober zahlreich zu besuchen. Ferner macht er auf die Theatervorstellung am 20. und auf das Herbstfest am 26. Oktober aufmerksam.

Einen ärztlichen Wachdienst haben die Mitglieder des Ärztevereins der Berliner Rettungsgesellschaft in Rigdorf eingerichtet. Eine Anzahl von Ärzten haben sich bereit erklärt täglich an Wochentagen von 7 Uhr abends, Sonntag von 4 Uhr nachmittags an bis zum folgenden Morgen für erste Hilfeleistung bei Unfallsfällen oder plötzlichen Erkrankungen sich bereit zu halten. Der Wacht dienstplan liegt im Rathaus, in jedem Polizeibureau und in jeder Rigdorfer Apotheke aus. Montags haben ärztlichen Wacht-dienst Dr. Flemming, Ringbahnstr. 34; Dr. Jacoby, Hermannstr. 53; Dr. Pätz, Bergstr. 25; Dr. Werner, Verlinerstr. 71; Dr. Schwaß, Kaiser Friedrichstr. 204. Dienstags: Dr. Arnheim, Friedelstr. 42; Dr. Salsinger, Kottbuserdamm 41; Dr. Anol, Kottbuserdamm 77; Dr. Seelig, Bergstr. 12; Dr. Silberstein, Verlinerstr. 93; Dr. Tornow, Hermannstr. 50. Mittwochs: Dr. Danziger, Kaiser Friedrichstr. 105; Dr. Gottschling, Prinz Handjerystr. 20; Dr. Reinthal, Bergstr. 50. Donnerstags: Dr. Arnheim, Bergstr. 47; Dr. Nagel, Bergstr. 3; Dr. Jabis, Kaiser Friedrichstr. 239. Freitags: Dr. Borchardt, Hermannstr. 223; Dr. Braun, Richardplatz 16; Dr. Wankel, Bergstr. 42; Dr. Brense, Kottbuserdamm 28. Sonnabends: Dr. Voerner, Hermannstr. 93; Dr. Gottschiner, Wismannstr. 48; Dr. Heinemann, Hohenzollernplatz 18.

### Schöneberg.

Die Stadtverordnetenwahlen sind nunmehr amtlich festgesetzt und zwar, wie wir bereits mitteilten, für die dritte Abteilung auf Sonnabend, den 2. November, in der Zeit von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr. Als Wahllokal ist in jedem Bezirk, mit Ausnahme des sechsten, eine städtische Turnhalle vorgesehen. Der 6. Bezirk wählt im Restaurant „Lindenpark“, Hauptstraße.

Zeugen gesucht! Alle diejenigen, welche am 26. Juli d. J. abends zwischen 7 und 8 Uhr Zeugen waren, wie unser Genosse Heinrich Wolze in der Martin Lutherstraße bei den Wauten der Beamtenwohnhäuser flücht wurde, werden freundlich gebeten, umgehend ihre Adresse in der Parteispedition, Martin Lutherstr. 51, abzugeben.

### Wilmersdorf.

Einen schredlichen Tod fand Montagnachmittag der 33jährige Mechaniker Martin Lüttich auf der Hohenriedbergerstr. 8. Auf dem Säterbahnhof Wilmersdorf-Friedenau hatte L. einen Hebekran zu bedienen. Als der Kran nun eine große Last Einholz von einem Güterwagen nach einem Abladeplatz beförderte, geriet L. zwischen dem Kran und die schleudernde Last und zwar so unglücklich, daß ihm der Kopf und die Brust vollständig eingedrückt wurden. Man rief sofort einen Arzt hinzu, der aber nur den Tod bei dem Verunglückten feststellen konnte. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden, da festgestellt werden soll, ob irgend jemand ein Verschulden an dem bedauerlichen Unfall zuzuschreiben ist.

### Tempelhof.

Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich Montagnachmittag vor dem Hause Friedrich Wilhelmstr. 97. Die Frau des Verwalters

Ullrich war verrest gewesen und hatte ihre Rückkehr für Montag nachmittag angekündigt. Die 6 jährige Tochter Anna des Verwalters war nach der Straße gegangen, um die Mutter zu erwarten und spielte vor dem elterlichen Hause. Plötzlich lief das Kind auf den Fahrweg gegen einen vorbeifahrenden Asphaltwagen, geriet unter das Hinterrad desselben, das dem Mädchen über die Brust hinwegging. Der Kleinen war der Brustkasten zerplatzt und dadurch ihr Tod augenblicklich herbeigeführt worden. Als bald darauf die Mutter nach Hause kam, fand sie ihr Töchterchen als Leiche vor. Das schwere Geschick, von welchem die Ullrichs Eheleute betroffen worden sind, ist um so trauriger, als sie erst vor wenigen Monaten ihre älteste 16 jährige Tochter durch den Tod verloren haben.

### Rummelsburg.

Die Verleihung der Stadtrechte an Rummelsburg ist von der Regierung jetzt endgültig abgelehnt worden. Dennoch will der Gemeindevorstand neues Material sammeln, um die Notwendigkeit des Anschlusses der Gemeinde an den Kreis Niederbarnim zu beweisen und im nächsten Jahre seinen Antrag wiederholen.

### Friedrichshagen.

Wie dem Sarge in die Grube geführt sind zwei Träger bei einer Beerdigung, die vorgestern hier stattfand. Auf dem Gemeindefriedhof sollten kurz hintereinander zwei Beerdigungen stattfinden, zu welchem Zweck eine gemeinsame Doppelgrube aufgeworfen war, die mit langen Stangen und Kreuzhölzern abgedeckt wurde. Die erste Leiche, die beigelegt werden sollte, war diejenige des Postbeamten Reifegerste, die von Kollegen des Verstorbenen getragen wurde. Kaum hatten die beiden vorderen Träger, die Postbeamten Reifegerste und Schulze, die auf der Grube liegende Holzdecke betreten, als plötzlich die Bretter mit dem Kräftigen zusammenbrachen und die Männer mit dem Sarge in die Grube stürzten. Glücklicherweise hatte der eine der beiden Beamten eine Geistesgegenwart, den Sarg zur Seite zu stoßen, sodass ein ernstlicher Unglücksfall vermieden wurde. Sie wurden jedoch von abstürzenden Balken getroffen, erlitten aber dadurch nur leichtere Verletzungen. Die Ursache des Unfalles war, wie festgestellt wurde, darin zu suchen, daß die eine Längsstange zu schwach und mitten durchgebrochen war. Die beiden Träger wurden sofort aus ihrer unglücklichen Lage befreit.

### Buchholz.

Ein Einbruch in die Gerichtskasse von Wendisch-Buchholz wurde in der vorvergangenen Nacht verübt. Die Täter brachen eine mit Seife beschmierte Fensterscheibe ein, öffneten dann das Fenster und stiegen durch dieses ein. Die Türen erbrachen sie, Geldschatz und Tresore öffneten sie durch Anbohren. Die erbeuteten Leihgegenstände, über 200 M. bares Geld, hinterlegte Apparate und andere Wertgegenstände, Ketten, Ringe mit Steinen usw. Eine der gestohlenen Uhren trägt den Namen Gust. Verbe und die Nummer 71884. Von den Tätern, die das Gerichtsgebäude auf demselben Wege verließen, auf dem sie gekommen waren, fehlt noch jede Spur.

### Vorsdam.

In der letzten Wahlvereinsversammlung erhaltete Genosse Stadt Bericht über den Essener Parteitag. Eingehend schilderte er die einzelnen Punkte und vorbereitete sich hauptsächlich über die Beschlüsse der Parteitagung und ganz eingehend über die Beschlüsse der Parteitagung. Nach diesem mit Beifall aufgenommenen Referat fand eine Resolution einstimmige Annahme, in welcher die Anwesenden sich mit den Beschlüssen des Parteitages voll und ganz einverstanden erklärten. Bei der nunmehr erfolgenden Neuwahl des Vorstandes wurden die Genossen Stadt, 1. Vorsitzender, Stöck, 2. Vorsitzender, Wette, Hilfskassierer, wiedergewählt, während die Genossen Waal, Kassierer, Rosenfeld, Schriftführer, neugewählt wurden. Von einem weiteren Punkte der Tagesordnung bez. Stadterordnetenwahl wurde in Anbetracht der vorgerückten Zeit Abstand genommen und derselbe in eine am 16. Oktober stattfindende Extraversammlung verlegt. Unter Verschiedenem wurde vom Genossen Stadt auf ein im „Vorwärts“ stehendes Inserat aufmerksam gemacht, wonach ein hiesiger junger strebsamer Schriftsteller Stellung als Redakteur in einem Parteiblatt suche. Da unserem Wahlverein ein solcher jedoch nicht angehöre, sei anzunehmen, daß es sich hierbei um keinen organisierten Parteigenossen handle.

### Spandau.

Nach Unterschlagung von 7000 Mark fähig geworden ist, wie bereits der „Spandauer Anzeiger“ am 20. September meldete, der in der Krankenkasse der Königl. Munitionsfabrik angestellte Oberverwaltungssekretär Eger. Ueber die Person des Defraudanten wird mitgeteilt, daß er Vorsitzender vom Verein der Schreiber der Königl. Staatsverwaltungen und Schriftführer vom Reichstagenverband war. Auch hat E. bei den Reichstagswahlen in der Veräufung der Sozialdemokratie eine hervorragende Rolle gespielt. Eigentümlich ist es, daß das „Spandauer Tageblatt“, der Redaktionschef des Reichstagenverbandes, bisher von diesem Vorfall keine Zeile nicht unterrichtet hat. Ueber den Aufenthalt des E. fehlt noch jede Spur.

## Aus der Frauenbewegung.

### Wer zerstört die Familie?

Eine der heilig wiederkehrenden Hauptbeschuldigungen, mit denen die Gegner der Sozialdemokratie haarklein gehen, ist die, daß sie die schönste, beste und heiligste Einrichtung der menschlichen Gesellschaft, die Familie, zerstören wolle. Weisen wir doch einmal die Frage auf: Was heißt überhaupt Familie? Der Begriff über diese Institution läßt sich schwer in bestimmte, konkrete Formen pressen. So wenig wie sie heute auf der weiten Erdoberfläche in einheitlicher Gestalt besteht, so wenig trifft dies auf frühere Gesellschaftsperioden zu. Die treibenden geschichtlichen Kräfte sowie die wirtschaftlichen Umwälzungen haben auch sie verändert und umgeformt. Abraham, Jakob, David und viele andere biblische Vorfahren konnten Handlungen begehen, die die heutigen Gesetze mit Zuchthaus bestrafen, ohne ihr Ansehen zu mindern. Auch gekönte Säupter der Neuzeit haben es mit ihrem Gewissen zu vereinbaren gewagt, eine Doppellehe zu führen. Ueberhaupt war von jeher die Wirtschaft auf der freien Höhe, wo Fürsten stehen, gang und gäbe. Das, was heute vielfach als Familie bezeichnet wird, ist nur ein Herrschbild davon, das jeglichen sittlichen und moralischen Gehalts entbehrt. Die wahre, echte, auf modernem und kulturellem Boden stehende Familie muß man mit der Laterne suchen. Deshalb können die bösen Sozialisten dieselbe auch gar nicht zerstören. Aber auch die jetzt bestehende, traditionelle Familie hat die Sozialdemokratie nicht zerstört, sondern einzig und allein der mit wilder, gabelloser Rücksichtslosigkeit heutzutage vorwärtsrasende Kapitalismus. Er hat revolutionierend und pietätlos an dem Fundament des altbewährten Haushaltes gerüttelt und ihn einer gründlichen Wandlung unterworfen. In den „höheren“ Kreisen ist der Sinn für ein ruhiges, friedliches Familienleben schon längst ein fauler Begriff, das häusliche Band ist gelodert, Privolität und nackte Interessen haben ihren Fuß über die vornehme Schwelle gesetzt. Man tanzt, trinkt, schlamm, genießt, man brilliert auf Festen oder gibt selbst welche, weilt auf den Sportplätzen, reist vom Norden nach dem Süden und wieder umgekehrt, wohnt monatelang in fremden Hotels in fashionablen Badeorten und wirbelt in bacchantischem Taumel durchs Leben, das allen idealen Wertes und sittlichen Gehaltes entbehrt und nur einen ununterbrochenen Sinnesrausch darstellt. Zu Hause ist die Unruhe nervös, leidet an Migräne, läßt ihre Reizbarkeit an den Dienstboten aus und verbannt die Kinder mit ihrem „lauten Lärm“ aus der Nähe. Dafür sind Hauslehrer und Gouvernanten da, aber man gibt sie in Pensionate. Im Mittelstand aber herrscht, ebenso wie oben, die Geldheißat vor. Auch wirft hier die wirtschaftliche Krise ihre Schatten auf das Familienleben, und der verzweifelte

Kampf um die bedrohte Existenz und gegen die übermächtige kapitalistische Konkurrenz läßt ein nimmiges, heiteres, häusliches Bild selten aufkommen. Nebenbei überzieht die Hohlheit der verfeinerten Moralanschauungen, der völlige Mangel an großen, hohen Idealen und die geradezu feindselige Haltung gegenüber den modernen, zeitgenössischen Fragen das Kleinbürgerliche Familienleben wie mit einer unüberwindlichen Staubwolke. In der Arbeiterklasse aber zeigen sich die folgenschweren Erscheinungen der kapitalistischen Raubwirtschaft im greiflichsten Lichte. Die furchtbaren Schäden zeitigt die stuchwürdige Heimarbeit, die dem Familienleben, wo es, trotz aller schädlichen Einwirkungen, noch einigermaßen annehmbar sein könnte, den Todesstoß verleiht. So entnehmen wir einem Bericht in der letzten Nummer der „Gleichheit“ über die Gewerbeaufsicht in Sachsen folgende Stelle:

„Es ist nicht möglich, alle Verhältnisse einzeln zu erwähnen. Hervorgehoben sei, daß sich im Zwickauer Bezirk das Lumpenfortrieren als Heimarbeit eingebürgert hat. Es läßt sich denken, welche Zustände in Wohnungen einreisen, wo die Not die Bewohner zu solch unheimlichen und ungesunder Arbeit zwingt, die durch Staubentwicklung und seine Fasern die Atmungsorgane gefährdet werden, von der Gefahr der Ansteckung mit Krankheiten zu schweigen. Daß bei dieser Arbeit auch Kinder beschäftigt werden, ist um so bedenklicher.“

Diese paar Zeilen allein sprechen Bände. Und nun fragen wir: Wer zerstört die Familie? Nicht die Sozialdemokratie, die die kulturverwüsten, schändlichen Zustände beseitigen will, sondern der Kapitalismus, und erst wenn dieser einer sozialen Ordnung gewichen ist, wird ein ideales Familienleben erstehen, das in kultureller und sittlicher Hinsicht den höchsten Anforderungen genügt!

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Steglich. Donnerstag 8 1/2 Uhr bei Bahrendorf, Schloßstr. 117: Generalversammlung. Vorlesung.

Wilmersdorf. Donnerstag, den 10. Oktober, 8 1/2 Uhr, im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112: Vortrag.

## Vermischtes.

Cyber der Arbeit. In Witten-Buhr stürzte ein 16-jähriger Schlosserlehrling aus Bernau bei einer Reselerparatur auf der dortigen chemischen Fabrik rückwärts in einen mit kochendem Wasser gefüllten Bottich. Er erlag sofort den erlittenen Brandwunden. — Dem 15-jährigen Jüngerlehrling Schlosserlehrling Blum aus Bantlo bei Bicktrah war ein Finger der rechten Hand, der infolge eines Unfalles verkrüppelt war, operiert worden. Er starb nach Beendigung der Operation infolge Perilähmung in der Karfoje. — Auf dem in Prindrop belegenen Walzwerk der Gutehoffnungshütte wurde der Mannier Schlacke aus Oberhausen von einem heranziehenden Kran derartig am Kopfe getroffen, daß er sich einen schweren Schädelbruch zuzog. Der 27-jährige wurde hoffnungslos erkrankt ins Krankenhaus nach Oberhausen gebracht. — Auf Schaft 2 der Fische „Konordia“ in Oberhausen wurde ein 27-jähriger Bergmann aus Buchhausen von dem Hangenden fallenden Gestein erschlagen und getötet. — Auf Fische „Anker“ in Eidel wurde der Bergmann Tiedemann durch herabfallende Gesteinsmassen getötet.

Ein Einbruch in die Gerichtskasse. Einer Meldung aus Frankfurt a. D. zufolge wurde in der vergangenen Nacht in den Verwahrungstraum des dortigen königl. Amtsgerichts eingebrochen. Die Einbrecher stiegen durch ein Kellergewölbe, durchschlugen dann ein Kellergewölbe und gelangten so in den Raum. Sie entwendeten Wertpapiere, deren Betrag noch nicht festgestellt ist.

Gemeinschaftlich in den Tod gegangen. Wie dem „Vogeländischen Anzeiger“ aus Marneville gemeldet wird, wurden gestern morgen gegen 8 Uhr in der Gartenlaube eines Grundstückes in der Koloniestraße der aus Großenhain stammende 19-jährige Maschinenmeister Paul Finckel und die in Klauen bei ihren Eltern wohnende 23-jährige alte Verkäuferin Anna Fieder erschossen aufgefunden. Nach einem an die Eltern gerichteten Briefe fand beide im gegenseitigen Einverständnis in den Tod gegangen.

In den Abgrund. Nach einer Meldung aus Tarbis hat sich die Tochter der in Touristenreisen bekannten Wäflerin des Gasthofes „Kathel“ von der 56 Meter hohen Eisenbahnbrücke in den Abgrund gestürzt und wurde glücklich verflümmelt als Leiche aufgefunden.

### Eisenbahnunfälle.

Nach einer Meldung aus Innsbruck stieß gestern nacht gegen 12 Uhr ein vom Brenner kommender Güterzug bei der Einfahrt in den Bahnhof Bozen mit einem Rangierzug zusammen. Infolge des Anpralls wurden neun Wagen zertrümmert und mehrere andere beschädigt. Das Zugpersonal sprang rechtzeitig ab; nur der Zugführer wurde verletzt. Die Strecke war infolge der Abräumungsarbeiten bis heute früh gesperrt. Die Folge von und nach Innsbruck erlittenen mehrstündigen Verspätungen.

Wie aus Genua gemeldet wird, stießen gestern nachmittag auf dem Bahnhof von San Pier d'Arena zwei Eisenbahnzüge zusammen. 14 Wagen wurden umgestürzt, sechs Reisende, sämtlich Italiener, erlitten Verletzungen.

### Die Lohnsklaven auf dem Zug- und Schneedampfer.

Der Dampfer „Lufitania“, dessen Fahrten jüngst die allgemeine Aufmerksamkeit erregten, weil man erwartete, daß er die schnellste Fahrt über den Ozean machen würde, soll ein Wunder an Kraft und Luxus sein. Man beschreibe dieses Schiff als einen schwimmenden Palast, in dem man herrlich und in Freuden leben kann und innerhalb fünf Tagen und einiger Stunden von Europa nach Amerika gebracht wird. In den glanzvollen Schilderungen wird aber gewöhnlich der schweren, furchtbar aufreibenden Arbeit unten im Maschinenraum nicht gedacht, wo die am geringsten entlohnten Arbeiter in den wenigsten entbehrlichen Kohlenkäufler ihres schweren Amtes walteten. Das „Philadelphia Tageblatt“ beschreibt die Arbeit dieser Leute in folgender Weise:

„Ein solches Fahrzeug verbraucht täglich ungefähr tausend Tonnen Kohlen. Dieses ungeheure Quantum muß, da man dafür einstweilen Maschinen nicht hat, von Menschenhänden herbeigeschafft, in die riesigen Feuerplätze der Kessel geschafft werden. Der Maschinenraum eines Schiffes ist schon im allgemeinen eine Hölle, bei solchen Schneedampfern aber erst recht. Die Hölle sind gar nicht selten, wo ein von der enormen Hitze wahnsinnig gewordener Arbeiter ins Meer springt, um Kühlung zu suchen. Auf der „Lufitania“ aber soll diese Hölle noch potenziert sein; noch entsetzlicher als auf anderen Schiffen.“

Daß die „Lufitania“ keinen besseren Rekord erzielt hat, wird den Zuständen im Heizraum beigegeben, da die Hitze dort eine so intensive war, daß die Kohlenkäufler es bei ihrer Arbeit nicht lange aushalten konnten. Es war dort viel heißer, als in dem Heizraum eines Kriegsschiffes. Die Schauler mußten bei ihrer Arbeit mit Wasser aus Spritzschläuchen abgekühlt werden. Außerdem waren nicht genug Kohlenkäufler an Hand. Die „Lufitania“ hat 192 Feuerungen, welche die hineingeworfene Kohle fast ebenso schnell verzehren, wie sie hineingeschafft wird. Am Anfang der Fahrt wurden 1300 Tonnen pro Tag in die Feuerungen geschafft. Mit der zunehmenden Glühhitze konnten die Schauler die stetige Arbeit nicht aushalten und den Dampf nicht auf die gewünschte Druckhöhe bringen. Die Leute wurden nach etlichen Stunden abgelöst, aber die neue Schicht war auch bald wieder bis zur Arbeitsunfähigkeit erschöpft.“

So ging es Tag für Tag. — Oben ein Lachen, Singen, Jublieren und Betten auf die erzielte Schnelligkeit pro Tag. — Unten ein Leben der Qual in wahnwüthiger Hast. Oben die Reichen, unten die Armen: wie überall!

## Briefkasten der Redaktion.

Die literarischen Besprechungen finden in den Briefkästen Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Briefkasten Nr. 3, wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Briefkasten Nr. 7, Sonnabends beginnt die Besprechung um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**Advent.** Wenn aus den Besprechungen erhellt, daß der Verfasser auch während dieser Zeit die Wohnung zur Verfügung haben wollte; so, sonst nicht. — **S. S. 5.** Wenn aus dem schriftlichen Vertrage nicht etwa Gegenseitiges hervorgeht, haben Sie ein Recht, dem Mieter das Waschen usw. zu unterlagen, nicht. — **C. D. 87.** Wenn die Arbeitgeberin in der Zeit die Beiträge bezahlt hat, würde Ihrer Frau die Unterbringung zustehen. An sich hat die Kasse mit ihrer Behauptung, Ihre Frau hätte selbst zahlen müssen, recht. Indessen würde die Abführung des vollen Beitrages durch die Arbeitgeberin (nicht nur der Zweidrittel) als Zahlung an Stelle Ihrer Frau zu gelten haben. Beantworten Sie bei der Gewerbeprüfung, Straßauerstraße 1—3, die Kasse zur Zahlung der Unterbringung aufzufordern. — **R. 41.** Michaelstr. 26. — **M. 23.** Ja. Die Pflicht hat der Steuerbeamte. Das weitere ist nicht ermittelbar. — **M. 13.** Für die letzten zwei Jahre rückwärts können die Wahlen bezw. das Einleichen noch verlangt werden. — **S. 2.** Schöneberg. Wenn die Vorschriften der Umwandlung der Schulden anordnen, so ist die Anordnung zu befolgen. — **G. 26. 7.** So viel uns bekannt, bestehen darüber in der Wissenschaft keine Zweifel, indessen können Sie sich an das Handelsministerium wenden. Das von Ihnen erwähnte Buch ist uns nicht bekannt.

— **P. W. 5.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **M. 10 000.** Wein. — **W. 2.** Zovancrothe. Wer im Jahre 1905 aus der Kirche ausgetreten ist, hat mit dem 1. Januar 1907 Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen. — **H. Buchholz.** 1. Das hängt vom Inhalt der uns nicht bekannten Pöllge ab. 2. Das ist mit Zustimmung der Kirchhofverwaltung zulässig. 3. Nein. — **S. 3. 100.** Sie müssen den Antrag auf Auseinandersetzung mit den Kindern zwecks Verheiratung an das Amtsgericht Ihres Wohnortes richten. Es ist zweckmäßig, in dem Antrage jemanden als Zeitleitung vorzuschlagen. — **C. 7. 5.** Im Auslande. — **W. 2. 200.** 1. Doch; eine Beschwerde würde Erfolg haben. 2. Ja. 3. Ja. Nach Kündigung bis spätestens am 15. d. M. 4. Der uns nicht bekannte Vorlaut des gerichtlichen Vertrages ist maßgebend. 5. Wegen Bücher und Bücherkatalog wenden Sie sich direkt an die Buchhandlung. — **R. 2. 100.** Das Jahr 1906 ist für Ihre Besteuerung maßgebend. — **Ch. 4.** Eine bestimmte Form ist nicht vorgeschrieben. Es genügt die einfache Darlegung des Sachverhalts, Angabe der Beweismittel und der daran sich anschließende Antrag auf Bestrafung. — **M. 2. 49. 1.** und 2. Wenn Sie keine Kinder haben, ist das Testament in vollem Umfange gültig. Sie können es in einer Weise aufheben, wie Sie wollen. — **13 K.** Erben Sie schuldlos zu, sich zu erlösen. Sie sind für Erfüllung des Vertrages, wenn Sie großjährig sind, im vollen Umfange verpflichtet.

— **R. 2. 12.** Die Urteilsgründe des in Ihrem Prozeß erlassenen Urteils, von dem Sie Abschrift auf Antrag erhalten können, müssen Ihnen angeben, welche Gründe für die Richter leitend gewesen sind. — **S. 2. 37. 1.** und 2. Nein. Zweckmäßig ist es aber, ausdrücklich gerichtlich oder notariell einen Vertrag zu schließen, in dem das Vermögen der Ehefrau anerkannt wird. — **S. 20 000.** Das zweckmäßigste ist, Sie wenden sich direkt an das Patentamt, Hühnerstraße. — **R. 2. 150.** Ja. Durch Verletzung des Offenbarungseides verlieren Sie keine Rechte. — **Chauffeur 100.** Das Amtseid der betreffenden Strafsache ist uns nicht bekannt. Der Bericht dürfte Ihnen Jemeden genügen. — **M. 16.** Ein Recht auf den neuen Keller steht Ihnen nach Ihrer Darstellung nicht zu. — **G. 2. 2.** Ihre Frage ist ohne Einfluß in den uns nicht bekannten Vorlaut Ihres Vertrages nicht zu beantworten. — **G. 2. 27.** Nehmen Sie die Zahlung ab und lassen es auf einen Prozeß antommen. — **R. 10.** Uns nicht bekannt. — **S. 26. 1.** Sie müssen das Zeugnis Ihrer Heimatsbehörde darüber haben, daß Ihrer Heimat in Deutschland nichts im Wege steht. 2. Die Erwirkung des Urteils kann einige Monate in Anspruch nehmen. — **W. St. Chorlottenburg.** Nein.

— **Novawald.** 1. Ja. 2. Sämtliche Mitglieder wählen gemeinsam den Vorlaut. Aus diesem Grunde ist die Klage schwebig. 3. Etwa 20 Mark. — **W. 2. 256.** Eine ausdrückliche dabingehende Bestimmung besteht nicht. Das Recht, Wollen zu tragen, besteht, soweit nicht entgegenstehende allgemeine Polizeiverordnungen in Kraft sind. — **H. C.** Nein.

Unserem Bezirksführer Herrn Karl Winkel sowie seiner Frau Frau Marie Köhler zu ihrer heute stattfindenden Hochzeit  
die besten Glückwünsche!  
Die Genossen d. 228. Bez., 2. Str.

Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker  
Berlins und Umgegend.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 6. d. Mts., unser altes Mitglied Franz Hempel im Alter von 67 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 9. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Wolgast-Kirchhofes, Vorstadt, aus statt.  
Nege Beerdigung erwartet.  
Der Vorstand.

Invaliden-Unterstützungskasse  
d. Steindruckers u. Lithographen.  
Die Beerdigung des am 5. d. Mts. verstorbenen Steindruckers August Judex findet heute Mittwoch, den 9. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michael-Kirchhofes, Nordost, Hermannstraße, aus statt.  
Das Komitee.

Vermählten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Goltwitz Joseph Bieberstein am 7. d. Mts., vormittags 11 1/2 Uhr, nach langen schweren Leiden im 68. Lebensjahre sanft entschlafen ist.  
Dies zeigt tiefbetruht am Pauline Bieberstein nebst Kindern, Wilmersdorf, Pragerstr. 6.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Kirchhofes, Wilmersdorf, Berlinstraße 103, aus statt.  
5196

Am IV. 8068.  
Dresdener Kasino-Festsäle  
Dresdenerstr. 96.  
Empfehle den geehrten Vereinen meine neu renovierten Säle.  
Sonnabend und Sonntage frei geworden.  
Hochachtungsvoll  
A. Muxfeldt.

Am IV. 8068.  
Dresdener Kasino-Festsäle  
Dresdenerstr. 96.  
Empfehle den geehrten Vereinen meine neu renovierten Säle.  
Sonnabend und Sonntage frei geworden.  
Hochachtungsvoll  
A. Muxfeldt.

Inerate  
für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.  
Größere Anzeigen für die Sonntags-Nummer erbitten dagegen schon bis Freitag nachmittags 5 Uhr, da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.



Gerichts-Zeitung.

„Ehrenhändel.“

Eigenartige Verhältnisse der Vermögensverwaltung... stelle für Offiziere und Beamte und nicht minder eigenartige Rechtsauffassungen des Vorstehenden des Konserativen Vereins...

Gegen dies Urteil legte Herr v. Strang Berufung ein. In der langen Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß das in der Generalversammlung zur Verlesung gelangte Schriftstück des Klägers...

Das Gericht bejahte an und für sich die Frage, ob der Vorsitzende eines Vereins Konservativer, die das gesetzwidrige Duell bekanntlich verbot, überhaupt dadurch beleidigt werden kann...

der Angeklagte freigesprochen und die Kosten dem Privatkläger auferlegt.

Unerhörter Zelotismus.

Begen Beleidigung des Waisentates in Potsdam hatten sich gestern der Redakteur Dr. Johannes Peter Baum und der Redakteur Dr. Franz Reineringer von der „Märkischen Volkszeitung“ vor der Strafkammer des Landgerichts Berlin I wegen eines Artikels mit der Stichmarke: „Ein unerhörter Zelotismus“ zu verantworten...

Ein Bürgermeister wegen Entführung verurteilt.

Der 54 Jahre alte verheiratete aber von seiner Gattin getrennt lebende Bürgermeister Paul Gübner aus Linn bei Krefeld verlor die Freundschaft mit einer Familie Venninghoff in D-Reiderich. Dieser Verstoß brachte es nun mit sich, daß des schon bejahrten Bürgermeisters Herz zu der 18jährigen Tochter des Hauses in heißer Liebe entbrannte...

fand nun vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Duisburg die Sache ihren Abschluß. Der Herr Bürgermeister hatte Glück mit seiner Verteidigung, die dahin lautete, daß er die Geliebte habe ehelichen wollen, wenn das Eheverbotverfahren in Sachen seiner Gattin beendet sei...

Eingegangene Druckschriften.

Neue Gesellschaft. (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Sibylla Braun.) Verlag Berlin NW. 6, Charitéstr. 3. Heft 15. 25 V. Preis für das Einzelheft 10 Pf.

Witterungsüberblick vom 8. Oktober 1907.

Table with columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur. Lists weather data for various cities like Swinemünde, Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 9. Oktober 1907.

Zeitweise heiter, öfters Niederschläge bei mäßigen westlichen Winden, im Laufe des Tages Abkühlung.

Wasserstands-Nachrichten

Table with columns: Wasserstand, am 7. 10., um 6. 10., am 8. 10., um 7. 10. Lists water levels for various locations like Remel, Havel, Sprees, etc.

Das entscheidende Wort

Heim-Einkauf von Malzkaffee ist das Wort. Kathreiners verlangen Sie lediglich „Malzkaffee“, so laufen Sie Gefahr, irgend eine minderwertige Sorte zuzerhalten...

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonnabend, den 12. Oktbr., abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Eant 1): General-Verammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes...

Sanssouci, Kolibuser Straße 5. Direction: Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Nord-Sänger u. Tanzkränzen...

W. Noacks Theater. Direction: Rob. Dill. Baumstr. 10. Die Schuld. Schauspiel in 4 Aufzügen v. Müller...

Trianon-Theater. Fräulein Joseette - meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Buggenhagen Moritzplatz. Täglich Vorstellung Das neue Oktober-Programm. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Sonntag 7 Uhr. Eintritt 50 Pf. Familienbilletts 40 Pf. Unter täglich Militär-Konzert.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zustand, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Städt. Börse).

Gänse! Gänse!

Oderbrucher Fettgänse und Stopfgänse täglich frisch und in großer Auswahl, sowie sämtliche Gänseartikel, als: Gänseklein, Gänsefleisch, Keulen mit Rücken a Pfund 70 Pf. Gänseknochenfleisch a Pfund 40 Pf. Gänserümpfe, Gänse-liesen a Pfund 1.20. Gänsehaut a Pfund 1.-...

Hermann Leissner Kloster-Strasse 95 Berlin C. Ecke Kaiser Wilhelmstr. 11.

Paul Singer, Verlaganstalt und Buchdruckerei in Stuttgart

Die Neue Zeit. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie. Redigiert von Karl Kautsky. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporture zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen...

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Redigiert von Klara Zetkin. Mit den Beilagen: für unsere Mütter und Hausfrauen für unsere Kinder. Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern a 10 Pfennig oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfennig (inklusive Postgelde).

Der Wahre Jacob

Illustrierte humoristisch-satirische Zeitschrift mit einer Unterhaltungsbeilage. Redigiert von W. Seymann. Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern a 10 Pfennig oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfennig (ohne Postgelde).

